

Ist der Sozialismus zu retten?



Briefwechsel zwischen
Georg Lukács und
Werner Hofmann

LA & TWINS



ARCHIV-HEFTE



HEFTE DES GEORG-LUKÁCS-ARCHIVS

10.

•

IST DER SOZIALISMUS ZU RETTEN?

Briefwechsel zwischen
Georg Lukács und Werner Hofmann

GEORG-LUKÁCS-ARCHIV
T-TWINS VERLAG
1991

Herausgeber der Hefte des Georg-Lukács-Archivs
LÁSZLÓ SZIKLAI

Herausgeber
GYÖRGY IVÁN MEZEI

Mit einem Vorwort von
JÓZSEF BAYER

In Mitarbeit von
WERNER JUNG und GERT MEYER

Redaktion
JÚLIA LENKEI

Umschlagentwurf von
YASSAR MERAL

ISBN 963 04 1646 8
ISSN 0230 7081

© *Georg-Lukács-Archiv bei der Bibliothek
der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, 1991*

IN ENTFERNTER VERBUNDENHEIT

Werner Hofmann, deutscher Ökonom und Soziologe, damals Dozent an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven, wandte sich im Oktober 1961 in einem Brief an den weltbekannten marxistischen Philosophen Georg Lukács und deutete an, ihm eine seiner Schriften mit „aufrichtiger Verehrung“ zugesandt zu haben. Damit begann ihr langjähriger Briefwechsel, welcher in diesem Band veröffentlicht wird. Der Briefwechsel wirkt am Anfang sehr zurückhaltend und zeigt einen schamhaft enhaltsamen Ideenaustausch mit jährlich zwei oder drei kurzen Briefen. Dann wird es plötzlich lebendiger – Fragen und Antworten wechseln häufiger. Der Gedankenaustausch zentriert sich hauptsächlich um zwei Themen: Das eine ist die Berufung der Wissenschaft und das wissenschaftliche Ethos aus der Perspektive eines kritischen, linksorientierten Denkens; das zweite das Problem des Stalinismus, dessen theoretische Deutung und praktische Kritik. Besonders das letztere gibt den Sinn des ganzen Briefwechsels und sein bleibendes Interesse. Beide waren davon überzeugt, daß die wissenschaftliche und praktisch-politische Kritik des Stalinismus eine Lebensfrage der internationalen Linken ist, und dieser Gedanke rückte immer stärker in das Zentrum der Korrespondenz. Das Versäumnis dieser Kritik führte dazu – wie Hofmann in seinem Brief vom 7. März 1969 schreibt –, daß „diese weltgeschichtliche ‚Spiralen‘-Bewegung sich eher als eine mühevollere Serpentine zwischen falschen Gegensätzen ausnimmt.“ Hofmann, der bis zuletzt auf eine sowjetische Erneuerung hoffte, verleitet das Scheitern der Destalinisierung zur Schlußfolgerung, daß die Sowjetunion keine überzeugenden Perspektiven mehr anzubieten habe, auch für die gerade besetzte Tschechoslowakei nicht, was ihrer dortigen Präsenz einen bloß repressiven Charakter gebe. Die Hoffnung schien damals jedoch immer noch stark genug gewesen zu sein, um diese Zeilen, welche die späteren Stellungnahmen der italienischen Eurokommunisten vorwegnahm, durchstreichen zu lassen. Ein paar Monate später, in einem Brief vom 2. Juni, schreibt er schon dezidiert, daß aus der als Gewährsmacht des Sozialismus angesehenen Sowjetunion keine Impulse mehr zu erwarten sind, und daß ohne demokratische Veränderungen in der Gesellschafts-

verfassung der sozialistischen Länder der weitere Zerfall der kommunistischen Weltbewegung voraussehbar ist. Arbeitern im Westen wie im Osten sei der Glaube an eine historische Alternative zum Kapitalismus verloren gegangen.

Der Initiator und der provozierende Teil in diesem Briefwechsel war Hofmann; aber es ist auch auffallend, daß Lukács sich in seinen Antworten nicht nur von Höflichkeit leiten ließ. Wer war dieser Mann, der Lukács' Aufmerksamkeit auf sich zog? Vielleicht ist es nicht nur für den ungarischen Leser vonnöten, einige Worte über diesen leider allzu früh verstorbenen Denker zu sagen, um den manchmal rätselhaft erscheinenden Briefwechsel verständlicher zu machen.

Werner Hofmann ist im Jahre 1922 geboren, nicht gerade unter Zeichen glücklicher Gestirne. Seine Jugendzeit mußte er „aus rassischen und politischen Gründen“ teilweise in nazistischen Zwangsarbeitslagern verbringen. Während des Krieges arbeitete er in einer Rüstungsfabrik, wo er zusammen mit russischen Kriegsgefangenen zum größeren Ruhm der faschistischen Kriegsmaschinerie schuftete mußte. Es ist kennzeichnend für seinen Mut und seine Widerstandskraft, daß er noch unter den unmenschlichsten Umständen bewußt und gezielt danach trachtete, von seinen russischen Arbeitskameraden ihre Sprache zu erlernen. Er bereitete sich also schon für die Befreiung vor, und wahrscheinlich hat ihm das geholfen, am Leben zu bleiben. Seine Sprachkenntnisse waren ihm später bei seinen gründlichen Analysen über die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion und über das Phänomen des Stalinismus hilfreich.

Nach Ende des Krieges, nachdem er sich von seinem schlechten gesundheitlichen Zustand erholt hatte, begann er Nationalökonomie zu studieren. Sein Studium hat er selbst finanziert. Der Münchener Professor Adolf Weber hat seine Begabung erkannt und seinen Fleiß respektiert; auch gegen politische Vorurteile hatte er ihm eine Stelle und Arbeit an seinem Lehrstuhl für Volkswirtschaft angeboten. Als Ergebnis ihrer gemeinsamen Lehre und Forschungsarbeit publizierten sie auch zwei Bücher gemeinsam. Hofmann wurde im Jahre 1953 bei Adolf Weber promoviert und habilitierte sich 1958 an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven mit einem bedeutsamen Werk über die Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse in der Sowjetunion als Nationalökonom und Wirtschaftssoziologe. Diese Arbeit erschien dann unter dem Titel „Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion“ 1956. In seinem Buch leitet er die eigenartige Entwicklung der Sowjetunion aus dem Imperativ der nachholenden Industrialisierung eines Landes von kontinentaler Größe im Rahmen einer Modernisierungsstrategie ab. Diese historische Aufgabe bedingte nach seiner Meinung auch den besonderen politischen

und rechtlichen Überbau der Sowjetunion, dessen Erscheinungen er gründlich und kritisch analysiert. Das Buch behandelt detailliert die Entwicklung des drakonischen sowjetischen Arbeitsrechts, das ein hauptsächlich Instrument des außerökonomischen Zwangs gegenüber den für die Zwecke der forcierten Industrialisierung mobilisierten Massen gewesen ist. Dieses Werk bildet die empirisch-ökonomische Grundlage seiner späteren Theorie des Stalinismus. Der Hauptvorteil seiner Konzeption gegenüber der üblichen antitotalitaristischen Behandlung des Themas war es, daß seine Kritik nicht beim politischen System stehen blieb, sondern seine sozial-ökonomische Grundlage vor dem Hintergrund eines breiten sozialgeschichtlichen Tableaus aufdeckte. Die gründlichen ökonomischen Studien, der Quellenreichtum und das Streben nach Objektivität unterschieden seine Arbeit vorteilhaft von den gängigen ideologischen Interpretationsmustern der Sowjetologie jener Zeit. Vielleicht gerade deswegen konnte er seine Arbeiten in der Periode des hysterischen Antikommunismus des „kalten Krieges“ nur in engerem Kreis und in wenigen Exemplaren erscheinen lassen. Hofmanns Analysen wurden von der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen. 1962 wurde er Professor an der Universität Göttingen.

Hofmann qualifizierte sich als vielseitig gebildeter, interdisziplinär arbeitender Gelehrter und als sehr gewissenhafter, gründlicher Forscher. Er betrachtete sich selbst als einen theoretisch orientierten Nationalökonom und zählte zu den bedeutendsten marxistisch orientierten Kritikern der modernen Nationalökonomie in Deutschland. Daneben aber zeichnete ihn ein starkes historisch-soziologisches Interesse aus, und auch seine politikwissenschaftlichen Schriften sind bemerkenswert.

Das Buch, das er Lukács schickte – *Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht* – war jedoch vor allem ein philosophisches Unternehmen, und er wandte sich nicht zufällig an den alten marxistischen Philosophen. Er hatte nämlich in seinem Werk das positivistische Selbstverständnis der Gesellschaftswissenschaften, die Instrumentalisierung der Wissenschaft im Dienst der herrschenden Interessen, attackiert, dabei die ganze deutsche und angelsächsische Literatur scharf kritisierend. Gegen diese versuchte er die Möglichkeit und Notwendigkeit einer kritischen Sozialwissenschaft zu fundieren sowie ein Ethos der wissenschaftlichen Objektivität und Freiheit zu begründen, welche das Erbe der Aufklärung antreten könnte. Hofmann war aber kein kühler und gelassener Gelehrter, sondern ein Mann politischer Leidenschaft, ein wirklicher Aufklärer, vielleicht sogar ein deutscher Jakobiner des 20. Jahrhunderts. Sein politisches Gewissen wurde von bitteren, persönlich durchlebten historischen Erfahrungen bestimmt. Deswegen konnte er sich auch nicht mit

dem rechtskonservativen Kurs der Restaurationsperiode der Nachkriegszeit versöhnen, in der er eine starke Kontinuität mit der faschistischen Vergangenheit erblickte. Den westdeutschen Parlamentarismus sah er als eine Schein-Demokratie an, als eine Fassade, hinter der weiterhin eine Diktatur der Großbourgeoisie steht, nur in mehr zivilisierter angelsächsischer Form. Die wirklichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Demokratie konnten nach ihm nur von einer außerparlamentarischen Opposition vertreten werden. Er konnte auch seinen Kollegen, der überwiegenden Mehrheit der deutschen Intelligenz, nicht die Leichtigkeit verzeihen, mit der sie sich in den Dienst der wirtschaftlichen und politischen Interessen der jeweiligen Macht stellten, anstatt die ihnen staatlich gesicherte universitäre Autonomie und Freiheit der Forschung dafür zu nutzen, im Interesse der allgemeinen Humanität zu verfahren und sich für diejenigen einzusetzen, auf deren Arbeit auch ihre eigene Autonomie letzten Endes beruht. Die Trennung der Intellektuellen vom Volk und von dessen wirklichen Problemen und Interessen war beständiges Thema Hofmanns. Sein Gefühl der sozialen Verantwortung zeigt dadurch große Verwandtschaft mit dem gesellschaftlichen Sendungsbewußtsein der sozial engagierten mittelosteuropäischen Intelligenz. Es ist also kein Zufall, das er in Lukács einen Geistesverwandten sah und bei ihm geistige und moralische Unterstützung suchte und auch fand.

In seinen Briefen an Lukács klingt oft schmerzhaft die intellektuelle Isoliertheit und Einsamkeit an; er beklagt das Fehlen von Resonanz auf seine Werke. Er schöpft seelische Kraft aus der Überzeugung, daß ein echter Wissenschaftler gegen den Zeitgeist standhalten muß. Er betrachtet sich selbst als einen Forscher, der sich in einer Zeit allgemeinen wissenschaftlichen Verfalls damit begnügen muß, das schlechte Gewissen für andere zu sein. Manchmal überrollen ihn freilich seine Zweifel: Für wen schreibt man eigentlich noch? Seine fast schwärmerische Verehrung von Lukács beruht vielleicht nicht nur auf der gedanklichen Übereinstimmung in vielen Fragen, sondern rührt auch daher, daß er in ihm einen Denker erkannte, der ebenfalls versuchte, seinen eigenen Weg zu gehen und gegen den unheimlichen Druck des Stalinismus seine relative Autonomie bewahrte. Wie er in seinem Brief vom 21. Dezember 1962 schrieb, erblickte er in Lukács vor allem den großen Vermittler. Er sieht sein Lebenswerk deswegen als exemplarisch an, weil er der Bewahrer der kulturellen Kontinuität während des Übergangs in eine neue Epoche ist und die Linien der Kontinuität mit den grossen, progressiven geistigen Traditionen nicht abschneidet. Nach Hofmanns Überzeugung wird im heutigen Zeitalter, in dem das Bürgertum seine eigenen Traditionen ver-

leugnete – man kann hier nicht die schrecklichen Erschütterungen des Faschismus wegdenken –, auch das konservative, bewahrende Moment zu einer Aufgabe der progressiven Kräfte. Das Bestehen auf der Relevanz einer nicht bloß instrumentellen Wissenschaft wird selbst zu einer konservativen Kraft in einer geistlosen Zeit, die vom „Tatsachen-Paupe- rismus“ gekennzeichnet ist und in der Nützlichkeit zum generellen Maßstab von Wahrheit wird.

Hofmann veranlaßt seine trotzige, abweisende Einstellung gegenüber seiner geistigen Umgebung zur Ideologiekritik des ganzen bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs. Diese seine Einstellung trifft sich auf interessante Weise mit Lukács' Auffassung der Einheitswissenschaft, trotz der Tatsache, daß Lukács eine gewisse Einseitigkeit des Hofmannschen Ideologiebegriffs kritisiert. Lukács weist bekanntlich die Idee einer auf ihre Einzeldisziplinen strikt aufgeteilten Wissenschaft zurück und verlangt die Reflexion auf die letztliche philosophische Einheit der Einzelwissenschaften. Daraus ist im allgemeinen Bewußtsein nur seine Aversion gegenüber solchen Disziplinen wie die Soziologie oder Politologie haften- geblieben. In seiner Auffassung steckt zweifelsohne ein utopischer Anspruch, den Lukács in einem seiner Briefe ausdrückt: „wir arbeiten einer Zukunft vor, in welcher die Menschen den Anblick der Wirklichkeit nicht nur vertragen, sondern sogar suchen“. Aber darin steckt auch eine ideologische Prätention, daß nämlich die Wirklichkeit erschließenden und praktischen Funktionen der gesellschaftswissenschaftlichen Einzel- disziplinen, welche sich aus der Differenzierung der Gesellschaften in Teilsysteme und aus den daraus erfolgenden sozialtechnischen Aufgaben ergeben, nicht autonom und unabhängig von ideologischer Kontrolle sein dürften. Im ideologischen Kontext des Stalinismus hatte das gewiß wis- senschaftsfeindliche Konsequenzen. Bei Hofmann aber, der selbst in vielen Einzeldisziplinen zu Hause war, steht die utopisch-emanzipative Seite dieser einheitswissenschaftlichen Auffassung im Vordergrund. Seine Stalinismus-Kritik ist gerade deswegen interessant, weil trotz all seiner utopischen Hoffnungen auf eine geschichtliche Erneuerung des sowjetischen Sozialismus, seine Analysen historisch konkret und politik- wissenschaftlich fundiert waren. Dagegen blieb Lukács in seiner Stalinis- mus-Kritik immer auf sehr allgemeinen, ideologisch-philosophischen Ebenen stecken, bei methodischen Überlegungen und flüchtigen histo- rischen Andeutungen. Damit wollen wir nicht sagen, Hofmanns Analy- sen seien immer richtig und Lukács' Aussagen immer falsch gewesen. Soviel läßt sich aber immerhin feststellen, daß der gründlichen Konfron- tation mit dem Stalinismus, die Lukács immer forderte, bei ihm selbst nicht nur sein hohes Alter, sondern auch die immanenten Schranken

seiner Konzeption im Wege standen. Das soll wiederum nicht bedeuten, daß seine verstreuten kritischen Äußerungen in dieser Richtung nicht andere hätten inspirieren können.

Bei seiner scharfen Kritik des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs schonte Hofmann aber auch den „geistigen Proletkult“ nicht, der in den vom Stalinismus geprägten Ländern vorherrschte. In seinem späteren Buch über den Stalinismus analysierte er einige Besonderheiten des sowjetischen ideologischen Apparats. Aber schon in einem Brief an Lukács schimpfte er auf die geistige Leere von „Ulbrichts Staat“ und sprach verächtlich über die Verbürokratisierung in kleinbürgerlichem Stil. Lukács bezeichnete in seiner Antwort den Kampf gegen das stalinistische Erbe als eine Hauptaufgabe und betrachtete die „Renaissance des Marxismus“ als unabdingbare Voraussetzung zur Überwindung der Krise des Sozialismus.

Von nun an wird der Stalinismus zum Hauptgegenstand des Briefwechsels. Hofmann trägt seine eigenen Einsichten vor, zu denen er aufgrund seiner Studien gekommen ist. Lukács nahm Hofmanns Konzeption grundsätzlich an, aber er bezog keine Stellung bezüglich der konkreten Fragen. Auf philosophischer Ebene bestand Übereinstimmung, was aber die konkreten Fragen betraf, besonders die politikwissenschaftlichen Auslegungen, so beschränkte sich Lukács auf – übrigens nicht uninteressante – methodisch-philosophische Anmerkungen. Gleichwohl bedeutete Lukács' grundsätzliche Zustimmung für Hofmann schon eine Ermutigung, die ihn veranlaßte, seine Konzeption weiter auszuführen und dann in der Festschrift zum 80. Geburtstag von Lukács darzulegen (dieser Aufsatz wird hier gemeinsam mit dem Briefwechsel veröffentlicht). Die Grundgedanken wurden später in dem selbständigen Band „Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts“ weiterentwickelt.

Der Gedankenaustausch über den Stalinismus scheint uns sehr lehrreich zu sein. Hinter dem generellen Einverständnis steckt jedoch auch eine Polemik. Ohne uns als Schiedsrichter aufzuspielen, möchten wir einige Punkte dieser Polemik hervorheben. Hofmanns Versuch zum theoretischen Begreifen des Stalinismus, ohne ganz frei von inneren Widersprüchen zu sein, zeigt, wie fruchtbar eine sozialwissenschaftlich fundierte marxistische Kritik des Stalinismus gegenüber voreingenommenen, wissenschaftliche Konkretheit vermissenden ideologischen Standpunkten sein kann.

Ein wichtiger, freilich latenter Streitpunkt war die Bejahung oder Verneinung des Pluralismus für eine sozialistische Verfassung der Gesellschaft. Hofmann verweist gerade am Beispiel des Mehrparteiensy-

stems der DDR – das nur dem Schein nach fungierte – darauf, wie sehr es an einem konstruktiven Pluralismus im Sozialismus mangelt, der eine Vielfalt der Ideen und Richtungen und die Zusammenwirkung von unterschiedlichen Bestrebungen ermöglicht. Mangels pluralistischer Vielfalt könne aber jegliche Bündnispolitik nur scheinhaft sein, und die Gesellschaft zerfalle letztlich in „Bundesgenossen und Bundesgenossen“.

Soweit wir wissen, akzeptierte Lukács das Prinzip des Pluralismus nicht, weder in der Theorie noch in der Praxis. Der Politikwissenschaftler Hofmann wußte aber genau, daß ohne ihn keinerlei Kontrolle der politischen Macht möglich ist. Wie er später in „Stalinismus und Antikommunismus“ ausführt, verursacht das Fehlen demokratischer Kontrolle aber eine Spaltung der öffentlichen Moral, die einerseits in die zynisch-opportunistische Bereitschaft von Parteileuten zerfällt, jegliche politische Wende mit seismographischer Sensibilität nachzufolgen, um sie für sich selbst auszunützen, andererseits in das passive Abwerten der Mehrheit des Staatsvolkes, das mit einer kleinbürgerlichen Achtung vor Autorität und mit dem Geist der Folgsamkeit einhergeht. Hofmann weist aber schon im Briefwechsel darauf hin, daß die westliche historische Entwicklung die nötige Gliederung der politischen Gesellschaft erschuf und dadurch ein (zumindest zeitweiliges) Gleichgewicht von pluralen, einander relativierenden und kontrollierenden Kräften ermöglichte. Auf dem Prinzip des Pluralismus bestand Hofmann auch, als er in seinem Buch über den Stalinismus die Aufhebung der Gewaltenteilung nicht als Fortschritt, sondern als Rückfall, als Versäuerung eines historischen Pensums betrachtete. Dort betonte er auch, daß das auf dem Prinzip der Volkssouveränität beruhende Parlament auf der einen und die führende Rolle der Partei auf der anderen Seite zwei ganz verschiedene Legitimitätsprinzipien darstellen, die miteinander kollidieren.

Bei alledem geht aus dem Briefwechsel hervor, daß Hofmann nicht alle Arten des Pluralismus befürwortete, keineswegs einen solchen, der zu einer kapitalistischen Restauration hinführt. Zur Zeit des „Prager Frühlings“ war er mehr als Lukács um das Schicksal des Sozialismus besorgt. Er sah mißbilligend die Auferstehung von bürgerlichen Parteien und die Ohnmacht der KPC. Hier spielten wahrscheinlich auch seine Ängste vor der Rückwirkung der tschechoslowakischen Ereignisse auf eine Stärkung des westdeutschen Revanchismus eine Rolle. Einmal schrieb er sogar, daß die tschechoslowakische Frage mittelbar eine westdeutsche sei, was freilich einer politischen Fehleinschätzung gleichkommt. Ein anderer interessanter Streitpunkt zwischen Hofmann und Lukács war die Frage, inwieweit der Stalinismus ein System darstelle. Nach Hofmann hat der Stalinismus kein theoretisches System; man

könne seine leitenden Grundsätze nicht angeben. Sein Wesen bestehe vielmehr in einem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, in einer heuchlerischen, scheinheiligen Beziehung zur Theorie, welche machtpolitischen Gesichtspunkten untergeordnet werde. Lukács' Antwort betonte, daß man mit dem akademischen Vorurteil brechen sollte, wonach ein System nur dann existiere, wenn die Gedanken in systematischer Form dargestellt sind. Marx zitierend unterstrich er, daß das wirkliche System nicht unbedingt mit seinem verbalen Ausdruck identisch ist. Stalin hatte wohl, nach Lukács' Meinung, ein System in der Behandlung der praktischen Fragen, wenn auch nicht in akademischem Sinne. Hofmann erkannte dies in seiner Antwort an und wies auch den allgemeinen Charakter des Stalinismus nach; doch bestand er darauf, daß er kein theoretisches System habe, denn die einzige theoretische Grundlage, auf die er sich beziehen könne, sei der Marxismus-Leninismus. Sehr viel später, in seinem Brief vom 27. August 1967, kommt Lukács nochmals auf diese Frage zurück: ob aus der manipulierten Praxis des Stalinismus nicht doch ein System entstanden sei, eine Methode, welche ein reales Hindernis in der notwendigen Rückkehr zum echten Marxismus darstellt? Die Diskussion blieb ungeschlossen. Hofmann löste diesen Widerspruch auch in seinem späteren Stalinismus-Buch nicht, obwohl er ein besonderes Kapitel der Analyse des ideologischen Apparats und der Vulgarisierung des Marxismus im Marxismus-Leninismus widmete. Wahrscheinlich hinderte ihn auch die Einseitigkeit seiner Ideologieauffassung daran, den Marxismus-Leninismus nicht als bloß theoretische Grundlage, sondern eben als das dem Stalinismus adäquate ideologische System zu behandeln, das zugleich ein konstitutives Element innerhalb der Realverhältnisse des Stalinismus ausmachte. Der radikale Bruch mit dem Marxismus oder auch mit dem Leninismus selbst – was Lukács in seinen Ausführungen ständig zu beweisen trachtete – wäre in diesem Zusammenhang vielleicht besser zu deuten gewesen. Denn Kontinuität besteht in der Ideologie oft nur auf der verbalen Ebene – manchmal auch dort nicht; zu einer Ideologie wie dem Marxismus-Leninismus gehört aber mehr als Exegese der heiligen Texte.

Den Stalinismus definiert Hofmann letzten Endes als eine Ersatzdiktatur des Proletariats, welche anstatt des Proletariats von einer gesonderten Funktionärsschicht, einer politischen Ersatzklasse, ausgeübt wird. Sein Inhalt war die forcierte Industrialisierung eines riesigen Reiches an der Schwelle der Moderne vor dem Hintergrund der gewaltigen historischen Herausforderung durch den kapitalistisch entwickelten, modernen Westen. Diese forcierte Industrialisierung um jeden Preis, in möglichst kurzem Zeitraum, konnte freilich nur gegen den unmittelbaren Willen

der Betroffenen durchgeführt werden, wobei die utopisch-emanzipativen Vorstellungen der Bolschewiki über eine zukünftige Gesellschaft mit den realen Bedingungen der Entwicklung kollidierten. Auf dieser Grundlage besonderer historischer Umstände entstand der Stalinismus als eine exzessiv machtorientierte Ordnung. Hofmann sieht als Wesen des Stalinismus nur die Hypertrophie der Macht, einen „Überschuß an objektiv nicht durch die Aufgaben selbst notwendig gemachter Machtentfaltung“ (3. Juli 1964).

Diese Definition war auch auf die geistige Sphäre anwendbar, deren Autonomie durch das Streben nach einer totalen politischen Mobilisierung und Instrumentalisierung aufgehoben wurde. In diesem Sinne analysierte Hofmann später die Tendenz zur Vulgarisierung und Dogmatisierung im Marxismus-Leninismus. Lukács erklärt später in gleichem Sinne, warum auch das leninsche „experimentelle Denken“ von einer geistigen Atmosphäre abgelöst wurde, in der politische Dekrete an die Stelle theoretischer Erneuerungen traten.

Hofmann schickte Lukács seinen für die Festschrift bestimmten Aufsatz und bat ihn um seine Bemerkungen. Die Antwort: „ich fand Ihr Manuskript sehr interessant, und in den meisten wesentlichen Fragen durchaus auf dem richtigen Weg“ (22. August 1964). Diese prinzipielle Zustimmung besitzt dokumentarischen Wert, um so mehr, als Lukács selbst den Stalinismus auf sehr abstraktem Niveau behandelte und sich meist auf fragmentarische methodische Bemerkungen beschränkte. Als innerer Opponent des Stalinismus übernahm er auch einige von dessen Schranken; deswegen war er selbst nicht mehr in der Lage, eine marxistische Erklärung des Stalinismus zu geben. Dennoch hat er andere Marxisten dabei unterstützt, eine solche Kritik zu wagen. Die meisten Marxisten wurden in ihrer Kritik von der Angst gehemmt, daß ihre Kritik am Stalinismus die allgemeine Sache des Sozialismus beeinträchtigt und die prinzipiellen Grundlagen des Sozialismus erschüttert. Diese Selbstzensur wirkte sich aber letztlich verheerend aus. Das zeigt heute der Zusammenbruch des Staatssozialismus. Zu einer historisch konkreten Kritik am Stalinismus müssen Marxisten im höchsten Maße beitragen, wollen sie ihre Glaubhaftigkeit bewahren. Hofmann betritt sehr früh diesen Weg und stellt sich dieser Lebensfrage der Marxisten. Sein Lebenswerk ist aber ein Torso geblieben. Der Grund dafür liegt in der persönlichen Tragik des Denkers.

Aus seiner lähmenden Isoliertheit wurde Hofmann erst durch die politischen Bewegungen der sechziger Jahren gelöst: nämlich durch die Ostermärsche, die Proteste gegen die Notstandsgesetze und die Studentenbewegung. Seine Biografie erfuhr eine Wende, als er im Frühjahr

1966 auf einen Lehrstuhl des Soziologischen Instituts an der Universität Marburg berufen wurde. Marburg galt damals als eine „rote Hochburg“; dort lehrte unter anderem Wolfgang Abendroth, der eine ganze Generation von linken Intellektuellen erzog. (Die Bezeichnung „rot“ war allerdings eine gelinde Übertreibung; die meisten Fakultäten und Fächer standen durchaus noch unter einem soliden konservativen Einfluß, wenngleich sich in den späten sechziger Jahre unter den Studenten ein linksorientiertes Engagement entwickelte.) Hofmanns intellektueller Einfluß und politischer Wirkungskreis weiteten sich rasch aus, was sich auch in seinen Briefen widerspiegelt. Das barg aber auch Gefahren für den sensiblen, im Namen der „beschädigten Humanität“ protestierenden Denker, welche er nicht rechtzeitig erkannte und denen er letztlich zum Opfer fallen mußte.

Er wurde zu einem prominenten Sprecher der außerparlamentarischen Opposition und initiierte mehrmals eine Verbindung zwischen gewerkschaftlicher Basisbewegung und linken intellektuellen Bestrebungen. Er organisierte gemeinsam mit anderen den Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) und wurde zu seinem ersten Vorsitzenden gewählt. Er engagierte sich im Wahlkampf mit dem Versuch, einer neuen linken Koalition zu Parlamentssitzen zu verhelfen. All dies war aber zu viel für einen Menschen wie Werner Hofmann. Es geht nicht nur darum, daß die fieberhafte politische Tätigkeit, die er aufgrund seines großen Engagements nicht von der Hand weisen konnte, alle seine Zeit und Kräfte aufzehrt und ihn von seiner wissenschaftlichen Arbeit abhielt. Die Hauptgefahr für ihn lag darin, daß in der immer konfuseren politischen Situation, als die Studentenbewegung immer höhere Wellen schlug, der nüchterne und in seinem alltäglichen Verhalten ziemlich konservativ anmutende Hofmann – der die Helden der Studentenbewegung als Hébertisten beschuldigte – selbst von seinen potentiellen Verbündeten Attacken erleiden mußte. Außerdem war auch das mühsam zusammengeschmiedete Wahlbündnis für den demokratischen Fortschritt von vornherein zum Scheitern verurteilt. Was auf der Tagesordnung stand, war damals der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung – zunächst in Form der großen Koalition –, damit die von den sozialen Bewegungen erkämpften Ergebnisse abgesichert werden konnten.

Hofmann aber wurde durch die Zuspitzung der politischen Kämpfe zu einer völlig falschen Beurteilung der Situation verleitet. Im Wiedererstarken von neonazistischen Gruppen sah er erneut die Gefahr des Faschismus. Wegen des Schmerzes über seine frühere Ausgrenzung und inmitten hitziger Auseinandersetzungen verkannte er, wie radikal selbst

die Restaurationsphase der Bundesrepublik auf ihre konservative Weise gewirkt hat. Sie brachte nämlich unwiderrufliche Veränderungen in Nachkriegsdeutschland mit sich, die rechtsextremistische Tendenzen zu einer marginalen Existenz verdammt.

Lukács versuchte in seinen Briefen, Hofmann über die wirkliche Lage und seine verfehlte Situationsdeutung aufzuklären. In seinen letzten Briefen kam er wiederholt auf das Thema zurück, denn er spürte wohl, daß er Hofmann nicht überzeugen konnte und daß es ihm – trotz weitgehender Übereinkunft in Prinzipienfragen – nicht gelang, Hofmanns Überzeugung zu erschüttern. Hofmann vertrat auch begrifflich eine falsche Position; es schien, als habe er sich die Zwangsvorstellung der frühen Frankfurter Schule über die zwei Phasen des Faschismus zu eigen gemacht, wonach auch die angelsächsische liberale Demokratie bloß als Frühphase bzw. als eine zivilisiertere Version des Faschismus angesehen wurde. Lukács dagegen konnte nicht genug betonen, wie sehr der Faschismus eine historische Erscheinung gewesen war. Nach seinem Ende müsse man heute vor allem gegen eine „manipulierte Demokratie“ im Namen einer realen kämpfen. Man dürfe nicht mit Hilfe formaler soziologischer Begriffe falsche Analogien ziehen.

Trotz Lukács' wiederholter Warnungen sah Hofmann weiterhin Gespenster: Der westdeutsche Faschismus war für ihn ein unter Hochdruck gesetzter Dampfkessel, der ohne Ventile leicht explodieren würde. Man kann heute kaum ohne innere Anteilnahme seine unheilverkündende Bemerkung lesen, wonach das jetzt Erlebte eine „aufreizend unmittelbare Verwandtschaft mit dem [habe], was wir einmal schon erfahren haben“ (19. September 1969). Hofmann hat die im politischen Handgemenge auftretenden Konflikte übertrieben und ist schließlich selbst unter ihnen zusammengebrochen. Im nachhinein ist leicht einsehbar, daß er aufgrund seiner persönlichen Vorgeschichte vielleicht nicht in die aktuellen politischen Kämpfe hätte eintreten sollen. Den sensiblen Menschen, dem seine wissenschaftliche Berufung ebenso wie sein politisches Engagement am Herzen lag, haben diese Konflikte zermürbt. Seine schwere Herzkrankheit erneuerte sich, und im November 1969 ist er gestorben. So wurde ein vielversprechender wissenschaftlicher Lebensweg und auch dieser merkwürdige und stellenweise beklemmend zu lesende Briefwechsel tragisch und abrupt abgebrochen. So blieb auch Lukács' letzter (weiser) Brief (vom 19. September 1969) für immer unbeantwortet, worin er Hofmann warnt: „der zur Phrase gewordene Begriff des Faschismus ist nur ein Hindernis in einem solchen Kampf für die echte Demokratie“.

József Bayer

BRIEFE

Hofmanns Briefe, sowie Lukács' Antworten in Durschlag werden im Bestand des Georg-Lukács-Archivs aufbewahrt.

1. Werner Hofmann an Georg Lukács

Wilhelmshaven, 20. September 1961

Sehr verehrter Herr Professor Lukács!

Über den Verlag Duncker u. Humblot (Berlin-West) lasse ich Ihnen ein Geschenkstück meines Buches „Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht. Zur Werturteilsfrage – heute“ überreichen. Es geschieht dies in dankbarer Anerkennung der großen Bedeutung, die Ihre Werke für meinen eigenen Entwicklungsgang gehabt haben. Im Kampf gegen die Zerstörung der Vernunft weiß ich mich Ihnen eng verbunden – bei allem, was uns im übrigen vielleicht trennen mag.

Mit dem Ausdruck aufrichtiger Verehrung,

Werner Hofmann.

2. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 8. Oktober 1961

Gehrter Herr Kollege!

Ich danke Ihnen herzlich für Ihren Brief vom 26. September, sowie für die liebenswürdige Zusendung Ihres Buches. Das Thema interessiert mich sehr und ich hoffe es in abschbarer Zeit lesen zu können.

Mit herzlichem Dank und Gruss
Ihr ergebener

Georg Lukács

3. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 13. April 1962

Sehr verehrter Herr Professor Lukács!

Ich erlaube mir, Ihnen den Abdruck eines Aufsatzes zuzusenden, zugleich mit einer Bitte: Wären Sie bereit, das Ihnen vor etwa einem halben Jahr geschenksweise übersandte Buch „Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht“ in einer Ihnen geeignet scheinenden Zeitschrift der

DDR oder eines anderen Landes zu besprechen? Ich glaube, daß die Schrift etwas zur Ideologiekritik beizutragen hat – und diese scheint mir zur Hauptaufgabe von Wissenschaft (unter den bestehenden Bedingungen) geworden zu sein. Durch Ihre kritische Würdigung des Versuchs einer „Wissenschaftssoziologie“ (Ideologiekritik) könnte der Autor nur lernen. Es gibt nun einmal nur *eine* Wissenschaft; und diese kann ihrer nur gewiß werden, wenn sie sich *verständigen*, ins *Einverständnis* setzen kann.

Für Ihre gelegentliche Rückäußerung wäre ich Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Lukács, sehr dankbar.

Ihr aufrichtig ergebener

Werner Hofmann.

4. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 25. April 1962

Verehrter Herr Hofmann!

Vielen Dank für Ihren liebenswürdigen Brief vom 13. April. Leider ist es mir unmöglich, Ihre Bitte zu erfüllen. Wenn man in meinem Alter noch einige grössere Werke vollenden will, muß man streng bei der Sache bleiben und sich keine Extraarbeit, auch wenn sie interessant ist, gestatten. Ich sage dies ganz abgesehen davon, daß es mir unter den heutigen Umständen sowieso unmöglich wäre, etwas in der DDR zu veröffentlichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Georg Lukács

5. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 3. Mai 1962

Sehr verehrter Herr Professor Lukács!

Haben Sie Dank für Ihre Zeilen! Dafür, daß Sie mein Buch nicht besprechen können, habe ich volles Verständnis. Ich hoffe dennoch sehr, daß die Verbindung nicht ganz abreißt. Möchte es Ihnen ein wenig

Freude sein, zu wissen, wieviel ich persönlich, als einer von gewiß vielen, obwohl von Haus aus Nationalökonom, Ihnen an Einsicht und Bildung danke. Denn da, wo es um wirkliche gesellschaftliche Erkenntnis geht, fällt der Unterschied der Disziplinen dahin, und eine jede gewinnt am Fortschreiten der anderen für sich selbst. Das Erlebnis fortschreitender Wissenschaft möchte ich Ihnen in Ihrem Umkreis wünschen. In dem meinen ist nur Fortentwicklung des einzelnen, wider die Umwelt, möglich.

Ihr aufrichtig ergebener

Werner Hofmann.

6. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 21. Mai 1962

Verehrter Herr Doktor Hofmann!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 3. Mai. Ich bin selbstverständlich einverstanden damit, daß wir in Verbindung bleiben. Umso mehr, als ich inzwischen Ihr Buch gelesen habe. Der kritische Teil hat mich sehr interessiert, sowohl der über die sogenannte Wertfreiheit, wie insbesondere der über den Neopositivismus. Auch in Ihren Bestrebungen, den gesellschaftlichen Wert dem gesellschaftlichen Sein mehr anzunähern, sehe ich viel Fruchtbare. Ich galube zwar, man müsste in dieser Frage noch weiter gehen in der Richtung einer konkreten Ontologie des gesellschaftlichen Seins. In dieser Hinsicht ist bis jetzt noch sehr wenig geschehen. Entweder wird das gesellschaftliche Sein ebenso behandelt, wie das Sein in der Natur oder wird es aus dem Bereich des Seins idealistisch herausgerissen. Sie suchen hier in richtiger Weise ein Weder-Noch. Meine eigenen Gedanken über diese Frage kann ich leider unmöglich in einem Brief auch nur andeuten. In der Einleitung meiner Ethik werde ich mich ausführlich mit dieser Frage beschäftigen. Ich stecke aber augenblicklich noch in den Vorbereitungsarbeiten.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

7. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 28. Mai 1962

Hochverehrter Herr Professor Lukács!

Ihr Brief vom 21. 5. war mir eine große Freude. Zumal ich in meinem eigenen Denkkreis auch nur Verständnis für das Vorhaben des Buches nicht erwarten darf und eigentlich meine persönliche Absage darin formuliert habe. Man darf unter bestimmten Umständen nichts sein wollen als das schlechte Gewissen der anderen, und man muß jedenfalls da sein!

Sie fordern zu Recht die Probe aufs Exempel durch Weiterarbeit „in der Richtung einer konkreten Ontologie des gesellschaftlichen Seins“. Ich für meinen Teil versuche dies als Nationalökonom, also als Adept jener Disziplin, der Sie – vor einer Reihe von Jahren in einem Vortrag – jene große Funktion zugesprochen haben, die einmal der *Philosophie* (der Aufklärung) zufiel. Ich arbeite an einem größeren Werk (das freilich die Kraft eines einzelnen schier übersteigt) über die Geschichte der Nationalökonomie in der Epoche ihrer totalen Ideologisierung (seit Marx und seit Anheben der Grenznutzenschule). Eigentlich ist das Büchlein, das ich Ihnen übersandte, ein Seitensproß aus diesem Stamm. „Konkrete Ontologie“ wird da zur „konkreten Ideologiekritik“, d. h. auch zur Kritik des latenten Bedürfnisses, nicht nur nach Ideologie überhaupt, sondern auch nach ganz bestimmter Ideologie. Und hier werden freilich die geheimen Querverbindungen zu allen anderen Disziplinen der Gesellschaftslehre unverkennbar und erweist sich das einmal Gefundene an seinen vielfältigen Reflexen.

So sucht man seiner eigenen Gewissenspflicht als Zeitgenosse zu genügen; einer Pflicht, die unter Umständen nur im Widerspruch gegen die Zeit erfüllt werden kann, und die das Kulturbewußtsein auferlegt, und das Bewußtsein der beschädigten Humanität.

Von meinem Freund Prof. Heinz Maus (Marburg) hörte ich schon vor einiger Zeit, daß er einige Ihrer Schriften herausbringt. Ich freue mich sehr darüber, und möchte aufrichtig wünschen, daß es Ihnen Bestätigung dafür sein möchte, wie sehr Sie sich weiterzugeben vermocht haben!

In freundlicher Verbundenheit, Ihr

Werner Hofmann.

8. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 5. Juli 1962

Verehrter Herr Doktor Hofmann!

Vielen Dank für Ihren interessanten Brief vom 28. Juni. Ihr Plan hat mich sehr interessiert. Wenn Sie mir jedoch eine kleine Bemerkung erlauben, die ohne Kenntnis Ihres Planes und Ihrer Intentionen, aus der allgemeinen Lage entspringt, so würde ich Ihnen raten, sehr vorsichtig mit dem Begriff der Ideologie umzugehen. Seit Max Weber und insbesondere seit Karl Mannheim ist es große Mode geworden, alles – vollkommen gleichmacherisch – als Ideologie zu betrachten, was nicht aus einem angeblich wertfreien Positivismus entspringt. Das ist jedoch ein vollkommen unbegründetes Dogma, und es wäre sehr nützlich, einmal seinen Dogmencharakter erkenntnistheoretisch oder ontologisch aufzudecken.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

9. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 27. August 1962

Sehr verehrter Herr Professor Lukács!

Verzeihen Sie meine späte Rückäußerung auf Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 5. 7.; die Briefe, deren Beantwortung am wichtigsten ist, schiebt man am längsten vor sich her! – Ihre Warnung hinsichtlich des Mißbrauchs des Ideologiebegriffs ist sehr berechtigt. Ich glaube, wenn man unter Ideologie – wie ich es etwa in „Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht“ versucht habe – Irrtum, an dem sich ein gesellschaftliches *Interesse* haftet (also Irrtum mit *Tendenz!*), versteht, ist man wohl gegenüber einem (von Ihnen wohl gemeinten) Pan-Ideologismus Mannheimer (und anderer) Observanz gefeit. Die Nationalökonomie jedenfalls scheint mir seit Herrschaftsantritt der Grenznutzenlehre zu Beginn der siebziger Jahre, also in der nach-Marx'schen Epoche, in das Stadium ihrer totalen Ideologisierung eingetreten; und sie kann nur noch unter denk- (nicht: „wissens-“) soziologischem Aspekt, d. h. von den herrschenden *Denkbedürfnissen* her, gedeutet werden. Freilich schafft man sich durch einen solchen Versuch keine Freunde. Ja, man kann nicht

einmal auf intellektuellen Nachvollzug, auf *Folgen* in der Wissenschaftsentwicklung hoffen. Das scheint mir nun einmal das Schicksal der Wissenschaften in unserer Epoche zu sein, die einerseits eine nachwissenschaftliche, andererseits eine noch vorwissenschaftliche (jedenfalls in den Sozialwissenschaften) ist und in der Erkenntnissen kein Selbstwert, sondern nur gesellschaftlicher „Nutz“-Wert zugesprochen wird. Diese Folgenlosigkeit (oder vielleicht: die vorläufige Unabsehbarkeit der Folgen) muß der wohl auf sich nehmen, der weiß, daß er seiner Pflicht als Zeitgenosse zu genügen hat – und sei es *wider* die Zeit.

Der eigentlich moderne Stil von Ideologie – und auch die Ideologie scheint mir, durch alle Zweige der Gesellschaftslehre mehr oder minder hindurch, eine „Stil“-Geschichte zu haben – ist der „neopositivistische“, scheinbar objektiv und unbeteiligt die „Sachverhalte“ darlegende, die naturalistische Manier der Identifizierung der Erscheinungen mit der Wirklichkeit als ganzer. Im übrigen ist das ja auch der Stil der scheinbar dokumentarischen „Augenzeugen“-Berichterstattung von Zeitung, Rundfunk und vor allem Fernsehen bei uns. Die Mentalität des *Tatsachen-Pauperismus* wird hierdurch geschaffen, die umso williger auf das respondiert, was sie allein noch aufnehmen kann. Der bloße *Sinn* für etwas darüber Hinausgehendes stirbt ab. Das geradezu Verblüffende ist, daß es dann im persönlichen (wie im überpersönlichen) Leben in dem Maße auch keine wirklichen Probleme mehr zu geben scheint, wie die Kraft, Probleme zu bewältigen, selbst abhanden kommt. In dieser Situation ist, zu *beunruhigen*, schon eine Aufgabe, nicht zuletzt eine akademische. Die Dinge dürfen nicht in ihrer Selbstverständlichkeit belassen werden. Daher scheint mir heute die Enthüllung des „Neopositivismus“ eine vordringliche Aufgabe westlicher Wissenschaft zu sein. Ich weiß, wie sehr Sie, sehr verehrter Herr Lukács, diese verfolgen und (etwa mit Ihrem mir sehr wichtigen Buch „Die Zerstörung der Vernunft“) gedeutet haben, so daß Ihnen diese Zeilen sicher nichts Überraschendes sagen. Eine Fortsetzung unseres Briefwechsels würde ich dankbar begrüßen!

Ihr verehrungsvoll ergebener

Werner Hofmann.

10. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 1. Oktober 1962

Verehrter Herr Kollege!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 27. August. Verzeihen Sie, wenn ich ihn verspätet und doch nur flüchtig beantworte. Ich bin augenblicklich mit dem Ordnen meiner Notizen zur Ethik so beschäftigt, daß ich nicht die Konzentration besitze, eingehend auf andere Fragen einzugehen.

Ganz kurz möchte ich nur sagen, dass Sie meiner Ansicht nach in der Ideologienfrage sich auf dem richtigen Wege befinden. Man darf aber vom Marxismus Bestimmung und Kritik der Ideologie nicht abstrakt übernehmen, wie dies die Wissenssoziologie tat. Bei Marx gibt es eine ungeheure Skala von Bestimmungen, angefangen von den welthistorischen Illusionen, bis zur Kritik der Apologetik. Diese Skala ist aber nicht nur genetisch-historische, sondern enthält zugleich Hinweise auf den möglichen Wahrheitsgehalt der Ideologie.

Was Ihre Absicht betrifft, sich gegen den Neopositivismus zu wenden, so kann ich diese nur vollkommen billigen. Bei der Kritik darf man meines Erachtens zwei Gesichtspunkte nicht aus den Augen verlieren. Erstens die besondere Beziehung des Neopositivismus zu den exakten Wissenschaften, vor allem zu der Physik. Während der alte Positivismus vom Typus Mach Methoden und Ergebnisse der Naturwissenschaft selbst unberührt liess und nur eine positivistische Philosophie darüber baute, greift der Neopositivismus sowohl bei Einstein, wie bei Bohr-Heisenberg tief in die Methode der Physik ein. Das wird heute leider ganz unkritisch betrachtet. Nur wenige Philosophen, wie N. Hartmann und Physiker, wie L. Jánossy haben hier eine Kritik versucht. Ich persönlich glaube, dass auf diesem Gebiet noch eine Neuuntersuchung der Fundamente und damit eine Zerstörung des Neopositivismus nötig sein wird. Zweitens ist die Beziehung des Neopositivismus zur heutigen Religiosität, die weit mehr ein blosses religiöses Bedürfnis als religiöse Inhalte ausdrückt, von höchster Wichtigkeit. Ich glaube, der Neopositivismus spielt für die heutige Religiosität ungefähr die Rolle, die Thomas von Aquino im Mittelalter gespielt hat.

Entschuldigen Sie die Kürze und Flüchtigkeit meiner Gedanken.

Recht herzlich Ihr

Georg Lukács

11. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 21. Dezember 1962

Hochverehrter, lieber Herr Professor Lukács!

Verzeihen Sie, daß ich auf Ihre so liebenswürdigen Zeilen vom 1. Oktober erst heute antworte. Gerade die Briefe, die man für besonders wichtig hält, schiebt man immer wieder vor sich her. So sind Sie jedenfalls frei, es ebenso bei mir zu halten; denn ich hoffe sehr, mit Ihnen im Gespräch bleiben zu dürfen. Verständnis und Einverständnis sind heute ja kaum mehr zwischen Gelehrten zu erhoffen und daher umso kostbarer; in unserer Hemisphäre scheinen sie mir, auf der Grundlage von *Wissenschaft*, objektiv unmöglich geworden. Was ich in dem seinerzeit Ihnen übersandten Büchlein schrieb, ist ein Stück persönlicher Konfession: „Der um der Erkenntnis willen Forschende muß heute wissen, daß er aus der Gesellschaft verwiesen ist, und er hat das Opfer seiner Sozialität im Bewußtsein der Unvermeidlichkeit zu bringen.“ Angesichts des radikalen Verfalls des wissenschaftlichen Bewußtseins bei uns stellt man sich die Frage, weshalb und für wen man eigentlich noch schreibt und publiziert. Aber man muß wohl seine Pflicht als Zeitgenosse erfüllen, irgendwie ist es Auftrag der Geschichte, vor allem der künftigen, die jedenfalls unser, der Wissenschaftler, sein wird. – Uebrigens gibt es unter den jüngeren Hochschullehrern bei uns doch noch einige wenige, die vielleicht die große Tradition der deutschen Soziologie im Geiste der Aufklärung unserer Tage fortsetzen werden. Möchten sie mutiger hierbei sein als zwei von mir im übrigen hochgeschätzte Frankfurter Kollegen, die leider in geradezu pathologischer Sorge leben, verwechselt zu werden. – Von der Nationalökonomie ist eine Erneuerung nicht mehr zu erwarten. Und gerade darin scheint mir die Bestätigung (e contrario) für jenen schönen Satz von Ihnen zu liegen, den Sie im Jahre 1949 ausgesprochen haben: Die Rolle, die im 18. Jh. die Aufklärungsphilosophie gespielt habe, falle heute der politischen Oekonomie zu. Freilich, wie ich glaube, einer Oekonomie, die zugleich „Wissenschaftssoziologie“ und daher das radikale Gegenteil des ökonomischen Neopositivismus ist, mit dessen Hilfe sich unser ökonomisches Denken ebenso gegen Ideologieverdacht wie gegen Ideologie-Kritik abzuschirmen sucht. Leider werden „Enthüllungsversuche“, wie sie immerhin von einigen Forschern unternommen worden sind (Dobb, Meek), soweit ich sehe, auch in den Ländern der neuen Ordnung kaum zur Kenntnis genommen. (Die schönen Studien über den Ideologiebegriff von Kurt Lenk, von dem es

auch eine gute Analyse des späten M. Scheler gibt, werden Sie selbst sicher kennen.) Gerade daß Sie selbst in Ihrem großen Schaffen stets Mittler, Wahrer der Kontinuität des Kulturbewußtseins (die freilich unsere Ordnung selbst schon preisgegeben hat und nur noch als Bekräftigung des Willens zum Beharren ausbeutet) gewesen sind und das Hegelsche „Aufheben“ also im vollen doppelten Sinn gepflegt haben, daß Sie den historischen *Uebergang* nicht eilfertig abgeschnitten, sondern *durchgeführt* haben, macht, wie ich meine, Ihr Werk schlechthin vorbildlich und exemplarisch für unsere Epoche! – Ich freue mich sehr, daß der Luchterhand-Verlag mit der Edition Ihrer Schriften begonnen hat, und werde die etwas ruhigeren letzten Tage des Jahres mit Ihren „Schriften zur Literatursoziologie“ und also im Gespräch mit Ihnen verbringen! In das neue Lebensjahr begleiten Sie meine lebhaften Wünsche. Vor allem erhoffe ich für Sie und uns ein Jahr voll Schaffenskraft, das uns noch reiche Früchte Ihres Wirkens bescheren möchte! Was zählt dem Werke gegenüber das persönliche Schicksal!

In herzlicher Verbundenheit, Ihr

Werner Hofmann.

12. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 25. Februar 1963

Lieber Herr Kollege!

Ich antworte verspätet auf Ihren liebenswürdigen und interessanten Brief vom 21. Dezember. Leider bleiben Ihre Schwierigkeiten und Klagen auch für eine lange Zeit aktuell. Wer heute für eine wirkliche Gesellschaftswissenschaft arbeitet, muss wissen, dass eine Erfüllung nur in der Zukunft, nicht in der Gegenwart möglich ist. Sie haben vollständig recht, wenn Sie hier in erster Reihe den Neopositivismus anklagen. Sicher hängt die verhängnisvolle, mechanische und schroffe Arbeitsteilung der einzelnen Disziplinen unmittelbar mit dem Neukantianismus und heute mit dem Neopositivismus zusammen. Die richtige Tradition, deren letzte Vertreter die Klassiker des Marxismus waren, kannte diese Arbeitsteilung nicht. Ökonomie, Geschichte, Soziologie etc. bildeten eine organische methodologische Einheit. Für ihre Wiederherstellung kämpfen wir Marxisten. Denn der Mechanismus der Stalinschen Periode bringt auch bei uns eine sich wissenschaftlich gebärdende aber im Wesentlichen

höchst unwissenschaftliche Arbeitsteilung hervor. (Die amerikanische Mikrosoziologie fängt z. B. bei uns an, grosse Mode zu werden.) Das ist aber nur die Erscheinungsseite der Sache. Man müsste darüber nachdenken, weshalb der Neopositivismus zu einer solchen absoluten Herrschaft gelangt ist. Ich glaube nun es handelt sich vor allem darum, dass das heutige Bürgertum aus gesellschaftlich-weltanschaulichen Gründen um jeden Preis die Wirklichkeit aus dem Leben, aus Wissenschaft und Kunst zu eliminieren bestrebt ist, damit ein selbstgefälliger, sich nonkonformistisch maskierender Konformismus seine ideologische Basis erhalte. Das vereinigt sich auch mit der religiösen Frage von heute. Unter diesen Umständen bleibt einem ernsthaften Gelehrten tatsächlich nichts übrig, als der wirklichen Zukunft entgegenzuarbeiten, einer Zukunft, in welcher die Menschen den Anblick der Wirklichkeit nicht nur ertragen, sondern sogar suchen werden.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

13. Werner Hofmann an Georg Lukács

16. August 1963

Hochverehrter Herr Kollege!

Verzeihen Sie mein langes Schweigen auf Ihren letzten Brief! Gerade weil er mich so bedeutend angerührt hat, verschob sich die Antwort immer wieder auf eine stille Stunde, die ich nun im Urlaub suche.

Ja, es ist eigenartig, daß gerade Sie, der Sie durch die ganze Schule der „westlichen“ Kultur gegangen sind, nun wieder zum Warner werden gegenüber dem naiven geistigen Anschluß an bestimmte Ausgeburten der formalistischen Ideologie! Es ist freilich begreiflich, daß nach den Jahren der geistigen Isolierung vieler Denker das Gefühl sich bemächtigt, nachholen zu müssen. Leider ist das Erbgnis dieser zurückliegenden Isolierung (und der unzureichenden Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gegner im eigenen Land, soweit ich von den Verhältnissen der DDR aus schlußfolgern darf) mangelnde Gefeitheit. So überrascht es mich, zu sehen, wie leicht selbst sowjetische Philosophen auf den Leim der anthropologisch aufgeblähten „Kybernetik“ gehen können und durch die „Analogie“ von technischem und menschlichem „Regelkreis“ sich sacht zum mechanistischem Vulgärmaterialismus geführt finden. Auch die vielerörterten Stilverwirrungen sowjetischer und anderer Künstler

scheinen mir darauf hinzuweisen, wie sehr es offenbar einer Festigung im Geiste *Ihres* großen Lebensthemas, des *Realismus*, bedarf. In eigenartiger Weise scheint mir freilich das Streben mancher sowj. Künstler nach „Zweck-Freiheit“ in einer Welt der Zwecke mit dem geheimen Motiv der westlichen Kunst zusammenzuhängen. Und diese Spaltung von zweckhafter und zweckfreier Sphäre, an der wir alle leiden, ist wohl nur dadurch überwindbar, daß die Zwecke selbst vielfältiger, reicher, menschlicher werden. Daß dies gesellschaftliche Bedingungen voraussetzt, die jedenfalls da nicht vorhanden sind, wo selbst die Politik nicht nur *wie* ein Geschäft, sondern auch *als* ein Geschäft betrieben wird, bedarf wohl zwischen uns keiner Erwähnung!

„Der Zukunft entgegenzuarbeiten“, wie Sie schreiben, muß im vorgerückten Alter, wenn man stets die ganze Existenz drangesetzt hat, einen schmerzhaften Verzicht bedeuten. Aber freilich ist da die „innere Stimme“, und das Wissen, daß unsere Zeit, im einen Teil der Erde, keine Ehren, keine Würde mehr zu vergeben hat – weil sie selbst keine besitzt –, und im anderen, wie mir scheint, noch nicht recht weiß, wessen sie bedarf. Dennoch ist zwischen der Welt des „Nicht mehr“ und des „Noch nicht“ der Einschnitt des Endes der „Vorgeschichte“ und des Beginns der „Geschichte“ der Menschheit, und der Schritt der großen Entwicklung geht über die individuellen Katastrophen dahin, wie Sie in Ihrer wundervollen Deutung des „Faust“ geschrieben haben. So sind „wir“ um den Sinn unseres Tuns wohl nicht verlegen.

Nach einem Zögern, das mit dem Fortgang der Vorarbeit wuchs, gehe ich nun ernstlich daran, die Generalabrechnung mit der Nationalökonomie seit der Grenznutzenschule zu einem Manuskript zu machen, über dessen Publikationsmöglichkeit ich mir keine Gedanken mache. Da hierbei fast vor allem das verborgene Menschen- und Gesellschaftsbild der neueren Nationalökonomie behandelt wird (Erscheinungen wie die Entgeschichtlichung des Denkens – eigentlich schon angelegt in der klassischen Nationalökonomie –, das Zurücktreten des kausalen hinter dem funktionalistischen Denken, wie es dem *Beharrungswillen* der Zeit entspricht, das Postulat der Einheitsgesellschaft, etc.), werde ich sicher *Ihres* helfenden Rates mich gelegentlich erfreuen dürfen! Gleichzeitig arbeite ich allerdings, soweit meine akademischen Verpflichtungen es zulassen, an der Herausgabe mehrbändiger sozialökonomischer Studientexte, die kritisch kommentiert werden. Man hat das – Ihnen gewiß wohlvertraute – Gefühl, für seine Person die hier gänzlich versagende wissenschaftliche Arbeitsteilung aufwiegen und alles allein machen zu müssen.

In der Hoffnung, daß unser Gedankenaustausch trotz des eingetretenen

Intervalls eine ungezwungene Fortsetzung nehmen wird, mit allen guten Wünschen für das „Werk“ und mit dem Ausdruck der lebhaften persönlichen Verbundenheit, Ihr

Werner Hofmann.

14. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 31. August 1963

Verehrter Herr Kollege!

Vielen Dank für Ihren interessanten Brief vom 16. August. Ich kann ihn leider, wegen Überlastung, nur kürzer beantworten, als ich möchte.

Was die von Ihnen erwähnten Neuerscheinungen in der sozialistischen Wissenschaft betrifft, so handelt es sich meines Erachtens um einen Wechsel in der Taktik der Sektierer. Sie können jetzt nicht mehr ihre eigene Linie als allein seeligmachende durchsetzen. Darum dulden sie jede Art der modernen Soziologie *neben* dem historischen Materialismus, jede Semantik, Kibernetik etc. *neben* dem dialektischen Materialismus. Dadurch erscheinen sie als „liberale“, geben ein Ventil für die westlich orientierten, halten aber jede ernsthafte Erneuerung des Marxismus nieder. Die „Liberalisierung“ ist nur ein taktisches Mittel, um den dialektischen und historischen Materialismus so zu konservieren, wie er in der stalinschen Zeit erstarrte. Der wirkliche Gegner ist und bleibt: die wirkliche Renaissance des Marxismus.

Wenn ich meine Hoffnungen auf eine sehr langsam und widerspruchsvoll heranrückende Zukunft richte, so ist das keine Resignation, sondern die Einsicht, daß dieser Prozess der Renaissance des Marxismus ein sehr langwieriger sein muß. Er ist aber dem Wesen nach unwiderstehlich.

Es freut mich sehr, daß Sie Ihr Interesse auf Ökonomie richten. Hier ist eine radikale Entfetischisierung die dringendste Aufgabe. Sie hat aber zur philosophischen Voraussetzung, dass man auch hier den Sinn für die Wirklichkeit nicht verliere. Das bedeutet die Einsicht, dass die Ökonomie Beziehungen zwischen Menschen widerspiegelt, dass sie eine gesellschaftlich-geschichtliche Wissenschaft ist – ohne deshalb in beiden Fragenkomplexen einem Relativismus zu verfallen. Es ist vielleicht monoton, wenn ich immer wieder von der Wirklichkeit spreche, aber ein Appell an diese ist die einzige theoretische Rettung in unserem Zeitalter des

Neopositivismus, der Manipulation, der Verkümmern der Praxis als Kriterium der objektiven Wahrheit.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

15. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 10. November 1963

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre letzte freundliche Antwort auf meinen Brief! Die „Renaissance des Marxismus“, von der Sie schreiben, erhoffe ich 1) von der Gewalt der Umstände, die bestimmte Fragen zu *praktischer* Dringlichkeit erheben (so haben die Bedürfnisse der Planung vor allem in der sowjetischen ökonomischen Theorie zu einem gründlichen Durchdenken der Zusammenhänge zwischen Wert- und Preisbildung geführt, zu einer Erneuerung echten theoretischen Denkens nach dem Bramarbasieren der Stalinzeit; auch der Konflikt mit der chinesischen Parteiführung wird wenigstens das Gute haben, daß er zur Vertiefung der eigenen Konzeption zwingt), und 2) von der Verbindung der Intelligenz mit dem arbeitenden Volke. Gerade das letztere ist wohl das Problem, an dem wir alle leiden, zumal in Deutschland, wo das Verhältnis zwischen Intelligenz und Volk weit mehr in der Geschichte bis heute gestört gewesen ist als irgendwo anders. Nur hier konnte sich die Intelligenz denn auch „freischwebend“ zwischen den gesellschaftlichen Gruppen wägen. Von keinem Gefühl der Verantwortung für die arbeitende Gesellschaft getragen, von der Gestaltung der nationalen Belange seit jeher ausgeschlossen, bereit, sich dem Herrschenden jeweils anzu-bequemen, essentiell gesinnungslos, hat die deutsche Intelligenz sich vom Volke so sehr abgesondert, daß diese Isolierung sie selbst in ihrer Substanz – auch und gerade in ihrer geistigen – treffen mußte. Von den Kräften abgeschnitten, aus denen sie sich erneuern könnte, erlebt sie das Schicksal der geistigen Verelendung, aus dem sie denken, für die sie da sein sollte, nicht herausgeholfen hat, ja dessen Handlanger sie gewesen ist, an sich selbst. Das geradezu schon konstitutiv gewordene Unvermögen, auch nur zu begreifen, gegen was sie sich verschließt, der Verfall selbst eines bürgerlichen Kulturbewußtseins, der Verlust jener Kontinuität der Menschheitskultur, um die es gehen mußte, bei allem fälligen Umbruch in den übrigen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, ist

nicht nur für sich selbst genommen schlimm: er belastet auch zutiefst diejenigen, die sich ans Neubeginnen gemacht haben. Die geistige Pauperisierung einer ganzen Kulturwelt bedeutet, daß auch die Arbeiterbewegung traditionslos wird. Und man möchte manchmal meinen – verzeihen Sie, wenn ich aus der Entfernung Unrecht tue! –, als sei im Staate Ulbrichts der geistigen Verkümmerng noch immer nicht genug geschehen, als müßte die Destruktion der Geisteskultur noch weitergehen. Die Meinung, „populäre Wissenschaft“ müsse die sein, die auch dem Einfältigsten noch unmittelbar zugänglich ist, verkennt, daß die wahre Volksverbundenheit von Wissenschaft in einem viel tieferen *objektiven* Sinne vorhanden sein muß, damit sie es im subjektiven Sinne (der Faßlichkeit) überhaupt sein kann; sie geht von dem (vermeintlichen) Menschen der Gegenwart, nicht von dem weitergebrachten Menschen aus, den es zu entwickeln gilt; sie ist im Grunde geistiger Proletkult, den gerade die Arbeitenden selbst durchschauen und als Beleidigung empfinden. Zugleich wird dabei ignoriert, daß es *Stufen* des Bewußtseins gibt, und das im Prozesse des Lernens einer ganzen Nation die untere Stufe des Bewußtseins nicht gehoben werden kann, wenn es nicht zugleich die fortgeschrittenen auch gibt, wenn gewissermaßen die unterste Stufe, allein gelassen, ihrem eigenen Schwergewicht überlassen bleibt. Statt die kümmerlichen Reste übernehmbarer bürgerlicher Intelligenz unter das *sacrificium intellectus* zu beugen, wären ihr selbst Aufgaben zu stellen, an denen sie über ihren bornierten Horizont hinauswachsen kann. Wo eine solche Intelligenz – nicht zuletzt aus eigenem Verschulden – fast fehlt, kommt es nicht zu jener von Lenin gesichteten – und mir in der Tat vital notwendig zu sein scheinenden – Verbindung von Intelligenz und Arbeitenden, sondern zu einem Führungsvakuum, in das gerade jene eindringen, die vom Zuschnitt kleinbürgerlich Arrivierter sind, „Aufstieg“ sehr lebhaft als persönlichen Erfolg werten, sehr entwickelte Organe für „Macht“, für gesellschaftliches „Oben“ und „Unten“ haben und zugleich von zynischer Willfähigkeit bei allen Kursschwankungen sind. Der Bruch mit der großen Kulturtradition wird unter diesen Umständen zu einem vollständigen. So mag es geschehen, daß, wer um das „Erbe“ weiß, fast mehr in die Rolle der historisch „Letzten“ als der „Ersten“ gerät.

Unter diesen Umständen scheint mir die Aufgabe derer, die nun einmal zwischen den Zeiten zu vermitteln haben, in der Vertiefung des *kritischen Bewußtseins*, gerade auch gegenüber der Tradition, in ihrer Entschlackung, in der Trennung von all dem, was liebhaberischen Charakter hat, schließlich in der Glaubhaftmachung des „Erbes“ in der eigenen Person zu liegen. Sehr vieles darf der Bereinigung anheimfallen, um des Großen

willen, das man nicht hinter sich bringen darf, ohne sich selbst zu verlieren.

Meine eigenen Bemühungen gelten diesem Ziel in der Oekonomie – ich *bin* in erster Linie Nationalökonom, allerdings einer, den sein eigenes Fach, wie Sie an „Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht“ bemerkt haben, zur Wissenschaftssoziologie und Philosophie hinüberzugreifen gezwungen hat –: Die Oekonomie der Gegenwart (seit der Grenznutzenschule) ist ohne die doppelte Beziehung 1) auf die Wendungen der Wirklichkeit der Wirtschaftsgesellschaft, 2) auf das (damit zusammenhängende) Ideologien erzeugende Bedürfnis – und daher auf die innere Uebereinstimmung des Geistes der neueren Oekonomie mit dem anderer akademischer Disziplinen – nicht zu bewältigen. Auch als akademischer Lehrer spüre ich den Zweifel der Studierenden an dem, womit sie indoktriniert werden, und eine latente Bereitschaft zur Kritik.

Darf ich mir die Frage erlauben, woran Sie selbst arbeiten? Sie schrieben einmal, daß Sie an einem Werke über die Ethik schreiben. Wann erfolgt die Uebersetzung ins Deutsche?! Lehren Sie noch an der Universität Budapest? Sind Sie im deutschen Nachbarstaate noch immer *persona ingrata*? Ist in letzter Zeit von Ihnen irgend etwas in einer mir zugänglichen Sprache erschienen, das mir entgangen sein könnte?

In herzlicher Verbundenheit, mit allen guten Wünschen für die Arbeit,

Ihr stets ergebener

Werner Hofmann.

16. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 7. Dezember 1963

Sehr geehrter und lieber Herr Kollege!

Ihr letzter Brief hat mich ausserordentlich interessiert und hat mir eine grosse Freude bereitet. Es ehrt Sie sehr, dass Sie gerade diese Sorge haben, in einer Zeit, in welcher der grösste Teil der deutschen Intelligenz höchst zufrieden und selbstzufrieden ist. Sie haben vollständig recht, daß das deutsche Geistesleben den Zusammenhang mit den arbeitenden Massen, mit der Arbeiterschaft vollständig verloren hat. Das ist aber eine grosse internationale Frage, die nicht nur für Deutschland, sondern auch z. B. für die anglosächsischen Länder vorhanden ist. Sie bildet einen wesentlichen Teil der gegenwärtigen geistigen Krise und

ihre Überwindung steht mit dem, was ich in meinem letzten Brief Renaissance des Marxismus nenne, in engster Verbindung. In der Arbeiterbewegung ist eine tiefe Krise in Bezug auf das sozialistische Endziel entstanden. Bei Aufdecken der Gründe müsste man sehr weit zurückgreifen. Ich glaube[, dass] das kampflose Machtergreifen Hitlers, bei Bestehen einer Millionenpartei der Kommunisten, dabei eine grosse Rolle spielt. (Natürlich wenn man auf die Gründe zurückgeht, so spielt die stalinsche Theorie von der Sozialdemokratie als „Zwillingsbruder“ der Faschisten, also als Verhinderung einer Einheitsfront, eine grosse Rolle.) Dazu kommt noch sehr vieles nachher, von der Periode der grossen Prozesse angefangen bis zur Gegenwart. Für die Arbeiter ist deshalb heute die sozialistische Gesellschaft kein ersehenswertes Endziel, und das spiegelt sich in der rein ökonomisch-praktizistischen Richtung der Arbeiterbewegung. Es ist z. B. interessant, dass selbst dann, wenn ein grosser Streik, wie der der französischen Kohlenarbeiter, infolge eines Schachzugs des Gegners, hier die Einberufung zum Militär der Bergwerksarbeiter durch de Gaulle eintritt, auch die politische Replik der Arbeiter in einem rein gewerkschaftlichem Rahmen verbleibt. Es ist die natürlichste Wechselwirkung einer solchen Lage, dass Arbeiter und Intelligenz sich gegenseitig voneinander entfremden.

Eine Hilfe kann nur der theoretische und praktische Kampf gegen das stalinsche Erbe bringen. Die Vorbereitungen dazu werden bereits in manchen sozialistischen Ländern gemacht, wenn auch – nach meiner Überzeugung – noch viel zu zaghaft und viel zu wenig prinzipiell. Das hängt natürlich damit zusammen, dass auch diese Umwälzung zu wenig prinzipiell, zu wenig auf die Grundprobleme der Arbeiterbewegung eingehend, die Verzerrungen der stalinschen Periode an Marx und Lenin zu wenig korrigierend vor sich geht. Hier kann die Intelligenz auch in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielen, indem sie an dieser Erforschung der wahren Grundlagen, der Wiedererrettung der Marx-Leninschen Methode, ihrer Anwendung auf die neuen Phänomäne der Gegenwart aktiv mitarbeitet. Denken Sie nur an die Rolle, die Lafargue und Jaurès, Mehring und Rosa Luxemburg seinerzeit gespielt haben. Die Aufgabe ist heute noch viel schwerer, eben darum aber noch viel fruchtbarer und ehrenvoller.

Es freut mich, daß Sie dieses Problem als Aufgabe erblicken, und ich hoffe, es wird bei Ihnen nicht bei einem blossen Wunsch bleiben. Ich selbst habe über diese Frage unlängst zwei Aufsätze in der Wiener Zeitschrift „Forum“ veröffentlicht (Nummern September bis Dezember).

Wenn Sie die Möglichkeit haben, sich diese Zeitschrift anzusehen, werden Sie meinen Standpunkt genau kennenlernen.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

17. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 15. Dezember 1963

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief vom 7. 12., der mir eine große Freude war! Ihre Aufsätze in „Forum“ werde ich mir beschaffen. Sie haben sehr recht darin, die Untersuchung des Stalinismus als eine Aufgabe zu bezeichnen, an der ebenso den aufrichtigen Wissenschaftern des „Westens“ wie denen des „Ostens“ gelegen sein muß. Es sollte möglich sein, darüber eine internationale Tagung zu veranstalten, ostdeutsche Wissenschaftler zu Vorträgen hierüber nach Westdeutschland einzuladen etc. – und sei es, um diejenigen, welche die Frage *nicht* wissenschaftlich gestellt sehen wollen, in Verlegenheit zu bringen! Sicher kreist auch Ihre „Ethik“, an der Sie, wie Sie mir einmal schrieben, arbeiten, um diesen Fragenkreis. – Mir selbst ist nicht nur die praktische Ueberwindung des Stalinismus, der immensen Schaden angerichtet hat, ein lebhaft empfundenen Anliegen, sondern auch die „theoretische“ Erfassung seines Inhalts seit langem Problem. In zwei Büchern („Wohin steuert sich die Sowjetwirtschaft?“ 1955; „Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion“, 1956) habe ich mich mit dem empirischen Sachverhalt vor längerer Zeit beschäftigt, und ich darf sagen, daß ich wohl der erste – in meinen geographischen Breiten – gewesen bin, der auf das Grundsätzliche und Irreversible dessen hingewiesen hat, was man nach 1953 den „Neuen Kurs“ nannte. – Dennoch glaube ich nicht, die Frage des Stalinismus bis heute bewältigt zu haben. Sie schreiben von der Notwendigkeit, den Stalinismus „prinzipiell“ zu überwinden. Gewiß hat er sich auf so vielen Gebieten – wohl auf allen – des Denkens und Handelns der praktischen marxistischen Bewegung (sowie lange Zeit des öffentlichen Lebens der sozialistisch regierten Länder) eingenistet, daß selbst seine praktische Ueberwindung von „prinzipiellem“ Charakter [sein] wird. Aber ist der Stalinismus selbst prinzipieller Natur, d. h. hat er eine *Theorie*? Oder besteht er gerade im *praktischen* Zuwiderhandeln *gegen* die erklärte Theorie (etwa in der „Bündnis“-Frage, in der Praxis, oder

besser: in der Nicht-Praktizierung des „sozialistischen Humanismus“, speziell auch der „sozialistischen Rechtlichkeit“, usw.)? Frage ich mich danach, was an der *Theorie* (vor allem der „Diktatur des Proletariats“) „stalinistisch“ ist, so komme ich nur auf recht wenige Punkte: 1) Die – jedenfalls während der 30er Jahre in der SU kultivierte – „halb“-offizielle Lehre von der unvermeidlichen Verschärfung des Klassenkampfes in der „Dikt. d. Pr.“; 2) die Lehre von der „Parteilichkeit“ des Denkens und Handelns (z. B. der Pädagogik, der Justiz, etc.) – wobei mir hier sehr zu unterscheiden scheint zwischen *Parteinahme* auf Grund wissenschaftlicher, unbefangener Einsicht und *Parteilichkeit* im *Herangehen* an einen Sachverhalt – mit den entsprechenden Konsequenzen für das wissenschaftliche *Verfahren*; aber auch hier scheint mir weniger das Postulat als solches, als vielmehr seine Korrumperung, die stille Rechtfertigung, die viele daraus gezogen haben, sich selbst billige Lizenz im wissenschaftlichen Arbeiten auszustellen, verantwortlich zu sein. 3) Das Verhältnis von Führung durch die „Avantgarde“ einerseits und gesellschaftlichen „Verbündeten“ andererseits. Also das Problem a) des Verhältnisses von Staatspartei u. Gewerkschaften *innerhalb* der „Avantgarde“, b) von Staatspartei und „verbündeten“ Parteien, c) von leitender Intelligenz und Gesellschaft, d) von „herrschender Klasse“ und „verbündeten“ Klassen.

Solange es „Klassen“ gibt, muß sich das „Bündnis“ auch darin ausdrücken, daß *divergierende* Interessen, Auffassungen sei's grundsätzlicher, sei's praktischer Art zum Ausdruck kommen können, im gemeinsamen Konzept einen gewissen Widerschein finden oder durch Ueberzeugungsarbeit abgebaut werden. Ich vermisse in dieser Hinsicht etwa eine wirkungsvolle Arbeit jener Partei im deutschen Nachbarstaat, die sich als „liberal“ bezeichnet. Nachdem sie ihre ök. Grundlage „verloren“ hat, könnte sie selbst jene eigentliche Position der *sittlichen* Liberalität – auch mit Bezug auf die *Staats*sittlichkeit – gewinnen, welche den liberalen Gedanken erst über die bornierte Interessenposition hinaushöbe, in der er seit der Aufklärungszeit verkommen ist. Ich vermisse solche konstruktive Pluralität, den gesellschaftlichen Reichtum der Ideen und der zusammenarbeitenden – oder auch sich ehrlich zusammenraufenden – Richtungen. (Aber freilich mag dies auch auf einseitiger und mangelhafter Information beruhen, der man unterliegt.) Wo man jedenfalls auch seitens der regierenden Partei den Nichtdazugehörigen einseitig nur als den zu Erziehenden, als eine Last, wenn nicht gar als Hindernis für die eigenen Zwecke versteht, nicht als einen, den man selbst in gewissem Masse *braucht*, auch als Instanz der *Kontrolle außerhalb* der eigenen Reihen, bleibt die Bundesgenossenschaft eine solche der Bundesgenie-

Benden und der Bundesgenossen. – Aber auch dies führt immer wieder zur reinen Praxis hin. Prinzipiell wäre die Frage zu stellen, wie weit bestimmte Gesellschaftsteile nicht nur objektiv – freilich indem sie selbst sich wandeln – sondern auch subjektiv zu „Verbündeten“ gemacht werden können. Das gilt besonders für die Bauernschaft, und hier wieder vor allem für jene, die außerordentlich kommerzialisiert ist, wie etwa die unsere, und deren Angehörige sich – nicht zuletzt dank der Arbeit der Bauernverbände – eher als Kaufleute, denn als Arbeitende fühlen.

Noch einmal: mir fällt es schwer, wirklich *theoretische*, prinzipielle Punkte des Stalinismus zu finden. Vielmehr scheint mir der Stalinismus vor allem im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis zu liegen, mit allem, was hieraus entspringt: die Hypokrisie und Doppelzüngigkeit, die Unaufrichtigkeit gegenüber den Beherrschten, die außerordentliche Steigerung des Moments der Macht, verbunden mit entsprechender Ausweitung der Befugnisse der Machtwalter – ohne daß dies die Herkunft einer neuen „Klasse“ bedeuten würde! –, die Zerstörung jenes vitalen Gleichgewichts von Kontrolle von unten und Kontrolle von oben zugunsten der letzteren (und die Frage der Kontrolle gewinnt immense Bedeutung da, wo das Prinzip der klassischen Gewaltenteilung, das jene Kontrolle in gewissem Umfang im parlamentarischen Staat liefern sollte, aufgehoben ist; sie ist auch deshalb so wichtig, weil die Kontrolle von unten ein wesentliches Merkmal der wirklichen, demokratischen Selbstverwaltung der Gesellschaft ist), und eine merkwürdige Spaltung der öffentlichen Moral: bei den Parteigängern eine gewisse zynisch-opportunistische Bereitschaft, jede kleinere oder größere Schwenkung der Politik mitzumachen und für sich selbst auszubeuten; beim Staatsvolk die Erwartung harmloser Wohlanständigkeit und eines kleinbürgerlichen, autoritätsfrommen Gehorsams und Staatsvertrauens. – Aber bitte berichtigen Sie mich, wenn ich, der ich nur die Verhältnisse in der DDR ein wenig kenne, hier unbillig verallgemeinere. Jedenfalls: was ist die *Theorie* des Stalinismus?

Ich glaube, man muß weiterfragen: Was sind die geschichtlichen *Ursachen* und *Bedingungen* des St.? Hier scheinen mir wesentliche teils in der vor-sowjetischen, teils in der sowjetischen Geschichte begründete Umstände am Werk gewesen zu sein: 1) Vor-sowjetische: die tatarischen Formen sozialer und politischer Repression, das fast gänzliche Fehlen von Erfahrung mit konstitutionellen Regierungsformen, der Widerspruch zwischen herrschender Schicht und Volk, das ungeheure nicht aufgearbeitete wirtschaftliche und Kulturpensum, das Fehlen jener großen Bewegungen der Reformation, der Aufklärung, des Liberalismus und Individualismus, die zur Durchgliederung unserer politischen Ge-

sellschaft im Westen beigetragen und wenigstens zeitweise eine gewisse Balance pluraler, sich wechselseitig relativierender, auch kontrollierender Kräfte ermöglicht haben. Mit einem Wort: die Prädisposition dafür, die „Dikt. d. Pr.“ zu einer *Erziehungsdiktatur* mit ihrerseits autokratischen Tendenzen werden zu lassen.

2) Bedingungen der sowjetischen Industrialisierung: a) in einem ök. rückständigen Land b) unter dem Druck einer drohenden Umwelt, d. h. mit notwendigem Vorrang der Schwer- und Rüst.-industrie und unter dem Zwang äußerster Beschleunigung des Uebergangs. Unvermeidliche Wirkungen: a) Gewaltige Kompression auch des sozialen Pensums (Kulturrevolution, Massenumsetzung von Menschen vom Land in die Städte, Problem der industriellen Disziplinierung und Qualifizierung halbbarbarischer Arbeitskräfte). b) Hervortreten der Momente von Opfer und Zwang (Arbeitszeit, Arbeitsstrafrecht, Ausdehnung der Befehlsgewalt der Vorgesetzten) c) Ausbildung einer einerseits mit weitgehender *Auftragsgewalt* und sozialen Privilegien ausgestatteten, andererseits selbst wieder von oben schroff kontrollierten Schicht von Wirtschafts- u. a. Funktionären. – Das scheint mir der „soziale Unterbau“ des Stalinismus der sowjetischen Industrialisierungsepoche zu sein – einer Erscheinung, die, einmal ausgebildet, ihr eigenes Schwergewicht erlangt hat und auch in anderen Ländern Einzug gefunden hat.

Die Bedingungen, die einst zum Stalinismus geführt haben, scheinen mir nun heute dahin: Die zyklische Epoche der sowjetischen Industrialisierung – mit dem Schwergewicht auf *extensiver* Nutzung aller Ressourcen, unter Einschluß der Arbeitskraft – ist vorbei: intensive Formen der Wirtschaftsentwicklung, nicht mehr Produktionssteigerung unmittelbar, sondern Produktionssteigerung durch Steigerung der *Arbeitsproduktivität* ist erheischt. Die Anforderungen an die Arbeitskräfte verschieben sich von den rein brachialen immer mehr auf die mentalen und intellektuellen, das Selbstbewußtsein der Arbeitenden steigt mit ihrer Qualifikation. Das Weiterarbeiten mit stalinistischen Methoden – keineswegs nur in der Produktion! – ist objektiv ineffizient geworden.

Mit den Bedingungen schwinden in der SU – und anderswo – auch die typischen Erscheinungen gesellschaftlicher Machtverteilung. Nur scheint mir noch ein weiter Weg dahin zu sein, die Korrektur auch am gesellschaftlichen *Denken*, den *bewußten* Bruch mit einer zynisch-autoritären Mentalität der Mächtigen, einen Wechsel der Selektionsprinzipien in der Funktionärshierarchie, schließlich einen neuen Typ des gesellschaftlichen Amtsträgers – oder vielmehr den von Lenin schon konzipierten und persönlich verkörperten „alten“ Typ des „Volkstribunen“ – zu finden. Ich fürchte, das wird das Problem eines ganzen Generationen-

wechsels sein, vor allem in jenem deutschen Land, das unter Hitler und Stalin eine wahre Enthauptung seiner Arbeiterbewegung erlitten hat. Bitte nehmen Sie diese etwas lang geratenen, und dabei immer noch sehr komprimierten, vielleicht gar etwas lehrhaft wirkenden Bemerkungen eines Menschen, der in gewisser Weise „Außenstehender“ – freilich was das Problem selbst angeht, lebhaft Engagierter – ist, so, wie sie gemeint sind: als tastende Fragen zu jener „unbewältigten Vergangenheit“, die wir alle in gewissem Umfang haben und die uns alle auf den Nägeln brennt! Ihre Äußerung zu den Fragen, um die unser ganzer Briefwechsel immer engere Kreise gezogen hat, ist außerordentlich wichtig. Und ich werde hierbei durchaus der Lernende sein. Für das neue Jahr erhoffe ich für Sie Schaffenskraft, und das Bewußtsein, gebraucht zu werden!

In herzlicher Verbundenheit! Ihr

Werner Hofmann.

PS: Ihr Bild steht auf meinem Arbeitstisch.

18. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 29. Dezember 1963

Lieber Herr Kollege!

Vor allem herzlichen Dank für die freundliche Gesinnung, die Ihr Brief ausdrückt.

Das Problem selbst ist viel zu kompliziert, um in einem Brief behandelt werden zu können. Wenn ich 20–30 Jahre jünger wäre, so würde ich einige Jahre auf die Entwirrung verwenden. So ist das leider unmöglich. Ich kann deshalb nur einige allgemeine Gesichtspunkte zusammenfassen. Vor allem muss man gegen die Alternative, die im Westen vorherrscht, gegen die Alternative: Molotow oder Koestler Stellung nehmen. Der wirkliche Weg der Entwirrung ist, wie ich schon schrieb, ein Tertium datur, nämlich die Erneuerung des wirklichen Marxismus. Über diese Fragen herrscht auch bei uns große Unklarheit. Ich nehme nur als Beispiel den sozialistischen Realismus. Wegen seiner Minderwertigkeit in der Stalinschen Entstellung gibt es auch bei uns Leute, die ihn vollständig verwerfen, ja selbst jeden Realismus ablehnen. Es ist ein bisschen so, als ob man in der deutschen klassischen Zeit nur Kotzebue kritisieren

würde und von der wirklichen Literatur absehen würde. Die existiert aber auch in diesem Fall, denken Sie nur an Gorki, Scholochow, Makarenko etc.

Was das Problem des Systems betrifft, so muss man sich gerade hier von akademischen Vorurteilen befreien, nämlich davon, dass ein System nur dann vorliegt, wenn die Gedanken in systematischer Form dargelegt werden. Dies war schon ein grosses Hindernis um das wirkliche Verständnis von Marx in der bürgerlichen Welt. Marx selbst schrieb in einem sehr interessanten Buch an Lassalle über dessen Heraklid, dass man nicht nur die zerstreuten Gedanken solcher Denker systematisieren müsse, sondern auch dort, wo eine systematische Darlegung vorhanden ist, wie bei Spinoza, das wirkliche System nicht mit dem verbal ausgedrückten zusammenfällt. Das ist nur eine entscheidende Frage, wenn man einerseits richtig beurteilen will, worin Lenin den Marxismus weitergeführt hat und worin Stalin den Marxismus-Leninismus entstellt hat. Um das darzulegen, müsste man natürlich die Werke Lenins, vor allem zwischen 1917 und seinem Tod genau studieren und den Gegensatz zu Stalin herausarbeiten. Ich habe in einem der Forum-Aufsätze über den Gegensatz in der Gewerkschaftsfrage geschrieben. Wenn Sie im zweiten Kapitel von Lenins Buch über den Radikalismus als Kinderkrankheit die Stelle über Parteidisziplin durchlesen und sie mit der Stalinschen Theorie und Praxis vergleichen, so wird Ihnen dieser Unterschied klar werden. Man muss aber sehen, dass Stalin in allen diesen Fragen ein System gehabt hat, natürlich im eben skizzierten Sinn, nicht im akademischen Sinn.

In der Aufzählung der Ursachen des Phänomens haben Sie vielfach recht. Vor allem ist wichtig die ökonomische Zurückgebliebenheit und die Interventionsgefahr. Aber in dieser ganzen Übergangszeit gab es immer Alternativen. Und Maß bedeutet hier etwas zugleich Qualitatives und in ein System Eingeadornetes. Wichtig ist auch z. B., ob eine konkrete Massnahme (mag sie richtig oder falsch sein) als etwas praktisch Unvermeidliches aufgefasst wird oder als etwas Vorbildliches. Denken Sie z. B. daran, dass Lenin stets die praktische Unvermeidlichkeit des sogenannten Kriegskommunismus zugegeben hat, ihn aber niemals als theoretisch legitimen Weg zum Sozialismus anerkannt hat.

Natürlich sind das höchst spärliche, methodologische Anmerkungen. Ich habe aber bereits angedeutet, dass mein Alter mir nur so viel gestattet, gelegentlich über einige Fragen fragmentarisch zu sprechen. Jedenfalls möchte ich aber sagen, dass wir heute uns noch in der Periode der Selbstverständigung befinden; leider gibt es zu wenig Menschen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen. Eine Konferenz zwischen Ost und West

in diesen Fragen wäre meiner Ansicht nach höchst verfrüht und würde nur Missverständnisse vermehren.
Entschuldigen Sie die Dürftigkeit dieser Bemerkungen.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

19. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 30. März 1964

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Verzeihen Sie mein ungebührlich langes Schweigen auf Ihren letzten, mir so wertvollen Brief! Sie wissen ja, wie sehr man gerade die wichtigen Briefe vor sich her schiebt. Auch machte das Semester diesmal (Thema der Vorlesung: Die Nationalökonomie der Gegenwart. Geschichte und Deutung) besonders viel Mühe. Dazu kam jener „geschäftige Müßig-gang“ (Goethe) des Schreibens, eine merkwürdig unvernünftig gewordene Passion angesichts des geradezu pathologischen Mißverständnisses, dem hier alle wirklich wissenschaftlichen Aussagen begegnen, und angesichts des krassen Mißverhältnisses in der Auflagenziffer ernster wiss. Werke gegenüber derjenigen, die heute Gaukler vom Schläge eines Heinrich Böll oder Günter Grass in der Belletristik erreichen. Aber man hat so vieles, das man sich als Zeitgenosse von der Leber schreiben muß, und sei es nur, um – vielleicht – wieder seinen Nachtschlaf zu finden, nicht wahr? Der heutige Ostermontag, der mich an Ihre wundervolle Faust-Deutung erinnert – wohl das Feinste und Empfundenste, das ich von Ihnen kenne! – gibt mir nun endlich die innere Muße zur Fortsetzung unseres Gesprächs.

Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß der Luchterhand-Verlag in Neuwied für Ihren 80. Geburtstag eine Festschrift plant, zu der ich einen Aufsatz unter dem Titel „Was ist Stalinismus?“ beizusteuern gedenke. Die Ueberlegungen, in die unser Briefwechsel eingemündet ist, lassen mich nicht mehr los. Der Fall Havemann in Ostberlin hat ein übriges getan. Doch will ich dabei nicht Oel ins Feuer derer gießen, denen der Stalinismus gerade recht ist, um „die ganze Richtung“, die ihnen „nicht paßt“, zu treffen. Es geht um den „wirklichen Marxismus“, von dem Sie schreiben. Das erfordert freilich, mit den Mitteln der wirklichen Wissenschaft auch das in seiner ganzen Weite und in seinem Zusammenhang zu betrachten, was höchst ungenügend nur in seinem einen Symptom des „Perso-

nenkults“ bisher Kritik bei denen gefunden hat, die freilich ein Interesse daran haben, daß die Kritik nicht weiter geht (und dabei auch vor ihrer eigenen Person rechtzeitig halt macht). Die voluntaristische Sicht des „Personenkults“, die absieht von dem, was dazu führte, was dazu gehörte, etc., was also das „System“ der Sache – ich glaube, in dem, was der Begriff meint, gibt es zwischen uns kein Mißverständnis – ausmachte, ist selbst befangen in einer dem Prinzip der wiss., dialektischen Analyse widerstrebenden Sichtweise. Sie ist m. E. selbst noch behaftet mit Merkmalen des Stalinismus.

Mein Versuch ist, glaube ich, zu neuartig – so viel man hier auch über „Stalinismus“ schwätzt – und in der Sache zu wichtig, als daß ich nicht Ihres Rates sehr bedürfte. Dies zumal meine eigene Begegnung mit dem St. – in der DDR – ziemlich lange zurückliegt. Darf ich hier ganz knapp den augenblicklichen Stand meiner Ueberlegungen andeuten:

I) 1) Der St. ist ein *System* von Momenten, die miteinander zusammenhängen und auf bestimmte gesellschaftliche Umstände zurückzuführen sind: Die Deutung des St. fällt in die Soziologie der Dikt. des Prol., unter den konkreten Bedingungen zunächst der frühen SU, wo er entstanden ist. (Ueber die Möglichkeiten seiner Uebertragung auf andere Länder s. unten.)

2) Der St. hat keine eigene Theorie, seine theor. Grundlage ist der Marxismus-Leninismus, den er gleichzeitig in der *Praxis* verzerrt. Dies wichtig: Es lähmt die Auseinandersetzung mit dem St. in den betroffenen Ländern die Sorge, eine *prinzipielle* Kritik (der *Praxis*) müßte zur Kritik der *Prinzipien* führen. In These 2 bedarf ich Ihrer Meinung besonders. – Uebrigens sind die verschiedenen gesellschaftlichen Lebensbereiche vom St. in sehr unterschiedlichem Maße durchseucht worden. Am wenigsten wohl die Außenpolitik, wo die Kontrolle und das Gewicht der Gegenkräfte zu groß gewesen ist.

3) Zwischen Entstehungs- u. Verbreitungsgebiet des St. ist zu unterscheiden. Je kämpferischer, je unmittelbar „proletarischer“ eine Arbeiterbewegung in anderen Ländern (vgl. Italien), desto mehr ist sie gegen den St. gefeit gewesen.

II) 4) Seinem gesellschl. *Wesen* nach würde ich den St. bezeichnen als eine spezifische Form *stellvertretender* Dikt. des Prol., ausgeübt durch eine sozial realtiv „frei schwebende“, d. h. auch v. unten nicht wirksam kontrollierte Führerschaft einer revolutionär-sozialistischen Partei. *Inhaltlich* würde ich als den Grundzug des St. ansehen das Vorwalten der Rücksicht der *Machterhaltung* – des Gemeinwesens nach außen, der Parteimacht nach innen; auf dieser Grundlage aber auch: der persönlichen Machtstellung nicht nur des großen, sondern auch der kleinen Stalins –;

das Hintansetzen aller anderen Gesichtspunkte gegenüber dem einen der Macht. Und wenn der „Opportunismus“ in der Arbeiterbewegung so mannigfach kritisiert worden ist, so wäre die Einsicht an der Zeit, daß es auch ein Opportunismus derer gibt, die an der Macht sind.

5) *Möglich* (wenn auch sicher nicht unvermeidlich) wurde der St. in einem Lande, dessen proletarische Schichten zwar die Kraft zur Revolution, aber noch nicht die zur neuen soz. Selbstverwaltung hatten (Analphabetismus!), in einem wirtschaftlich rückständigen, von der Umwelt isolierten und bedrohten Lande, wo die Fragen der Dikt. des Prol. sich ganz anders stellten, als M/E dies gedacht hatten, und wo die Notwendigkeit der Selbsterhaltung die neue Macht auf den Weg der schnellstmöglichen Industrialisierung drängte – mit den Konsequenzen, die allein dies schon für die Ausartung des neuen Regimes ins Gewaltsame haben mußte. Die Diktatur des Prol. wurde zur Erziehungsdiktatur am Proletariat selbst, ausgeübt durch eine Funktionärschicht, die in einen gesellschaftlichen Hohlraum hineinwuchs, nachdem sie vor allem in den Gewerkschaften das potentielle Instrument einer Kontrolle von unten beseitigt hatte. (Darüber habe ich ausführlich geschrieben in meiner „Arbeitsverfassung der Sowjetunion“, Berlin 1956.)

Das System Stalins war m. E. nur die aufs Aeüßerste getriebene, in dieser Form keineswegs „notwendige“ Konsequenz der besonderen gesellschaftlichen und weltpolitischen Bedingungen, unter denen die Dikt. des Prol. in der frühen SU sich etablierte, eine Konsequenz jener mephistophelischen Möglichkeiten, die in der ungeheuren Disproportion von Aufgabe und Mitteln, von politischer und wirtschaftlich-zivilisatorischer „Reife“ der prol. Dikt. angelegt waren.

III) Jener neue Macht-Opportunismus scheint mir besonders auf folgenden Gebieten nachweisbar zu sein:

6) Verändertes Verhältnis von Führern und Geführten: Letztere als unmündige Kinder betrachtet. Naiver Stil der Propaganda u. Agitation. – Besonders wichtig für

a) Auffassung vom „demokratischen Zentralismus“, wie sie vor allem in der Ersetzung der Kontrolle von unten durch die von oben hervortritt. Erscheinungen von „Bükratismus“ etc.;

b) Verhältnis Partei – Gewerkschaften. Prinzip der Unterordnung als solches natürlich richtig, ging aber in der SU bis zur völligen Verkennung der eigenständigen aa) Schutzfunktion bb) Kontrollfunktion der Gewerkschaften;

c) Entstehung eines neuen persönlichen Macht-Karrierismus der einzelnen, auf der Grundlage des Macht-Opportunismus als System. Begriffe von „oben“ und „unten“, von „Aufstieg“ kehren wieder. Raffinierter In-

stinkt für das Ritual des persönlichen Aufstiegs entwickelt sich. Hier die Kontinuität bürgerlicher, oft kleinbürgerlicher Mentalität wohl besonders stark.

7) Verändertes Verhältnis von gesellschaftl. „Avantgarde“ und sozialen „Verbündeten“. Typische Hypokrisie, den Widerspruch zwischen Lehre und Praxis bezeichnend, im Verhältnis

a) zu den Bauern (in der SU der frühen Planepoche ganz einseitig als die Akkum.quelle der Industrie betrachtet – im Grunde praktizierte *trotzkistische* Politik des „Ersatzkolonialismus“ gegenüber der Landwirtschaft),

b) zum Bürgertum (politisch, wirtschaftlich), namentlich zur Intelligenz.

8) Verändertes Verhältnis zu anderen sozialistischen Nationen. Hierüber brauche ich mich gewiß nicht weiter in meinem Briefe auszulassen.

9) Der Macht-Opportunismus zeigt sich besonders in einem kruden Verhältnis zur Lehre von der „Parteilichkeit“, das von erkenntnistheoretischen Skrupeln frei ist. Parteilichkeit mißverstanden als Parteiischkeit (in der Wissenschaft, in der Justiz etc.), nicht als *Parteinahme* auf Grund sorgsam gefundener Einsicht.

10) Schließlich (als letzter von 5 Punkten): verändertes Verhältnis zum dial. Mat.: Streben nach *inhaltlicher Fixierung* von etwas, das zunächst eine erkenntnistheoretische Methode ist. Konsequenz jene Erscheinungen von Versteinerung, von Dogmatismus, wobei ein jeder bemüht ist, spezifische Einsichten als „sozialistisch“, andere als „unsozialistisch“, „dem Geiste des Komm., der Partei etc. widerstrebend“ darzutun. Das Bekenntnis zum wiss. Soz. also als *Waffe* auch im Bruderkrieg der Geister.

Sicher sagen Ihnen die rohen Andeutungen einiges. Mir kommt es darauf an, einerseits den umfassenden Charakter des Stalinismus zu bezeichnen, andererseits zu zeigen, daß er kein selbständiges theoretisches System hat. Vielmehr kann mit Hilfe der „wirklichen“ Wissenschaft auch über die Bedingungen seines Erliegens etwas gesagt werden:

IV) 11) Es hat sich gezeigt, daß der Stalinismus schon bei dem Versuch seiner Uebertragung aus dem Ausgangsraum auf andere Länder nach dem 2. Weltkrieg auf Schwierigkeiten gestoßen ist. (Jugoslawien) Seine Uebertragung namentlich auf Länder mit höherentwickeltem Proletariat (CSSR), auch auf solche, wo immerhin eine starke nationale Volksbewegung vorangegangen war (Jug., Polen), konnte nicht dauerhaft gelingen. (Sonderbedingungen bei der DDR.)

12) Im Herkunftsraume selbst schwindet der St. in dem Maße, wie Bedingungen – nicht zuletzt als Ergebnis der ungeheuren Kulturrevolution –, die ihn *möglich* machten, schwinden. Der St. hat sich – das kann man wohl mit großer Bestimmtheit sagen – weithin als objektives Hemmnis einer weiteren Entfaltung der Produktivkräfte erwiesen; er muß kraft

„dialektischer“ Entwicklung fallen. Man kann seinen Abbau beschleunigen. Immerhin zeigt der Umstand, daß die Länder des St. diesen trotz seiner ungeheuren Verfehlungen überstanden haben, wie robust offenbar das sozialistische System ist, dem sie folgen.

Soviel für heute. Ich darf mir nicht zumessen, mehr als einen ersten Versuch zu dem Gegenstand vorzulegen. Adäquat läßt sich das Thema des St. nur in der Gemeinschaft der Geister aufarbeiten. Es wäre dies zugleich ein Prozeß der Selbstläuterung. Jedenfalls bedarf die Sache Ihres Rates und, wo es nottut, der Kritik, wie sie der Ernst der Angelegenheit erfordert, in allen Punkten sehr.

Darf ich meinem Briefe diesmal, als Ersatz persönlicher Mitteilungen, ein einfaches Paßfoto von mir beilegen; nicht aus Eitelkeit, sondern als Ausdruck des ganz persönlichen Gehalts, den unsere Briefe für mich haben – Ihr eigenes Bild steht auf meinem Schreibtisch. Zu einer unmittelbaren Begegnung wird es ja wohl nie kommen können.

Mit allen guten Wünschen und herzlichen Grüßen! Ihr

Werner Hofmann

20. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 11. April 1964

Lieber Herr Kollege!

Vielen Dank für Ihren ausführlichen Brief vom 30. März, sowie für die beigelegte Photographie. Das von Ihnen aufgeworfene Problem ist sehr interessant und höchst aktuell. Ich kann selbstverständlich unmöglich auf alle Fragen, die Sie aufgeworfen haben, eingehen. Ich will nur einige, hauptsächlich methodologische Gesichtspunkte hervorheben. Sie wissen genau, dass in dieser Frage – aus den gegengesetzten Gründen – zwischen den Ultras in Ost und West ein unausgesprochenes Bündnis besteht: beide wollen Stalin als Fortsetzer der Leninschen Tradition darstellen. Die neue Forschungsaufgabe ist demgegenüber, den Gegensatz zwischen Lenin und Stalin methodologisch und inhaltlich hervorzuheben. (Ich habe darüber einige Andeutungen gemacht in zwei Aufsätzen, die in der Wiener Zeitschrift „Forum“ Juli–November 1963 erschienen sind, sowie in einem Aufsatz über Koexistenz der in derselben Zeitschrift demnächst erscheinen wird.)

Dieser Gegensatz zwischen Lenin und seinen Nachfolgern drückt sich

schon während seines Lebens aus. Hier möchte ich bemerken, dass in einer richtigen Darstellung dieser Frage auch die westliche Legende eines Methodengegensatzes zwischen Trotzki und Stalin zerstört werden müsste. Ich habe z. B. darauf hingewiesen, dass in der Gewerkschaftsfrage Stalin die Linie Trotzki und nicht Lenins weiterführt. So ist das in allen Problemen der Bürokratisierung. Lenin hat sehr besorgt betrachtet, dass im Laufe des Kriegskommunismus, hauptsächlich wegen des Bürgerkriegs die Bürokratisierung zugenommen hat und suchte in seinen letzten Jahren immerfort nach demokratisierten Gegenmassregeln. Auch in dieser Frage hat Stalin mit der Methode Lenins gebrochen, er steht aber in dieser Hinsicht Trotzki sehr nahe. Überhaupt möchte ich Ihnen raten, dass Sie die Bücher Deutschers, die natürlich sehr intelligent und inhaltsreich sind, sehr mit Vorsicht gebrauchen sollen; Deutscher ist ein Apologet Trotzki. Die Frage ist nur zu lösen aufgrund eines genauen Studiums der Schriften von Lenin von der Kriegszeit bis zu seinem Tode.

Natürlich muß die objektive Lage Russlands den Ausgangspunkt bilden. Dabei ist natürlich entscheidend das Problem des Sozialismus in einem Lande. Hier hatte Stalin in den Debatten der zwanziger Jahre Trotzki gegenüber ganz recht. Er hat aber das Problem vulgarisiert. Lenin, der diese Möglichkeit erkannte und verwirklichte, sah ganz klar, daß die russische Revolution dem „klassischen“ Begriff der Revolution nicht entspricht. Marx stellte sich die sozialistische Revolution in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern vor, woraus folgte, daß in solchen Ländern eine gespannte Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr notwendig war. Das war aber der Fall in Russland, wodurch der sozialistische Aufbau eine Aufgabe völlig neuen Charakters erhielt. Dieser Gegensatz wurde noch zugespitzter dadurch, daß die ununterbrochene Gefahr einer kapitalistischen Intervention und Restauration für das allein gebliebene Sowjetrussland immer vorhanden blieb. Man kann natürlich nicht wissen, wie Lenin zu diesen wirtschaftlichen Fragen, wenn er länger gelebt hätte, Stellung genommen hätte. Man kann aber trotzdem aus den Schriften seiner letzten Jahre den Gegensatz zur Stalinischen Methode klar erblicken. Dazu kommt noch, dass Lenin den sozialistischen Aufbau in Russland nie als vorbildlich für andere Länder betrachtet hat, was Stalin permanent tat. Der Gegensatz zwischen Lenin und Stalin geht also auf wichtigste Fragen der Methode selbst zurück und kann nicht auf die der praktischen Anwendung reduziert werden. Das kann man klar sehen, wann man die Beziehung von Theorie, Propaganda und Agitation zu Lenins Zeiten und in denen Stalins studiert. Dabei wurden Leninsche Stellungnahme, ja Leninsche Texte falsch in-

terprätiiert, ja verfälscht. Ein besonders krasses Beispiel ist Lenins Aufsatz über Parteiliteratur aus 1905, woraus man eine Vorschrift für die ideologische Leitung der Literatur machte, obwohl Lenins Frau und Mitarbeiterin, N. Krupskaja, schon in den dreissiger Jahren erklärte, dass die Schrift sich überhaupt nicht auf Literatur bezieht.

Mein Brief ist ziemlich lang geworden, konnte aber leider nicht auf alle Fragen eingehen. Man müsste untersuchen, wie weit Stalin sogar die marxistische Ökonomie und Philosophie vulgarisierte und verfälschte. Der Begriff des „Grundgesetzes“ von Kapitalismus und Sozialismus ist z. B. nicht nur nicht auffindbar in den Werken von Marx, sondern widerspricht strikt der dialektischen Methode von Marx. Und so könnte man überall weitergehen.

Ich weiß, daß die Aufgabe sehr groß ist. Ob Sie sie in einer reaktiv kurzen Zeit bewältigen können, kann ich nicht beurteilen. Sicher ist, daß sie ohne ein sehr gründliches Studium der Werke von Lenin nicht zu machen ist.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

21. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 3. Juli 1964

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre mir sehr wichtigen Hinweise zu dem Vorhaben einer „Soziologie des Stalinismus“! Ihren leisen Zweifel am Gelingen des Wagnisses verstehe ich gut. Allerdings habe ich mich jahrelang intensiv, teilweise auf Grund näherer Bekanntschaft mit dem Ostraum, sowohl mit den Theorien von Marx, Engels, Lenin als auch mit der Entwicklung der neueren Sowjetgesellschaft beschäftigt. Ich darf sagen, daß ich der erste in der Bundesrepublik gewesen bin, der auch literarisch kurz nach Stalins Tod (in meinen Büchern „Wohin steuert die Sowjetwirtschaft“ von 1955 und „Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion“ von 1956) den Nachweis geführt hat, daß die Sowjetgesellschaft einen epochalen und geschichtlich überfällig gewordenen Wandlungsprozeß durchmacht. – In der Tat läßt sich ohne genaue Kenntnis der klassischen Lehre von der „Diktatur des Proletariats“ nicht beurteilen, wie weit sich der Stalinismus von dieser entfernt hat. Ich möchte St. verstehen als „Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesell-

schaft vom Typus der ‚Dikt. des Prol.‘ unter dem vorwiegenden Gesichtspunkt der *Machtbehauptung* und *Machterweiterung*.“ D. h.: 1) St. ist nicht der Soziologie des „Totalitarismus“ einzuordnen (wie man das bei uns tut, wobei man das Ressentiment gegen den Naz. soz. als eine *Herrschaftsordnung* gegen den St. als eine von ihm grundverschiedene *Machtordnung* ableitet), sondern der Soziologie der prol. Diktatur – eine Soziologie, die es bei uns noch nicht gibt –, da sich der St. auf der Grundlage der prol. Diktatur, als deren Phänotypus unter den besonderen Bedingungen – nicht zuletzt: der äußeren Isolierung! – der frühen Sowjetmacht entwickelt hat. Er hat keine *Herrschaftsgrundlage*; im Funktärstaat gibt es keine persönliche *Nutznießung* der Macht, es sei denn *gegen* die Gesetze.

Die Schwierigkeit ist: ich finde kein anderes Kennzeichen von allgemeiner Art für den St. als das der Hypertrophie der Macht. Die „Dikt. des Prol.“ ist aber selbst ein Machtgebilde. Und die Entwicklung von Befehlsgewalt mußte in einer Gesellschaft ohnehin sehr stark werden, die unter äußerster Zeitnot eigentlich vorsozialistische Aufgaben zu bewältigen hatte. „Stalinistisch“ ist hierbei eigentlich nur noch jener – freilich exorbitante – *Ueberschuß* an objektiv *nicht* durch die Aufgaben selbst notwendig gemachter Machtentfaltung. Bei dem kümmerlichen Stand, den *unsere* Machtsoziologie im allgemeinen noch hat, wird man auf Verständnis für die Soziologie einer *prol.* Macht hier überhaupt nicht rechnen können. Aber die Festschrift wird ja auch den „Osten“ ausstrahlen und hier vielleicht zur Vertiefung der Kritik beitragen können, und damit zur Beschleunigung jenes Prozesses, der von wahrhaft weltgeschichtlicher Bedeutung ist.

Sehr dankbar bin ich für Ihre Einzelhinweise! Mich zu den von Ihnen angedeuteten Verfälschungen der marxistischen Philosophie zu äußern darf ich mich als Nationalökonom und Soziologe nicht zutrauen. Mir scheint freilich, daß die Vulgarisierung dessen, was zunächst dial.-mat. *Methode* ist, besonders in einer Tendenz zur *inhaltlichen* Verfestigung methodischer Aussagen hervorgetreten ist. Was für fatale Wirkungen Stalins Ordnung der Klassenformationen (vor allem hinsichtlich des Charakters und der Reihenfolge von Sklaverei und Feudalismus) für die Geschichtswissenschaft gehabt hat, davon zeugt selbst noch das (im übrigen eindrucksvolle) Werk der neuen sowj. „Weltgeschichte“.

Ich hoffe, Ihnen noch in diesem Monat meinen Beitrag zum Stalinismus zusenden zu können; Ihre Kritik wird, um der Sache willen, sehr notwendig sein.

Kennen Sie Peter Szondi? Er liest an der hiesigen Universität Literaturgeschichte, scheint aus Ungarn zu stammen. Seine „Theorie des moder-

nen Dramas“ (auf Wunsch übersende ich sie Ihnen) ist eindrucksvoll. Es wird Sie freuen, zu erfahren, daß er in diesem Semester eine Uebung über Ihre „Theorie des Romans“ abhält. Auch in der erwähnten Schrift bezieht er sich immer wieder auf Sie. Ich hoffe, Sie sind schaffenskräftig und gesund!

Mit allen guten Wünschen und herzlichen Grüßen
stets Ihr

Werner Hofmann.

22. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 11. Juli 1964

Lieber Herr Kollege!

Vielen Dank für Ihre Brief vom 3. Juli. Bei Ihren Plänen zu einer Soziologie der Stalinschen Periode müsste man sich, meines Erachtens, davor in acht nehmen, mit den Begriffen Herrschaft, bzw. Macht keine abstrakte und darum unvermeidlicherweise scholastische Soziologie zu treiben. Sollen die gesellschaftlichen Grundlagen der Diktatur des Proletariats wirklich aufgedeckt werden, so darf niemals ausser acht gelassen werden, dass für Lenin die Diktatur des Proletariats ein Synonym für proletarische Demokratie war. Man müsste also hier die Zusammenhänge aufdecken und die Schwierigkeiten und Erfolge aufzeigen, die innerhalb dieser Wechselwirkung entstanden sind. Lenin hat in seinen letzten Lebensjahren grosse Sorgen über die Bürokratisierung gehabt und ununterbrochen über Gegenmaßnahmen nachgedacht. (Die Gewerkschaftsdebatte von 1921 ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu betrachten, denn Lenin war bestrebt aus den Massenorganisationen Organe der proletarischen Demokratie zu machen.) Gerade hier erfolgt der Gegenschlag seitens Stalin, wobei man nicht vergessen darf, dass die Umwandlung ein Prozess war, der zumindest ein Jahrzehnt dauerte.

Auch glaube ich, daß man die Frage ohne konkrete Analyse der ökonomischen Politik nicht fruchtbar behandeln kann. Lenin hat bei der Einführung der NEP darauf hingewiesen, daß über diese ökonomische Politik bei Marx und Engels nichts zu finden sei und man sie ganz selbstständig ausarbeiten müsse. Darum hat er Kategorien und Maßnahmen dieser Übergangsperiode stets vorbehaltsvoll und experimentell behandelt. Auch diese Methode hört mit Stalin auf. Es entstehen Dekrete, als ob die Theorie bereits völlig ausgearbeitet wäre. Damit steht in engem

Zusammenhang, dass Lenin – im Sinne der Methode des Marxismus – stets an konkrete, stufenweise Übergänge gedacht hat, während bei Stalin immer etwas endgültiges beschlossen wird (auch wenn es in kurzer Zeit von einer anderen Endgültigkeit abgelöst werden muss).

Wenn man nicht auf die prinzipiellen Fragen der Marxschen Theorie eingeht, muss man jedenfalls diese methodologischen Differenzen in den Vordergrund stellen um das Wesen des Umschlags zu begreifen.

Entschuldigen Sie den kursorischen Charakter dieser Bemerkungen, ich wollte aber Ihren Brief rasch beantworten. Ich wünsche Ihnen viel Glück zur Arbeit.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

23. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 11. August 1964

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Es ist ungewöhnlich, daß ein zu Feiernder den ihm zugedachten Aufsatz vor der Veröffentlichung zu lesen erhält. In diesem Falle erfordert freilich die Sache Ihre kundige Kritik und Ergänzung. Der Aufsatz, der im notdürftig verbesserten Rohmanuskript Ihnen zugeht, wird noch bedeutend mehr Fußnotenmaterial erhalten. Auch Ihre beiden „Forum“-Aufsätze (die ich noch nicht beschaffen konnte) werden eingearbeitet. Die L.-Zitate werden auf die „Ges. Werke“ umgestellt, etc. Wichtig ist mir 1) Ihre Meinung zur Begriffsbestimmung des St. (auch zum Verhältnis von Theorie-Praxis) 2) zur Einschätzung der in den osteurop. Ländern versuchten „Bündnispolitik“ 3) zur „Parteilichkeit“ der Wissenschaft, und natürlich auch zu allem anderen. Bei dem kümmerlichen Stand der mir zugänglichen literarischen *wissenschaftlichen* St.-Kritik ist schon der hier unternommene Versuch, wie ich glaube, nützlich. Gleichzeitig bleibt er freilich im Skizzenhaft-Aphoristischen vorläufig stehen.

Verzeihen Sie die primitive Verpackung. Ich schicke den Aufsatz aus dem Urlaubsquartier, wohin ich ihn nach Abschrift nachgesandt erhielt. Von Formmängeln bitte ich abzusehen. Das Inhaltliche bedarf Ihrer schonungslosen Kritik sehr.

Mit herzlichem Gruß Ihr ergebener

Werner Hofmann.

24. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 22. August 1964

Geehrter Herr Kollege!

Vielen Dank für Ihren liebenswürdigen Brief vom 11. August, sowie für Ihre Sendung. Ich fand Ihr Manuskript sehr interessant und in den meisten wesentlichen Fragen durchaus auf dem richtigen Weg. Sie gestatten mir nur einige kleine Bemerkungen zu machen, die mir während der Lektüre einfelen. Ich halte vor allem die übliche soziologische Unterscheidung von Macht und Herrschaft in dieser schroffen Gegenüberstellung für problematisch. Sie mag staatsrechtlich etc. nützliche Dienste tun, aber wirklich gesellschaftlich angewendet wirkt sie, wenigstens meines Erachtens sehr problematisch. Doch das ist eine Frage, die ich nur am Rande berühre, sie spielt ja in Ihren konkreten Darlegungen keine entscheidende Rolle.

Seite 10. Sozialismus in einem Lande stammt von Lenin, Stalin hat diesen Gedanken nur nach L.-s Tod erfolgreich gegen Trotzki's sogenannte marxistische Orthodoxie verteidigt.

Seite 12, Note 24. Es wäre hier interessant, die Bemerkung von L. über Parteidisziplin (richtige Politik der Partei als Voraussetzung der Disziplin) anzuführen. Die Bemerkung steht im Buche „Radikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus“. Auf derselben Seite sei bemerkt, dass die Leninsche Konzeption des Berufsrevolutionärs in der illegalen Periode eine vollkommen richtige war. Dass L. alle Organisationsfragen je nach der historischen Lage immer neu gestellt hat, zeigen seine Bemerkungen über die Rolle der Helden des Bürgerkriegs in der NEP-Periode. Erst bei Stalin sind die Organisationsbegriffe auch zu Dogmen erstarrt.

Seite 18. Warum haben Sie „Schutz der Arbeiter“ gestrichen? Diese Stellungnahme in der Gewerkschaftsdebatte von 1921 ist sehr wichtig für den Gegensatz von L. mit St.

Seite 19. Die Beziehung der Avantgarde zu den Verbündeten ist bei M. und L. eine strategische Frage, die die grössten Variationen taktischer Art ermöglicht, bei St. bloss Taktik, woraus die mechanische Führung, die Scheindemokratie etc. folgt. (Vgl. meinen Aufsatz im „Aufbau“, September 1956.) Ebenso die Bemerkungen über die Vernachlässigung der konkreten Übergänge in Theorie und Praxis von St. (Forum-Aufsatz). In diese Rubrik gehört der Ausdruck von St. über die Sozialdemokratie als „Zwillingsbruder“ des Faschismus.

Seite 22. Ad Konflikt. Wichtiges Prinzip der Methode St.-s; die Metho-

den des Bürgerkrieges auf konsolidierte Zeiten anzuwenden, sie überhaupt zu allgemeinen Methoden zu verallgemeinern. Hierher gehört die Theorie von der notwendigen Verschärfung des Klassenkampfes in der Diktatur des Proletariats, über das Erhaltenbleiben von Staat und Staatsgewalt im Kommunismus, über die Unvermeidbarkeit eines dritten Weltkriegs (19. Kongress) etc. Mit allen diesen Theorien hängt die ständige Verstärkung des Einflusses der politischen Polizei zusammen, bis sie zu einem Staat im Staate wird. Die Wendung erfolgt erst nach seinem Tode.

Seite 28. Säuberung bedeutet bei Lenin eine demokratische Kontrolle der Parteimitglieder, d. h. aktive Teilnahme der Parteilosen bei den Parteisäuberungen, also die Auffassung von der Partei als eines Beauftragten des Volks, der notwendigerweise vom Volk selbst kontrolliert wird.

Seite 25-26. Finde ich Ihre Bemerkungen über eine Wendung in der theoretischen Arbeit allzu optimistisch. In Wirklichkeit ist in Bezug auf eine Aenderung der wissenschaftlichen Methode noch sehr wenig geschehen.

Seite 26. Über Parteilichkeit spricht Lenin in einer sehr interessanten Weise in seinem Jugendwerk „Der ökonomische Inhalt des Narodnikentums und seine Kritik durch Struve“, 2. Kapitel. Ich kenne dieses Zitat aus der Moskauer Ausgabe der ausgewählten Werke, XI. 551. in deutscher Sprache. L. betont hier mit grossem Nachdruck die objektive Seite der Parteilichkeit, ja verlangt, dass der parteiliche Gelehrte seine Gegner gerade von der Seite der Objektivität aus übertreffen soll. Erst bei St. entsteht „Objektivismus“ als Schimpfwort. Bei den Klassikern handelt es sich also darum, dass der soziale Standort, die Klassenzugehörigkeit vom Schriftsteller nicht verleugnet, sondern bewusst mit der objektiven Erforschung der Wirklichkeit in Einklang gebracht werden. Diese Dialektik verschärft sich noch auf dem Gebiete der Kunst, wo Marx die Ungleichmässigkeit in der sozialen und ideologischen Entwicklung in den Vordergrund stellt. Hinter sehr vielen Angriffen auf meine ästhetischen Anschauungen steht die de facto Ablehnung dieser wichtigen theoretischen Position der Klassiker.

Ich schreibe gleichzeitig an die Zeitschrift Forum, dass sie Ihnen Exemplare meiner Aufsätze schickt.

Ich wiederhole, ich halte Ihren Aufsatz für interessant und in seiner Grundlinie für richtig. Diese Bemerkungen sollen nur als eventuelle Anregungen für Sie dienen.

Mit herzlichen Grüssen Ihr

Georg Lukács

25. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 20. September 1964

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief vom 22. 8. und die mir sehr wichtigen Hinweise Inzwischen habe ich auch Ihre Forum-Aufsätze, die Sie mir zudem freundlicher Weise haben übersenden lassen, studiert und in sehr vielem eine außerordentliche Uebereinstimmung unserer Auffassungen gefunden. Was Sie über die „Ausschaltung der Vermittlungen“, über die Entstellung des Parteilichkeitsbegriffes, über die bewußte Verlängerung des Bürgerkriegszustandes schreiben, ist ausgezeichnet und sollte einem größeren Leserkreis, auch in Westdeutschland zugänglich gemacht werden. Da auch mein Versuch mittlerweile über alle Ufer zu treten droht – es müßte auch etwas gesagt werden über die in den *Beziehungen* – nicht in den Grundverhältnissen – immer noch in der proletarischen Gesellschaft bis zum Kommunismus fortdauernde *Entfremdung* (die soz. Gesellschaft hat noch die Warenform, noch den Staat, sie lebt aus Menschen mit Bewußtseinsrückständen etc.), die im Stalinismus hervorgetreten ist –, erwäge ich folgendes: Wäre es Ihnen recht, wenn ich versuchte, in einer Taschenbuchreihe – die billig und einem größeren Leserkreis zugänglich ist – Ihre beiden Aufsätze „Privatbrief über Stalinismus“ sowie „Zur Debatte zwischen China und der Sowjetunion“ (wenn Sie dies wünschen, mit von Ihnen durchgeführten Aenderungen, Erweiterungen u. dgl.), zusammen mit einer erweiterten Fassung meines Aufsatzes herauszubringen? Ich würde außerdem vielleicht einige Partien aus dem Buche von Herbert Marcuse „Soviet Marxism“ übersetzt mit aufnehmen – falls M. einverstanden ist – und vielleicht noch einige andere Aufsätze über Stalinismus, falls Sie mir solche aus dem Ostblock nennen können. Das ganze könnte vielleicht den Titel tragen „Was ist Stalinismus?“ Damit die Darstellung nicht mißverstanden werden kann, würde ich es für dringend erforderlich halten, Auszüge aus Dokumenten (Parteitagsbeschlüssen etc.) vor allem der KPdSU beizufügen, welche die Richtungen der *Entstalinisierung* zeigen. Würden Sie mit einem solchen Vorschlag einverstanden sein? Verzeihen Sie, wenn ich dabei die Frage der Honorierung noch gar nicht erörtere; nicht nur weil ich sie für mich selbst stets gering geschätzt habe und ein Aequivalent für den Müheaufwand nie gegeben wird, sondern auch, weil ich noch keinerlei Schritte unternommen habe und in diesem Fall auch keine Erfahrung habe. Ich glaube aber, der Gedanke wäre gut. Ihre

Antwort – vor allem auch Rat, welche Texte etwa noch in Betracht kämen – wären mir sehr wichtig. Auch deshalb, weil es davon abhängt, wieviel ich in meinen Beitrag zur Festschrift noch hineinpakken muß.

Mit herzlichem Gruß,
stets Ihr

Werner Hofmann.

26. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 26. September 1964

Lieber Herr Kollege!

Ich danke Ihnen für Ihren liebenswürdigen Brief vom 20. September. Ich freue mich sehr über unsere Übereinstimmung in dieser wichtigen Frage.

Ihren Plan halte ich für einen realen und nützlichen. Ich kann mich aber leider nicht daran beteiligen, da alle meine Essays über die Stalin-Frage für einen Wiener Paperback bereits kontraktlich festgelegt sind. Außerdem werden sie auch in einem Luchterhandschen Band erscheinen, der meine wichtigsten ideologischen Aufsätze seit 1918 bringt. Unter diesen Umständen werden Sie verstehen, daß ich über diese Aufsätze nicht mehr verfüge.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

27. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 21. Februar 1965

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Verzeihen Sie, daß ich auf Ihren letzten freundl. Brief noch nicht geantwortet habe! Ich fand nicht die rechte Ruhe dazu, auch ist unser großes Stalinismus-Thema zu einem vorläufigen Ende gekommen. – Ich erwäge nun, mit meiner Frau über Ostern nach Budapest zu fahren (als Tourist), und könnte Sie am Sonnabend, den 17. 4. 65, vormittags aufsuchen. Ich

werde die Reise *nur* unternehmen, wenn ich Sie sehen und sprechen kann, und bitte Sie deshalb um raschen kurzen Bescheid. Daß eine Aussprache sehr nützlich – und mir ein grosses Bedürfnis – wäre, brauche ich gewiß nicht zu verhehlen.

In herzlicher Verbundenheit,

Ihr ergebener

Werner Hofmann.

28. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 28. Februar 1965

Lieber Kollege Hofmann!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 21. Februar. Es wird mich natürlich sehr freuen, Sie in Budapest zu sehen und Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen. Ich bin im April in Budapest, so dass Sie mich wann immer besuchen können. Ich fürchte nur, dass das Datum (17.) nicht ganz günstig ist, da am 13. April mein Geburtstag ist und die Tage vorher und nachher bin ich zumeist von hiesigen und ausländischen Freunden belagert. Wäre es für Sie nicht möglich, etwa eine Woche später zu kommen? Dann könnte man leichter und ungestörter zusammen sein. Wenn dies indessen unmöglich ist, werde ich mich bemühen, ein paar freie Studen herauszuschlagen.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

29. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 7. März 1965

Hochverehrter Herr Kollege!

Vielen Dank für Ihre freundliche Nachricht! Ich bin sehr froh, daß Sie mir am Sonnabend, d. 17. 4., vormittags Zeit freihalten wollen; leider bin ich selbst in meinem Terminplan nicht frei.

Es wird mir eine große Freude sein, unser für mich sehr wertvolles Gespräch mit Ihnen unmittelbar fortsetzen zu dürfen!

Mit herzlichem Gruß Ihr

Werner Hofmann.

PS: Ich werde mir erlauben, am Donnerstag, d. 15. 4., abends bei Ihnen anzurufen.

30. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 17. Januar 1966

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Lange schon hat es mich gedrängt,^o das für mich so gewinnreiche Gespräch mit Ihnen wieder aufzunehmen. Der Hauptgrund meines Schweigens war wohl die schließlich fieberhafte Beschäftigung mit dem dritten Bande eines umfassenden nationalökonomischen Werkes, dessen spröde Materie mir zuguterletzt die Arbeit als eine wahre Opferlast erscheinen ließ und mich daran hinderte, aus eigentlich schöpferischer Tätigkeit Ihnen ein kongenialer Gesprächspartner zu sein. Nun ist dies überstanden, und die intensive Beschäftigung mit Hegels Philosophie des Rechts sowie Ihrem mir höchst wertvollen Werk über den jungen Hegel hat mich wieder in Ihre unmittelbare Nähe versetzt.

Angesichts der fortschreitenden „Zerstörung der Vernunft“ – jedenfalls in der Hemisphäre, die das Bewußtsein ihres eigenen „abendländischen“ Erbes immer mehr verliert – scheint mir die wichtigste Aufgabe, die sich einem Gelehrten meiner Breiten stellt, zu sein, das *Bewußtsein* des Verlustes wachzuhalten, die Stadien des Prozesses nachzuzeichnen und vor allem die Inadäquanz von Bewußtsein und Sein zu zeigen. Denn eine Erneuerung kann im Großen und Ganzen nur vom praktischen Bedürfnis ausgehen. Die Meinung von der *Relevanz* der Wissenschaft – eine Ueberzeugung, ohne die niemand arbeiten kann – wird in einer extrem ungeistigen Epoche zu einer eigenartig *konservativen* Kraft. Wie überhaupt angesichts einer Entwicklung, die keineswegs mehr als „notwendige“ Stufe zu einer höheren Form gesellschaftlicher Ordnung aufgefaßt werden kann, angesichts der *Zersetzung* der alten Ordnung und des ihr entsprechenden Bewußtseins, *Erhaltung* der Voraussetzungen des Besseren – auf allen Lebensgebieten: Erhaltung der Ansätze von Demokratie in der Staatsverfassung, Erhaltung von Konkurrenz, Erhaltung des

wissenschaftlichen Bewußtseins etc. – die eigenartige Rolle derer ist, die weiter wollen. Das mag *mit* beitragen zur Erklärung der auffälligen dogmatischen Verhärtung der Theorie der kapitalistischen Wirtschaft innerhalb des „offiziellen“ Marxismus. Solange dieser Rückstand hinter der Entwicklung anhält, kann es nicht einmal *Auseinandersetzung* geben.

Ich frage mich, wie weit das Persistieren einer Ordnung, deren eigene immanente Tendenz so wenig der „Notwendigkeit“ der Geschichte entspricht, nicht in der marxistischen Denkwelt zu einer wahren Krise des dialektischen Bewußtseins geführt hat. Wenn ein Wesensmerkmal des Stalinismus – über den ich mit Ihnen korrespondieren und mich unterhalten durfte – der Rückfall vom dialektischen ins dualistische Denken der unvermittelten Gegensätze gewesen ist, so scheint mir gerade der Zersetzungs-Charakter, den die alte Ordnung auf allen Lebensgebieten angenommen hat, das Verhältnis des „Aufhebens“ zutiefst zu stören. Das teilweise Uebergreifen solcher Symptome der Zersetzung auf einige Länder Ihrer Hemisphäre und die schroffe Gegenposition – „geistige Koexistenz ist nicht möglich“ – scheint mir die Situation zu bezeichnen. Im Verhältnis zur Gegenordnung denkt man, soweit ich sehe, genau so starr ausschließend, wie innerhalb dieser Ordnung selbst. Das berührt alle geistige Auseinandersetzung und auch das Verhältnis zum „Erbe“ – wie Sie selbst ja hinlänglich erfahren haben. Ihre Meinung in dieser Frage wird mir sehr wichtig sein. Der Gegenstand einer „Soziologie des Ost-West-Konflikts“ (die es noch nicht gibt, und die mir immer drängender wird) wäre u. a., wie weit die erwerbswirtschaftliche Ordnung in ihrer gegenwärtigen Form dem Persistieren stalinistischer Denkformen im „Osten“ Nahrung gibt.

Von mir selbst ist zu berichten, daß ich im Frühjahr einen Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Marburg übernehmen und damit „hauptamtlich“ von der Nationalökonomie zur Soziologie übergehen werde. Für einen Menschen, dem auch die ökonomische Seite der Gesellschaft stets *eine* ihrer Lebensäußerungen geblieben ist, bedeutet dieser Wechsel keinen Sprung. Die Wirkungsbedingungen sind übrigens in Marburg denkbar günstig.

Meine Frau und ich hoffen Sie bei guter Gesundheit und schaffenskräftig, zu dem ungeheuren Werk, das Sie auf sich genommen haben.

In der Hoffnung, mit Ihnen in enger brieflicher Verbindung bleiben zu dürfen,

Ihr stets ergebener

Werner Hofmann.

31. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 4. Februar 1966

Lieber Herr Kollege!

Vor allem erlauben Sie mir, dass ich Ihnen zu Ihrer Berufung nach Marburg herzlich gratuliere. Das ist nicht nur eine Verbesserung Ihrer akademischen Position, sondern, soweit ich informiert bin, kommen Sie damit in eine wissenschaftlich angenehme Position.

Daß Sie jetzt Soziologie vortragen werden, macht zum Glück bei Ihrer Eingestelltheit keinen Sprung. Heute ist die Illusion weit verbreitet, dass, wenn eine Wissenschaft einen separaten Lehrstuhl, so hat sie auch einen eigenen Gegenstand in der Wirklichkeit. Das ist gerade bei Ökonomie und Soziologie eine höchst schädliche Illusion, und es freut mich, dass Sie von dieser Illusion frei sind. Das führt mich zu den wesentlichen methodologischen Fragen Ihres Briefes. Ich glaube, es ist eine der wichtigsten Ursachen der Sackgasse in den heutigen Sozialwissenschaften, daß man eine falsche Antinomie von Gesetzmäßigkeit und Entwicklung im Einzelfall aufstellt; ich glaube dagegen, daß die Entdeckung der ungleichmässigen Entwicklung eine der größten Errungenschaften von Marx ist. Sie hat sehr tief gehende ontologische Gründe. Denken Sie daran, was Marx über die Maschine an sich und ihrer notwendigen, seienden Erscheinungsweise im Kapitalismus gesagt hat. Diese Dialektik müßte man meines Erachtens auch im heutigen Kapitalismus entdecken. Man müßte z. B. diese Marxsche Methode auf die heutige ökonomische und soziale Manipulation anwenden und diese nicht als „Schicksal“ behandeln, wie dies viele sehr wohlmeinende, linksgerichtete Schriftsteller tun.

Ich benütze diese Gelegenheit um Sie auf ein Werk aufmerksam zu machen, das mein Ziehsohn, Franz Jánosi, über die Theorie der Restaura-tionsperioden geschrieben hat, das im Herbst dieses Jahres im Europa-Verlag erscheinen wird. Er wird Ihnen in der nächsten Zeit ein abgezogenes Exemplar schicken, ich rate Ihnen dringend es zu studieren. Eventuell könnte man einzelne Teile in deutschen Zeitschriften publizieren.

Mit herzlichem Gruss, auch an Ihre Frau Ihr

Georg Lukács

32. Werner Hofmann an Georg Lukács

Göttingen-Nikolausberg, 7. April 1966

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 2. 4.! Zugleich bedanke ich mich vielmals für das Manuskript von Herrn Jánossy, das ich dieser Tage erhielt und sofort zu lesen begonnen habe. Sein Gedanke vom Trend ist sehr bemerkenswert und wird auch durch die jüngste Revision des sowjetischen Planes bis 1970 bestätigt. Vielleicht darf ich mich zu dem Werke noch einmal äußern, wenn es mir gelungen ist, es ganz durchzuarbeiten. Soll das Manuskript zurückgesandt werden? Es fiel mir übrigens auf, daß bis in die Diktion hinein die Gedankenführung sehr der Ihren entsprach, trotz der Verschiedenartigkeit des Gegenstandes. Die Methodik des wissenschaftlichen Arbeitens ist eben doch eine übereinstimmende, über die verschiedenen Disziplinen hinweg. So wäre auch – wie ich hier nur nebenbei bemerken möchte – eine einheitliche Geschichte des neueren Denkens möglich und übrigens überfällig. Ihr großer Entwurf „Die Zerstörung der Vernunft“ könnte da Wege weisen.

Inzwischen habe ich mit der Arbeit in Marburg begonnen. Ich habe hier große Pläne.

Einen herzlichen Gruß darf ich Ihnen auch von meinem soziologischen Kollegen, Herrn Prof. Dr. Heinz Maus, sagen, der Sie persönlich kennt. Mit allen guten Wünschen und herzlichen Grüßen, zugleich von meiner Frau,

Ihr ganz ergebener

W. Hofmann.

33. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 15. Juni 1966

Lieber Herr Kollege!

Es freut mich, dass das Buch von Jánossy Sie interessiert hat. Ich hoffe, es wird in der Frage der Rückkehr zur wirklichen Marxschen Ökonomie eine Rolle spielen.

Was Ihren Gedanken von einer einheitlichen Geschichte des neueren

Denkens betrifft, so glaube ich, daß es sehr nützlich wäre, immerhin glaube ich auch, daß man noch einige Jahre damit warten kann. Ich glaube nämlich, daß wir nahe zum Abschluß jener Periode stehen, die ungefähr mit dem ersten Weltkrieg begann. Ich glaube, daß in kurzer Zeit wir bereits eine historische Distanz zu dieser Periode haben werden. Heute ist noch ein kritischer Kampf notwendig.
Bitte übermitteln Sie meine herzlichen Grüße an Professor Maus.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

34. Werner Hofmann an Georg Lukács

Marburg, 24. August 1966

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Die Wiederbeschäftigung mit den Fragen des Stalinismus, wozu mich die Ausarbeitung und Erweiterung des seinerzeitigen Festschrift-Artikels zu einem Teil einer selbständigen Buchveröffentlichung veranlaßt, läßt mich wieder mit besonderer Eindringlichkeit an Sie und unser briefliches und mündliches Gespräch denken. Ich habe den Eindruck, daß auf allen Lebensgebieten und nicht zuletzt auf allen mir zugänglichen Gebieten des wissenschaftlichen Arbeitens der Sowjetunion sowie (wenn hier auch nur zögernd) der DDR ein geradezu gewaltiger Aufbruch sich vollzieht. Selbst in der Ökonomie, der eigentlichen geistigen Frontwissenschaft unserer Zeit, ist der Schritt zum Realismus, zu einer ruhigeren, differenzierteren und nüchterneren Betrachtung auch der westlichen Welt unverkennbar. Dem ersten Taumel einer geistigen „Verwestlichung“ scheint eine Neubesinnung auf die eigenen Grundlagen zu folgen. Ein Beispiel dafür: Während einige sowjetische wie auch ostdeutsche Philosophen (Georg Klaus!) in der neuen kybernetischen „Informationstheorie“ eine im Grunde grob mechanistisch-materialistische Erkenntnistheorie begrüßen und sich bisweilen zu geradezu absonderlichen Regelkreis-Konstruktionen versteigen, findet man neuerdings immerhin die Warnung davor, über die kybernetische *Analogie* hinauszugehen. Die Überlegungen zur überkommenen Theorie der „Diktatur des Proletariats“, zu den Möglichkeiten eines „friedlichen“ Übergangs zu einer Produzentengesellschaft, die Verbreitung der neuen Bedingungen der Entwicklungsländer, alles in allem der Eintritt dessen, was einmal als „Sowjet-Marxismus“ bezeichnet werden konnte, in seine hellenistische

Epoche, mit all den Rückwirkungen, die das auf das Ausgangsland selbst hat (wie einst auch im Alexander-Reich), läßt mich Außerordentliches erhoffen.

Zugleich wage ich mich an ein bisher, soweit ich sehe, in meinem Denk-
kreis von niemandem in Angriff genommenes Unternehmen. Ich glaube,
es ist möglich (und im übrigen fällig), einmal eine Soziologie des Anti-
kommunismus zu entwickeln. An theoretischer Verallgemeinerung
dürfte sich hierbei vor allem das Folgende ergeben:

1. Einigermaßen auf der Hand liegt, daß die Vorstellungen, auch der
ehrlich Bemühten, von dem Marxismus und dem Machtbereich des
Kommunismus durchaus der eigenen überkommenen Gedankenwelt ent-
springen und entsprechen. Dies gilt etwa für die Vorstellungen von der
„Weltrevolution“ (=Welteroberung), für die Lehre von der „Diktatur
des Proletariats“, vom „Kommunismus“.

2. Von prinzipieller Bedeutung scheint mir zu sein, daß der ursprünglich
soziale Gehalt des Marxismus übersetzt wird in einen politischen, Herr-
schaft also nur gesehen wird als ein Verhältnis des Staates zu seinen
Bürgern, womit die Staatsverfassung entscheidendes Gewicht erhält.

3. Hiermit verbindet sich unmittelbar die Herausprojizierung der „sozia-
len Frage“ in den internationalen Raum, so daß die Bewegung des streit-
baren Sozialismus als eine Sache der nationalen Konflikte erscheint und
daher ein Bekenntnis zu ihm auf die Ebene des Landesverrats rückt.

Vielleicht sind diese Momente allzusehr aus der Perspektive meines
Landes betrachtet. Allerdings scheinen sie mir einiges an der Denkstruk-
tur des unkritischen Antikommunismus zu bezeichnen. Ihr freundlicher
Rat, lieber Herr Kollege, wäre in dieser wie auch in den anderen Fragen
meines Briefes der Sache von großem Nutzen.

Nun endlich soll eine Arbeit, an der ich mit großen Unterbrechungen
seit Jahren sitze, druckfertig werden. Sie soll den Titel tragen „Das Ende
der Nationalökonomie“. Ich halte es für notwendig, hierbei auf die all-
gemeinen erkenntnistheoretischen Grundlagen der neueren National-
ökonomie zurückzugreifen, und habe hierbei mich verführt gesehen, den
Verfall der Erkenntnistheorie, zunächst im deutschen Denkraum, wo er
identisch ist mit dem Zerfall des klassischen deutschen Transzendental-
idealismus, zu verfolgen. Mir scheint hierbei wichtig, daß Schopenhauers
Bestimmung des „Dings an sich“ als des „Willens“ – dieser als außerhalb
des „Satzes vom Grunde“ stehend – eine erste philosophische Verarbei-
tung des elementaren Tatbestandes der *Verdinglichung* darstellt. Diese
Deutung könnte als sehr frei empfunden werden. Allerdings schimmert
der Gedanke bei Schopenhauer gelegentlich auch in der Formulierung
durch. Die individuelle Absage an die elementare Verdinglichung, die

der in der Welt der Erscheinungen sich jeweils konkretisierende Wille bezeichnet, kann nur noch durch geistigen Austritt aus der tätigen Welt überhaupt und nur auf höchst persönliche Weise geschehen. Bei Nietzsche hingegen wird schließlich zur Tatsache der Verdinglichung, der Auswahl auch der Erkenntnisprinzipien nach dem Gesetz der Lebensutilität ja gesagt. Bei Vaihinger schließlich mündet die zur Lehre von den notwendigen Fiktionen verkommene transzendentalidealistische Erkenntnistheorie aus in jene Gedankengänge, denen man im subjektivistischen Idealismus angelsächsisch-romanischer Prägung schon früher begegnet. Das Konvergieren früher getrennt verlaufender Denkstränge ist überhaupt ein Zeichen unseres Jahrhunderts.

Ich weiß nicht, ob meine Ihnen hier vorgetragenen Gedanken Sie, sehr verehrter lieber Herr Kollege, nicht allzusehr aus Ihren eigenen großen Arbeiten herausreißen. Ihre Meinung zu den Fragen wäre mir jedenfalls außerordentlich hilfreich.

Anfang September werde ich zum Weltkongress für Soziologie nach Evian fahren, was wohl weniger von wissenschaftlicher Ergiebigkeit als von persönlichem menschlichen Gewinn sein wird.

Ich hoffe Sie schaffenskräftig und tatenfroh bei der Abrundung Ihres ungeheuren und für Generationen hilfreichen Lebenswerks! Auch für mich sind die äußeren Bedingungen des Arbeitens an der Universität Marburg und die Anregungen eines erweiterten Wirkungskreises sehr stärkend.

In herzlicher Verbundenheit, wie immer,
Ihr ganz ergebener

Werner Hofmann.

35. Werner Hofmann an Georg Lukács

31. Juli 1967

Sehr verehrter, lieber Herr Kollege!

Nach längerem beiderseitigen Schweigen nehme ich die Gelegenheit eines Urlaubs im Ausland wahr, um mich wieder zu melden. In Kürze werde ich Ihnen ein in größerer Auflage erschienenes Schriftchen zuleiten, das nicht nur den stark erweiterten Aufsatz „Was ist Stalinismus?“, sondern auch die bearbeitete Fassung eines Rundfunkvortrags „Zur Soziologie des Antikommunismus“ enthält. Ich hoffe, vor allem der letztere Beitrag wird seine Wirkung tun. Beim „Stalinismus“ lag mir daran, die spezifische Denkhaltung, die zu einem neuen Voluntarismus hat führen

können (mit seiner äußeren Form des „Personenkults“), gründlicher zu untersuchen. Ihr Urteil wird weiteren Auflagen sehr zugute kommen. Die Verhältnisse haben sich mittlerweile so entwickelt, daß man eigentlich nur noch von Auflösung sprechen kann: auf der Ebene der wsch. wie pol. Interessen, auf der Ebene des Bewußtseins, der sozialen Sittlichkeit, der Wissenschaft, ja des Denkvermögens überhaupt. Entscheidend, ob es gelingt, *alle* Gesellschaftsschichten in den allgemeinen Marnasmus hineinzuhiehen, der von den tragenden Kräften der Gesellschaft ausgeht. Der Protest der Studenten, ja schon der Schüler, ist ein Ausdruck dafür, daß wachsende Teile der Intelligenz – u. schon lange nicht mehr die „Linken“ – „heimatlos“ geworden sind. Allerdings, nicht die Intelligenz wird, auf sich gestellt, die Verhältnisse wenden.

Wichtig immerhin, daß die *Große Furcht*, die bisher alle Alternativen verlegte, schwindet.

Im April bereiste ich studienhalber Sibirien sowie Kazachstan-Uzbekistan. Meine kühnsten Erwartungen fand ich übertroffen. Noch imposanter als die Aufbauleistungen, die sichtbar sind, ist die Grundlegung künftiger Erfolge im Bildungsbereich. Befreiend vor allem das Erlebnis des großen Potentials an Menschlichkeit. Mir ist nicht zweifelhaft, wem das 21. Jh. gehören wird; und die Sowjetunion wird dabei die zweite Wirtschaftsmacht der Welt (nach China) sein.

Ich wünsche Ihnen Erhaltung Ihrer Schaffenskraft, zu dem großen Werk, das hoffentlich auch in Ihrem Lande die verdiente Würdigung finden wird!

In aller Herzlichkeit

Ihr ergebener

Werner Hofmann.

36. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 27. August 1967

Lieber Herr Kollege!

Vielen Dank für Ihren interessanten Brief vom 31. Juli. Ihren Aufsatz über Stalinismus habe ich schon seinerzeit mit viel Interesse gelesen. Es wäre dabei nur zu erwägen, ob aus der manipulierten Praxis der Stalinzeit nicht doch ein System, eine Methode entstanden ist, die für die heute notwendige Wiederkehr zum echten Marxismus ein reales Hindernis bildet. Ich würde hier eher zum Ja als zum Nein neigen. Mit großem

Interesse erwarte ich Ihre Studie über die Soziologie des Antikommunismus. Heute beginnt man bereits im Westen diese Ideologie als Hindernis zu empfinden. Eine ernsthafte Studie über ihre sozialen Grundlagen fehlt aber noch. Sie füllen also eine wirkliche Lücke aus. Ich sehe Ihrem Buch mit echten Erwartungen entgegen.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

37. Werner Hofmann an Georg Lukács

Marburg, 17. Dezember 1967

Hochverehrter, lieber Herr Kollege!

Verzeihen Sie meinen außerordentlich verspäteten Dank auf die lebenswürdige Übersendung Ihres neuen Werkes über die Besonderheit als Kategorie der Ästhetik: Ich wollte aus Kenntnis des Werkes danken, dessen Beiträge mir in der Mehrzahl bisher nicht bekannt gewesen sind. Meine große Belastung (auch durch ständiges öffentliches Auftreten gegen die Notstandsvorhaben in meinem Land) hat die gründliche Beschäftigung mit den Aufsätzen verzögert. Eine Lektüre wie diese beendet man im übrigen eigentlich nie: mit einem solchen Werke lebt man. Es hilft mir zudem bei eigenen Überlegungen sehr weiter.

Eine Kernfrage habe ich an Sie: Wäre das „Besondere“ nicht, in Ihrem eigenen Sinn, besser als das „Typische“ anzusehen? Als solches würde es nicht einfach in der Mitte zwischen dem Allgemeinen und dem Einzelnen liegen – es sei denn das Allgemeine wird selbst als das „Wesentliche“, nur durch eindringende Deutung zu Erschließende gefaßt. Die Eigenart der künstlerischen Darstellung – im Unterschied zur wissenschaftlichen, und so darf ich wohl Ihre feine Bemerkung auf S. 287 verstehen – liegt in der Versinnlichung von Wesentlichem, oder in der Verleihung von *Bedeutung* an das Einzelne, wodurch man eben zum Typus kommt. Übrigens nicht zu einem „reinen“ Typus, sondern zu einem solchen, der in sich selbst dialektische Widersprüche enthält: so etwa die Misch-Charaktere eines Shakespeare, Goethe, Brecht. Der Typus setzt sich ja selbst aus verschiedenen Einzelmomenten zusammen, und das ihnen Wesentliche ist seinerseits dialektisch widersprüchlich.

Meine Frage und Überlegung entspringt aus dem Umstand, daß die moderne „Kunst“ – soweit sie überhaupt mit Ästhetik zu tun hat und zu tun haben will, soweit sie nicht selbst im Grunde nur noch soziologisch

verstanden werden kann – offenbar mit den Mitteln einer dialektischen Ästhetik nur noch negativ bestimmt werden kann: Sie demonstriert den Verlust des Bedeutungsgehalts, die Selbstpreisgabe ans Einzelne, an die verselbständigte Form, von wo her sie nur noch zum Abstrakt-Allgemeinen findet – zunächst in symbolistischem Pathos, schließlich in Gestalt des reinen formalen Konstruktivismus. Daß hier zwischen dem Allgemeinen – das auch das Allgemeine der bloßen *Form* sein kann – und dem Wesentlichen sehr großer Unterschied besteht, wird deutlich an der Frage der Mathematisierbarkeit bestimmter Wissenschaften (S. 236 f.) und übrigens auch von Teilen der bildenden Kunst: Das Streben nach „möglichst umfassender Verallgemeinerung“ scheint mir keine „relativ legitime Tendenz“ zu sein, führt es doch von dem eigentlich *Bedeutungsvollen* denkbar weit ab. Es scheint mir gerade das Charakteristikum des modernen konstruktivistischen Formalismus zu sein, daß er, dem Einzelnen verfallen – und hierin drückt sich die Verarmung der Individuen in der verdinglichten Welt kapitalistischer Arbeitsteilung selbst aus –, nicht mehr zum Begreifen des Zusammenhangs gelangt, sondern nur noch zur Allgemeinheit des Einzelnen selbst, das eben in seiner Form liegt, daß ihm die „konkrete Totalität“, der Ordnungszusammenhang zur bloßen formalen „Struktur“ verkommt. – Deshalb scheint mir ein Kategoriensystem wichtig zu sein, das auch den *Verfall* der Ästhetik und der Kunst adäquat bezeichnet. Wobei die Ästhetik selbst, für sich genommen, mit ihren Maßstäben nur moralisierend urteilen könnte. Die Begriffe müssen zugleich ästhetisch und soziologisch – und d. h.: beidemale erkenntnistheoretisch fundiert – sein. Daß Sie hier den Weg gewiesen haben, scheint mir von bleibender Bedeutung für die Wissenschaftsgeschichte zu sein!

Ihre Meinung zu meinen Gedankenfragmenten wäre mir wichtig. Ich selbst empfinde mich hier durchaus als einen Tastenden.

Darf ich fragen, ob Sie das Bändchen „Stalinismus und Antikommunismus“ vom Verlag übersandt erhalten haben? Anderenfalls würde ich noch einmal mahnen. Das Bändchen wird übrigens, nachdem trotz äußerst spärlicher Hinweise in der Tagesliteratur innerhalb von 5 Monaten 8.000 Exemplare verkauft worden sind, jetzt eine Zweitaufgabe erfahren. Hierbei sollen einige Änderungen vorgenommen werden. Von Monat zu Monat tritt mehr hervor, wie wenig der gegenwärtige Umbau der Sozialverfassung und die Wandlung des Bewußtseins noch adäquat als „Entstalinisierung“ bezeichnet werden kann, und wie sehr es Aufbruch zur Neuentdeckung des Marxismus ist. Daß Sie diesen Prozeß nicht nur als Zeuge, sondern als Ihrerseits katalysierende Kraft begleiten, muß Ihnen, lieber Herr Kollege, ein hohes Glück bedeuten! In anderen

Hemisphären muß vorläufig die positivste Funktion des Gelehrten das konsequente Neinsagen bleiben.
Mit den herzlichsten Wünschen für das neue Jahr, das Ihnen vor allem die alte Schaffenskraft erhalten möchte,

Ihr stets ergebener

Werner Hofmann.

38. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 6. Januar 1968

Lieber Herr Kollege!

Dank für Ihren Brief vom 17. Dezember. Es hat mich sehr gefreut, dass mein Buch Sie interessiert hat. Hoffentlich hat die Lektüre nicht allzu viel Zeit in Anspruch genommen, denn ich betrachte Ihren Kampf gegen die Notstandsgesetze für einen höchst wichtigen.

Was die Kernfrage bei Ihren Einwänden betrifft, so ist in diesem Buch die philosophische Grundlage noch nicht vollkommen klar ausgearbeitet. In meiner Ontologie versuche ich zu zeigen, was übrigens bereits in der Aesthetik implicite enthalten war, dass die Kategorien: Allgemeines, Besonderes, Einzelnes, ontologische Kategorien sind, die in jeder Form des Seins unbedingt vorkommen. Natürlich erhalten sie im gesellschaftlichen Sein kompliziertere Formen als in der Natur. Darüber kann man schon bei Marx manches finden, z. B. daß die Verallgemeinerung nur eine Widerspiegelung von objektiven Prozessen ist, die die Ökonomie im gesellschaftlichen Sein vollzieht. So ist das was wir menschliche Persönlichkeit nennen eine gesellschaftlich kompliziertere Form des Einzelnen, und es lässt sich historisch nachweisen, wie der Mensch aus der bloßen Einzelheit sich im gesellschaftlichen Sein zur Individualität entwickelt hat. Ebenso steht es mit der Besonderheit. Das Typische kann also die Besonderheit nicht ersetzen, es ist bloß eine wichtige gesellschaftliche Erscheinungsform der Besonderheit.

Doch eine Diskussion darüber geht über den möglichen Rahmen eines Briefes weit hinaus. Ebenso einige Ihrer anderen Bemerkungen. Ich bin z. B. überzeugt, daß eine ontologische Untersuchung etwa mit dem Titel „Kritik der mathematischen Vernunft“ zu den wichtigsten und aktuellsten Fragen gehören würde, leider gibt es aber heute keinen Menschen, der an diese Frage mit genügender Klarsicht und hinreichendem Wissen herantreten könnte. Ebenso steht es um die Frage, die Sie Verfall der

Aesthetik nennen. Sie ist zweifellos vorhanden, ist jedoch ein bloßes Symptom einerseits der formalistischen Manipulation, die heute in Wissenschaft und Leben herrscht, andererseits von der damit zusammenhängenden grossen Krise der modernen Kunst. Sie verstehen, dass die Diskussion dieser Fragen weit über die Grenzen eines Briefes hinausgehen würden.

Mit herzlichem Dank für Ihr Interesse an meinem Buch Ihr

Georg Lukács

39. Werner Hofmann an Georg Lukács

Wehrda bei Marburg, 24. Juli 1968

Lieber Herr Kollege!

Wieder einmal muß ich um Nachsicht für mein langes Schweigen auf Ihren liebenswürdigen und mir sehr wertvollen Brief vom 6. 1. 68. bitten! In der Tat ist es schwierig, Fragen der von uns kürzlich behandelten Art angemessen in Briefform zu klären. Doch hoffe ich ein wenig, daß sich ein Wiedersehen ermöglichen läßt, da ich Ende September und Anfang Oktober mit ca. 50 Studenten meines sowie des Politologischen Instituts unserer Universität eine Exkursion in die CSSR unternehmen werde. Am Sonntag, d. 29. 9., könnte ich Sie von Bratislava aus besuchen, wenn Ihnen dies angenehm ist. Sobald ich Ihre Nachricht habe, werde ich mich um Visum bemühen. Würde es Ihnen recht sein, wenn ich u. U. einen der wissenschaftlichen Mitarbeiter mitbrächte? Vielleicht ließe sich übrigens bei dieser Gelegenheit auch eine Begegnung mit Frau Heller ermöglichen. Am wichtigsten ist mir aber ein Gespräch mit Ihnen, lieber Herr Kollege, das nicht unter Zeitdruck steht!

Mein langes Schweigen ist wohl etwas erklärlicher, wenn ich andeute, was, neben den wachsenden Universitätspflichten, zu bewältigen war: Wie Sie wissen, ist die Bewegung gegen die Notstandsgesetze, die ich mit in vorderster Linie vorangetrieben habe, im Mai bis zu spontanen Arbeiterkundgebungen und Streiks gegangen – ein ungewöhnlicher Vorgang in diesem Land! Die Erregung war namentlich an den Universitäten, wo sie sich zum Kampf um die Aufbrechung verhärteter und gründlich – auch durch die NS-Zeit – kompromittierter hierarchischer Ordnungen gesellte (auch in Marburg gab es harte Stellungskämpfe um eine neue Universitätssatzung), außerordentlich. Die gegenwärtige Flaute nach Verabschiedung der gravierenden neuen Notstandsgesetze

kann nicht von Dauer sein. Dafür wird die Gegenseite sorgen, die im Augenblick mit einer Welle des individuellen Gerichtsterrors das Land überflutet. Mit der beabsichtigten Änderung des Wahlsystems ist schon die nächste Herausforderung im Gang. (Ich schreibe Ihnen dies mit größerer Deutlichkeit, da ich diesen Brief in den nächsten Tagen von Prag aus zusenden werde, wo ich auf einer Reise nach Polen kurz Zwischenhalt machen werde.) Gemeinsam mit Freunden, besonders Betriebsräten, bemühe ich mich seit Monaten um ein Wahl- und Aktionsbündnis, das nach dem vollständigen Marasmus der herrschenden Parlamentsparteien eine überzeugende demokratische Alternative, auch gegenüber dem organisierten Rechtsradikalismus, der in die Lücke des bestehenden Systems getreten ist und viele deroutierte Unzufriedene verlockt, bieten will. Das Unternehmen läßt sich bisher günstig an, beansprucht allerdings viel Kraft; ebenso wie das Bemühen um Bildung eines Bundes demokratischer Wissenschaftler, der zur Abwehr immer keckerer Zugriffe von Staat und Privatwirtschaft ebenso wie zur Beantwortung der täglich sich geradezu häufenden Provokationen im öffentlichen Leben notwendig geworden ist. – Im ganzen ist in unser Land ein noch vor kurzem kaum vorstellbares Leben gekommen. Das Fehlen einer Außenpolitik, die zunehmenden Konflikte im Regierungslager, die Unruhe in der Umwelt (Frankreich) nähren das Aufbegehren. Leider bleibt hiervon die Arbeiterschaft als ganze, wenn man von der arbeitenden Jugend absieht, vorläufig fast unberührt.

Die Entwicklung in der CSSR erfüllt mich mit Besorgnis. Demokratisierung wäre schon recht, und mit der Entstalinisierung geht es in vielen Ländern langsamer voran, als m. E. notwendig ist. Aber man kann in sehr verschiedenem Sinn demokratisieren: vorwärts oder zurück. Statt mit Blick auf die komm. Gesellschaft „demokratisiert“ man zurück zur Wiederzulassung bürgerlicher Parteien, was die Auflösung der Nationalen Front, die Wiederkehr von Interessentenparteien, den Rückfall in den Kretenismus von Konkurrenz-Wahlkämpfen, mit der Aussicht auf „legale“ Entmachtung der KP, in sich schließt – mit einem Wort die naive Wiederentdeckung von Verhältnissen eines politischen „fair play“, den der bürgerliche Staat in den entwickeltsten Ländern selbst längst hinter sich gelassen hat. Da die KP selbst offenbar seit Jahren jeden Begriff von wirklicher Führung schon verloren hat und da andererseits ein Eingriff von außen unmöglich ist, so sehe ich nicht, wie dem Unglück gesteuert werden kann; mit allen Konsequenzen, die dies auf andere Länder haben kann. Es geht dabei selbstverständlich nicht für oder wider Reformen schlechthin. Es geht darum, ob solche Reformen zurückführen oder voran, ob sie Länder des Systems, auf das sich die Hoff-

nung der Weltgeschichte richtet, zum Vorbild des Neuen oder zum Zerrbild des Alten machen. – Das Unheil scheint mir darin mit begründet zu liegen, daß, soweit ich sehe, auch theoretisch der Inhalt der „Volksdemokratie“ und ihrer Beziehung zur Diktatur des Proletariats schon früher nicht hinlänglich geklärt worden ist. Man hat sich offenbar gescheut, die Volksdemokratie als eine Abwandlung der proletarischen Diktatur – eigentlich als eine *höhere* Form derselben – zu deklarieren. So nur scheint es mir verständlich zu sein, daß in der CSSR die KP ihre Rolle innerhalb einer Demokratie, die zugleich Diktatur sein muß, schon seit längerem einfach vergessen hat. Das naive Kokettieren mit der westdeutschen Bundesregierung, die man offenbar nicht schnell genug anerkennen kann – *vor* Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung und ohne Verzichtserklärung dieser in der Frage des Münchner Abkommens! – zeugt von der Degenerierung des politischen Vermögens einer Partei, wie sie der vorausgegangene Stalinismus selbst erzeugt hat! Ihr Urteil in dieser wie in den anderen von mir berührten Fragen wird mir sehr wichtig sein.

Für heute in alter Herzlichkeit Ihr

Werner Hofmann.

40. Werner Hofmann an Georg Lukács

Marburg, 14. August 1968

Lieber Herr Kollege!

Es kann sein, daß Sie meinen Brief vom 24. 7. 1968 nicht erhalten haben. Er wurde in Prag aufgegeben. Ich habe darin angefragt, ob ich Sie von Bratislava aus am Sonntag, d. 29. 9., in Budapest aufsuchen darf. Ich befinde mich zu dieser Zeit mit einem größeren Kreis von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten auf Exkursion in der CSSR. Ein Wiedersehen und ein neuerliches Gespräch mit Ihnen wäre hochofreulich! Für alle Fälle beantrage ich, um keine Zeit zu verlieren, ein Visum für Ungarn.

Mit freundlichstem Gruß,

Ihr stets ergebener

W. Hofmann.

41. Werner Hofmann an Georg Lukács

Wehrda bei Marburg, 7. März 1969

Lieber Herr Kollege!

Nachdem mir Herr Dr. Janossy mitgeteilt hat, daß drei Briefe, die ich im Sommer 1968 an Sie gerichtet habe, Sie offenbar im Zusammenhang mit einem Aufenthalt in Jugoslawien nicht erreicht haben, hoffe ich, diesmal die Verbindung wieder herstellen zu können. Ich erlaube mir, Ihnen beigefügt etwas zu senden, das wohl besser als ein Brief Ihnen die „Atmosphäre“ wiedergibt, in der praktische Arbeit in unserem Lande geleistet wird. Als einer der drei Sprecher des kürzlich gegründeten Bündnisses und Präsidiums, Mitglied einer entsprechenden Wahlpartei, die aus den Bündniskräften (unter Einschluß der Kommunisten) hervorgegangen ist, stehe ich unmittelbar auch in der praktischen pol. Tätigkeit, auf die alle Wissenschaft heute ausmünden muß. Auch bin ich Vorsitzender eines kürzlich gebildeten „Bundes demokratischer Wissenschaftler“, der in der gegenwärtigen Situation sehr notwendig ist; besteht doch auch bei uns die Gefahr, daß an den Universitäten anarchistische Kräfte – und über die innere Beziehung zwischen sich selbst überlassenen bgl. Intellektuellen – Anarchismus bedarf es zwischen uns wohl keines Wortes – direkt den faschistischen Kräften zuarbeiten, die bei uns keineswegs in der Opposition stehen. – Auch in Italien mußte ich mich davon überzeugen, daß über den Inhalt des westdeutschen Regimes Illusionen bestehen. Sicher kann der NSoz. alter Observanz nicht wiederkehren und ist der BRD der Weg zur pol.-mil. Großmacht versperrt. Einen Krieg *beginnen* allerdings können die herrschenden Kräfte in einem Augenblick weltpol. Verwicklung immer noch; die Bundesrepublik ist das einzige europäische Land mit offenen Gebietsforderungen, und ihre Geltendmachung könnte – was das eigentlich Beunruhigende ist – unter Billigung der Mehrheit der Bevölkerung geschehen. Nach innen legt sich die Regierung ohnehin kaum noch Hemmungen auf. Die „höhere“, die „angelsächsische“ Phase der *offenen* Diktatur der Bourgeoisie – und das scheint mir die knappste Definition des Faschismus zu sein – unterscheidet sich von der „primitiven“ Phase vor allem darin, daß sie *verfeinerte* Mittel der Repression, einer Art psychologischer *präventiver* Repression ausgebildet hat, Formen der psychischen „integrativen“ *Überfremdung* des Bewußtseins, auf der Grundlage und unter planvoller Nutzung der Mechanismen der gesellschaftlichen *Entfremdung*. (Wie überhaupt die Kategorie der Entfremdung heute nahezu die gesamte Soziologie des Spätkapitalismus, weithin, wie mir scheint, auch

noch des Sozialismus und seiner stalinistischen Entstellung umschließt.) – Ohne den Blick für die weltpolitischen Proportionen verengen zu wollen, glaube ich doch sagen zu müssen, daß von der Beurteilung der herrschenden Kräfte der Bundesrepublik auch die Einstellung zu Vorgängen in einem benachbarten Land abhängt. Das haben leider auch Freunde in Italien und anderswo verkannt. In der gegenwärtigen Situation, vor allem in Mitteleuropa, ist die *Außenfunktion* der „Diktatur des Proletariats“ noch keineswegs abgeschlossen, und dies kann auf die Innenverhältnisse zurückwirken („Pressefreiheit“ – für *wen?*); zumal der Stalinismus die Betroffenen geradezu entpolitisiert, begriffs-, maßstablos gemacht hat. Sehr zu Recht haben Sie, lieber Herr Kollege, schon vor Jahren die „Koexistenz“ als eine neue Form des internationalen *Klassenkampfes* bezeichnet. Die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik haben sie immer in *diesem* Sinn verstanden. – Von dieser Einschätzung der Koexistenz aus müßten auch befreundete Gruppierungen ihr Verhältnis zu denen anderer Länder bestimmen. Wenn die KPI den „italienischen“ Weg zum Sozialismus verkündet, so wirkt dies etwas sonderbar innerhalb der Sechs-Staaten-Gemeinschaft der EWG, die immerhin mindestens zu einem Zusammenwirken mit gleichgerichteten Kräften innerhalb dieses Verbundes führen müßte. Die nationale Absonderung der Arbeiterkräfte scheint mir heute eine ernste Gefahr zu sein. Von da bis zu einem zunächst kaum bewußten Antisowjetismus ist der Weg nicht weit. Dies zumal seit dem Verzicht auf die Chruschtschowschen Kommunismus-Prognosen („1980“) von der Sowjetunion keine überzeugenden konkreten Perspektiven geboten werden, etwa auch für die CSSR. So scheint es mir jedenfalls.

Bedauerlich im ganzen, daß, von der Nähe besehen, die weltgeschichtliche „Spiralen“-Bewegung sich eher als eine mühevollere Serpentine zwischen falschen Gegensätzen ausnimmt.

Ihre Meinung, lieber Herr Kollege Lukács, ist mir, wie immer, sehr wichtig.

Ich hoffe Sie schaffenslustig und gesund.

In alter Herzlichkeit Ihr

Werner Hofmann.

42. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest 23. März 1969

Lieber Herr Kollege Hofmann!

Vielen herzlichen Dank für Ihren liebenswürdigen und interessanten Brief vom 7. März. Leider bin ich mit Arbeiten überhäuft, darum antworte ich verspätet und kurz. Das meiste, was Sie über Ihre Tätigkeit schreiben, interessiert mich sehr, und ich bin damit einverstanden, daß hier der richtige Weg zu einer Oppositionsbewegung eingeschlagen ist. Ich habe nur Bedenken dagegen, daß man die absolute Herrschaft des Kapitalismus mit dem Ausdruck Faschismus bezeichnet. Die Hitler-Periode hatte derart spezifische Kennzeichen, dass ihr Name in einer neuen Konstellation nur Verwirrung stiften kann und sehr leicht in Demagogie umschlägt. (Ich halte es z. B. für eine Demagogie, wenn man in der Studentenbewegung einen „linken Faschismus“ entlarven zu können meint.) Worauf es heute ankommt, ist die Bekämpfung des spezifisch heutigen Kapitalismus. Und hier scheint mir eine Bezeichnung wie: „gegen die manipulierte Demokratie“ viel bezeichnender als der Faschismus. Es muß gerade gezeigt werden, daß die heutige Demokratie – in der USA ebenso wie in der Bundesrepublik – keine, auch im bürgerlichen Sinne Demokratie ist; den Faschismus hat man, mit einem gewissen Recht, im Namen der Demokratie überhaupt bekämpfen können. Ich glaube, wenn ich es auch jetzt nicht ausführen kann, daß es sich hier nicht um etwas Terminologisches, sondern sachlich Reales handelt.

Mit Herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

43. Werner Hofmann an Georg Lukács

Wehrda bei Marburg, 2. Juni 1969

Lieber Herr Kollege!

Verzeihen Sie meine wiederum etwas verspätete Antwort auf Ihre freundlichen Zeilen vom 23. 3.! – Sie haben sehr recht darin, sich gegen den völlig irreführenden Begriff eines „linken Faschismus“ zu wenden. – Allerdings habe ich mich in verschiedenen auswärtigen Ländern davon überzeugen müssen, daß auch meiner Überzeugung sonst nahestehende Personen und Kräfte das, wovon ich Ihnen in meinem letzten Brief

schrieb, sehr unterschätzen. Ich meine, es gibt eine höhere Phase der offenen Diktatur der Bourgeoisie – und hierin darf man den Inhalt des Faschismus sehen –, in der bestimmte sekundäre Merkmale (etwa Antisemitismus) entfallen und die sich vor allem auf eine breitere Grundlage stützt, bis hinein in pervertierte Spitzen der vollständig „verbeamteten“ Gewerkschafts-oligarchie. Überall da, wo keine akute Gefahr für das System besteht, brauchen die Herrschenden die bestehende Verfassung nicht unmittelbar außer Kraft zu setzen; sie modeln sie nach ihrem Bedürfnis und erfüllen ihren wahren Sinn, indem sie sich über ihren Wortlaut hinwegsetzen. Die Frage, wie man das Gesellschaftsgefüge eines Landes von solchem Typus bezeichnet, ist in der Tat keine nur terminologische. Vielmehr stellen sich bedeutende und m. E. auch wissenschaftlich noch nicht genug durchforschte neue Sachverhalte.

Die praktische Konsequenz bleibt: Politik der Volks- bzw. der nationalen Front! Für sie bietet das Aktionsbündnis für demokratischen Fortschritt, das auch zu den Bundestagswahlen im September in allen Wahlkreisen antritt, einen geradezu idealen Rahmen. Die Begegnung der verschiedensten gesellschaftlichen Schichten, die, jede in ihrer Zunge, das Gleiche wollen und vertreten, die aus der Vielfalt der gesellschaftlichen Standorte zu gemeinsamem praktischen Handeln konvergieren, gehört zu den zukunftsreichsten Erscheinungen des westdeutschen politischen Lebens. Eine Bewegung wie diese kann nur mit Gewalt beendet werden.

Sie sehen, lieber Herr Kollege, daß ich mich gegenwärtig sehr in der „angewandten“ Wissenschaft bewege.

Beunruhigend ist mir die gegenwärtige Entwicklung im sozialistischen Weltbereich. Die Brechung *antisozialistischer* Kräfte in der CSSR scheint mir eine absolute Notwendigkeit zu sein. Doch kann ich nicht leugnen, daß sich aus der Entfernung der beunruhigende Eindruck aufdrängt, daß gegenwärtig von der Hauptgewährsmacht keine ausreichenden *positiven*, weiterführenden Impulse ausgehen. So muß deren Präsenz mehr als prohibitiv oder repressiv empfunden werden. Nach meinem Gefühl wäre jetzt fällig, über alle Erfolge der sozialistischen Länder in der Produktion hinaus, daß die Gesellschaftsverfassung selbst überzeugend im Sinne der Perspektiven des Kommunismus fortentwickelt wird. Also: fortgesetzt erweiterte Mitsprache der Betriebsbelegschaft (Wahl der Betriebsdirektoren), Erweiterung der Formen gesellschaftlicher Selbstverwaltung im Sinne eines schrittweisen Übergangs der Funktionen einer Vertretungskörperschaft an Räte der verschiedensten Berufsgruppen, Demokratisierung der Justiz, planvolle Erweiterung des Berufsausschnitts und so fort.

Gelingt dies nicht in absehbarer Zeit, so sehe ich einen weiteren Zerfall der kommunistischen Weltbewegung voraus sowie den Verlust einer glaubhaften geschichtlichen Alternative auch im allgemeinen Bewußtsein der werktätigen Menschen außerhalb des sozialistischen Raumes (oder vielleicht sogar in diesem selbst).

Ihre Meinung wäre mir, wie immer, sehr wichtig.

Ich hoffe Sie schaffenskräftig und in annehmbaren Verhältnissen,

in alter Herzlichkeit Ihr

Werner Hofmann.

44. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 23. Juni 1969

Lieber Herr Kollege!

Dank für Ihren Brief vom 2. Juni. Es freut mich, daß wir auch terminologisch in der Faschismusfrage übereinstimmen. Ich glaube nur, ich hoffe auch mit Ihnen, daß diese Frage über das terminologische hinausgeht. Ich glaube, dass jede bürgerliche Demokratie eine ihrer Entwicklungsstufe gemäße Form der Entartung hat. Das begann schon nach den großen Revolutionen. Wenn ich also gegen den Terminus Faschismus bin, so bedeutet das die Forderung: die für den deutschen Monopolkapitalismus spezifischen Formen der Reaktion genauer zu erforschen, als das bis jetzt geschah.

Ich glaube, daß das Bestreben Ihrer Freunde eine linksstehende sozialistische Bewegung ins Leben zu rufen, etwas gesundes an sich hat. Es kommt hauptsächlich darauf an, wie weit man die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dazu bringen kann, für ihre ökonomischen und politischen Rechte, die heute stillschweigend, mit Einverständnis der SPD konfisziert werden, zu kämpfen. Das ist natürlich eine schwere Sache, denn es erfordert eine scharfe Kritik der SPD, ohne aber in eine Happening-Linie der revolutionären Phrase zu verfallen. Hoffentlich gelingt Ihren Freunden etwas ähnliches.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

45. Werner Hofmann an Georg Lukács

Wehrda bei Marburg, 19. September 1969

Lieber Herr Kollege!

Herzlichen Dank für Ihre Zeilen vom 2. 6. Nicht zuletzt der Wahlkampf hat mich bisher daran gehindert, auf ihn zu antworten.

Es ist in der Tat notwendig, die Formen spätkapitalistischer Herrschaft zu unterscheiden. Ihr Wesen ist die offene Diktatur der Bourgeoisie. Wobei der Übergang zur „offenen“ Diktatur ein durchaus gradueller sein kann. Wiederkehrende Merkmale sind jedenfalls der *Rückfall* in Stufen der Gewalt, die überwunden zu sein schienen (weshalb „faschistische“ Diktaturen ja nicht am Anfang bürgerlicher Staaten stehen), die Herrschaftsausübung unter offener Mißachtung der bürgerlichen Gesetze, schließlich deren schrittweise Änderung oder schlagartige Aufhebung; das aggressive Ausgreifen nach dem Außenraum (sei es wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Art). Ein durchaus variabler, nicht zum Wesen des Faschismus streng gehörendes Moment scheint mir zu sein der Rassenfanatismus, etwa der Antisemitismus, obwohl durch eine Art von Komplementärverhältnis die anderen Merkmale von Faschismus auch diesen Umstand jedenfalls nahelegen.

Vollends tritt der Faschismus je nach seinen Umweltbedingungen verschiedenartig auf. Es ist das Unglück der faschistischen Kräfte in unserem Lande, daß sie nach außen nicht mehr können, wie sie wollen. Die Bündnisverhältnisse, die Empfindlichkeit der Umwelt, die Entschlossenheit auch der westlichen Partner, sich nicht durch die Bundesregierung in Ostabenteuer stürzen zu lassen, hindern sie. Umso mehr richten sie sich gegen den „inneren Feind“. Der westdeutsche Faschismus ist wie ein Dampftopf mit Überdruck, der ohne Ventil zu explodieren neigt. Er hat bei uns so aufreizend unmittelbare Verwandtschaft mit dem, was wir schon einmal erfahren haben, daß er ständig neue Gruppen zum Protest bringt.

Das Fatale ist, daß mittlerweile die Herrschaftsmechanismen in den Betrieben selbst so ausgebaut sind, daß sie vorläufig weiterhin präventiv wirken. Auch die „wilden“ Streiks dieser Wochen, die Bündnis und Partei für Demokratie und Fortschritt (unter Mitarbeit der Kommunisten) lebhaft unterstützt haben, sind vorläufig noch betont „unpolitisch“ geführt worden. Allerdings vollziehen sich, wenn man einmal kämpft, Lernprozesse innerhalb von Tagen.

Wie die Dinge stehen, darf man die Kräfte der Diktatur in unserem Lande ganz gewiß nicht unterschätzen, wozu selbst Gesinnungsfreunde

im Ausland nach meiner Erfahrung neigen. Auch die CSSR-Frage ist nur vor dem Hintergrund der westdeutschen Bundesregierung zu verstehen, sie ist eine abgeleitete BRD-Frage.

Verzeihen Sie, sehr verehrter, lieber Herr Kollege, daß ich diesmal ausschließlich diesen politischen Komplex zur Sprache bringe. Sie werden daraus herausspüren, daß wir – und auch ich persönlich – unmittelbar in der Aktion stehen.

Mit schönstem Gruß, in der Hoffnung, daß Sie schaffenskräftig sind, wie stets

Ihr ergebener

Werner Hofmann.

PS.: Diesen Brief gebe ich in der CSSR in diesen Tagen auf.

46. Georg Lukács an Werner Hofmann

Budapest, 14. Oktober 1969

Lieber Herr Kollege Hofmann!

Vom Urlaub zurückgekehrt finde ich Ihren Brief vom 19. September. Darum beantworte ich ihn etwas verspätet, und leider auch etwas zu flüchtig, da ich jetzt mit vielen Sachen sehr in Anspruch genommen bin. Ich freue mich sehr, dass wir in der Hauptsache in der Einschätzung des Faschismus sehr nahe zueinander gekommen sind. Ich halte es immer für sehr gefährlich – wozu jede formale „soziologische“ Auffassung drängt –, solche Gesellschaftsformen der Vergangenheit kritiklos auf die Gegenwart anzuwenden. In dieser Hinsicht ist viel gesündigt worden. Soweit ich die Sache übersehen kann, ist vorläufig von den Herrschaftsformen des Faschismus nirgends wirklich die Rede. Besonders in der Bundesrepublik ist es vorläufig leicht möglich, die reaktionärsten Maßnahmen in der Form einer vollen Gesetzmäßigkeit, ohne die Konstitution aufzuheben, zu regeln. Diese besonderen Formen müßten studiert werden, besonders in Deutschland, wo die „legale Konfiszierung“ aller Freiheitsgarantien schon seit der Bismarcks-Zeit zum normalen Mittel jeder gesellschaftlichen Reaktion geworden ist. Ich glaube, daß, wenn die neue Koalition entsteht, gerade darauf gedrängt werden muß, diese reaktionären Formen aufzuheben oder zumindest zu mildern. Der zur

Phrase gewordene Begriff des Faschismus ist nur ein Hindernis in einem solchen Kampf um die echte Demokratie. Ich glaube, wir sind in dieser prinzipiellen Frage einig – natürlich ist die konkrete Durchführung eine andere, schwierigere Sache.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

Georg Lukács

ANHANG

Georg Lukács, „Brief an Alberto Carocci“.

In: Ders., Marxismus und Stalinismus.

Reinbek 1970, Rowohlt.

Werner Hofmann, „Was ist Stalinismus?“

In: Georg Lukács – Festschrift zum 80. Geburtstag.

Hrsg. von F. Benseler,

Neuwied 1965, Luchterhand.

Herbert Claas, „Vor zehn Jahren starb Werner Hofmann“.

In: Marxistische Blätter 6/1979.

Georg Lukács

BRIEF AN ALBERTO CAROCCI*

Budapest, den 8. 2. 1962

Lieber Herr Carocci!

Die Probleme, die Sie in Ihren sieben Fragen aufwerfen, locken mich sehr zu einer eingehenden Beantwortung, ist doch in ihnen so gut wie alles zusammengedrängt, was viele von uns seit Jahren bewegt. Leider sind meine Umstände so beschaffen, daß ich diese Absicht sogleich fallenlassen muß. Da ich aber Ihnen gegenüber meine Anschauungen doch nicht völlig verschweigen will, begnüge ich mich mit einem bloßen Privatbrief, der selbstverständlich unter keinen Umständen den Anspruch erhebt, alle wesentlichen Fragen systematisch zu behandeln.

Ich fange mit dem Ausdruck «Personenkult» an. *Natürlich halte ich es für einen Unsinn, Gehalt und Problematik einer welthistorisch derart wichtigen Periode auf die individuelle Beschaffenheit eines Menschen zurückzuführen.* Zwar lehrte man in meiner Studentenzeitalter auf den deutschen Universitäten: «Männer machen die Geschichte.» Jedoch selbst mein damaliger Simmel-Max Weberscher «Soziologismus» reichte aus, um über solche pathetische Verkündung einfach zu lächeln. Wie erst nach einer jahrzehntelangen Erziehung durch den Marxismus?

Schon meine allererste, noch fast rein unmittelbare Reaktion auf den XX. Kongreß richtete sich über die Person hinaus auf die Organisation: *auf den Apparat, der den «Personenkult» produzierte und ihn dann als eine unablässige erweiterte Reproduktion fixierte.* Ich stellte mir damals Stalin als die Spitze einer Pyramide vor, die, sich nach unten immer verbreiternd, aus lauter «kleinen Stalins» bestand, welche von oben aus gesehen Objekte, nach unten gerichtet Hervorbringer und Garanten des «Personenkults» sind. Ohne reibungsloses Funktionieren eines solchen Appa-

* ALBERTO CAROCCI, der Herausgeber der italienischen Zeitschrift «Nuovi Argomenti», hatte eine Umfrage anlässlich des XXII. Parteitages der KPdSU (Oktober 1961) veranstaltet. Der hier abgedruckte Brief ist LUKÁCS' Antwort an CAROCCI. Er wurde erstmals im Jahre 1962 in den «Nuovi Argomenti» (Nr. 57–58) veröffentlicht. Die erste deutsche Fassung erschien in den Heften 115–116, 117 (1963), S. 335–337, S. 407–411, des «Forum» (10. Jg.) unter dem Titel «Privatbrief über Stalinismus». (Hrsg.)

rats wäre der «Personenkult» ein subjektiver Wunschtraum, ein Gegenstand der Pathologie geblieben, er hätte nie zu jener gesellschaftlichen Wirksamkeit erwachsen können, die er jahrzehntelang ausübte.

Es war nicht allzuviel Nachdenken nötig, um einzusehen, daß ein derartig unmittelbares Bild, ohne deshalb falsch zu sein, von Entstehen, Wesen und Wirkung einer bedeutsamen Periode nur eine fragmentarische und oberflächliche Vorstellung geben könnte. Für denkende und dem Fortschritt wirklich hingebene Menschen tauchte notwendig das Problem der *sozialen Genesis* dieses Entwicklungsabschnitts auf, das als erster Togliatti sehr richtig dahin formulierte, daß die gesellschaftlichen Bedingungen des Entstehens und der Festigkeit des «Personenkults» aufgedeckt werden müßten, natürlich aus der inneren Dynamik der russischen Revolution; Togliatti fügte, ebenfalls richtig, hinzu, daß in erster Linie die Sowjetmenschen zu dieser Arbeit berufen seien. Natürlich handelt es sich dabei nicht bloß um ein Problem der Geschichte. Die historische Forschung geht notwendigerweise in eine Kritik der so entstandenen Theorie und Praxis über. Und zwar – davon war ich von Anfang an überzeugt – mußte eine solche eingehende Betrachtung alles Falsche an der mit dem «Personenkult» verbundenen, aus ihm entsprungene *Ideologie* aufdecken. Solchen Forschern müßte es so ergehen, wie Ibsen die ideologische Wendung seiner Frau Alving in den «Gespenstern» beschrieb¹: «Nur an einem einzigen Knoten wollte ich zupfen, als ich den aber aufhatte, da gab die ganze Geschichte nach. Und da merkte ich, daß es nur Maschinennaht war.» Dieses Ergebnis hängt primär nicht von der Einstellung der an die Frage Herantretenden ab; es ist die organische Konsequenz des behandelten Materials.

Diese Forschung blieb auch bis heute bloß ein Postulat für den wahren Marxismus, und Sie können unmöglich von mir erwarten, daß ich, der ich kein kompetenter Kenner dieses Stoffgebietes bin, auch nur einen Versuch zur Lösung darbringe; erst recht nicht in einem Brief, der notwendig noch subjektiver und fragmentarischer aufgebaut sein muß, als auch ein Essay über dieses Thema es wäre. Immerhin muß es für jeden denkenden Menschen klar sein, daß der Ausgangspunkt nur die innere und die internationale Lage der russischen proletarischen Revolution von 1917 sein kann. Objektiv muß man an die Kriegsverwüstungen, an die industrielle Rückständigkeit, an die verhältnismäßige kulturelle Zurückgebliebenheit Rußlands (Analphabetismus etc.) denken, an die Kette der Bürgerkriege, der Interventionen von Brest-Litowsk bis zu Wrangel etc. Als – oft vernachlässigtes – subjektives Moment tritt hinzu die Beschränkung Lenins in der Möglichkeit, seine richtigen Einsichten in die Praxis umzusetzen. Man ist heute – da in diesem Jahrhundert

seine Entschlüsse sich doch durchgesetzt haben – oft geneigt zu vergessen, welche Widerstände er dabei in der eigenen Partei überwinden mußte. Wer die Vorgeschichte des 7. Novembers, des Friedens von Brest-Litowsk, der NEP nur einigermaßen kennt, wird wissen, was hier gemeint ist. (Es kursierte später eine Anekdote über Stalin, wonach er zur Zeit der inneren Debatten über den Brester Frieden gesagt haben soll: die wichtigste Aufgabe wäre, Lenin eine verlässliche Mehrheit im Zentralkomitee zu sichern.)

Nach Lenins Tod war zwar die Periode der Bürgerkriege und Interventionen abgeschlossen, jedoch besonders bei letzteren ohne die geringste Garantie dafür, daß sie nicht jeden Tag erneuert werden könnten. Und die ökonomische und kulturelle Rückständigkeit zeigte sich als schwer überwindbares Hindernis für eine Wiederherstellung des Landes, die zugleich Aufbau des Sozialismus und Gewähr für dessen Verteidigung gegen Restaurationsversuche des Kapitalismus sein sollte. Die innerparteilichen Schwierigkeiten sind mit dem Tod Lenins naturgemäß nur gewachsen. Da die revolutionäre Welle, die das Jahr 1917 ausgelöst hatte, vorüberging, ohne die Diktatur des Proletariats auch in anderen Ländern dauernd errichten zu können, mußte man sich mit der Frage des Aufbaus des Sozialismus in *einem* (rückständigen) Lande resolut auseinandersetzen. Das ist die Zeit, in der sich Stalin als bedeutender, weitsichtiger Staatsmann erwies. Die wirksame Verteidigung der Leninschen neuen Theorie von der Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft in einem Lande gegen die Angriffe vor allem Trotzki war, so muß man es heute sehen, die Rettung der sowjetischen Entwicklung. Man kann die Stalin-Frage unmöglich historisch gerecht beurteilen, wenn man die Richtungskämpfe in der Kommunistischen Partei nicht von diesem Gesichtspunkt betrachtet; Chruschtschew hat diese Frage bereits auf dem XX. Kongreß richtig behandelt.

Gestatten Sie mir jetzt einen kleinen Exkurs über die Bedeutung der *Rehabilitation*. Zweifellos müssen alle von Stalin in den dreißiger Jahren und später ungerecht Verfolgten, Verurteilten, Ermordeten von allen gegen sie ausgeklügelten «Anklagen» gereinigt werden (Spionage, Diversantentum etc.). Das bedeutet jedoch keineswegs, daß damit ihre politischen Fehler, ihre falschen Perspektiven ebenfalls einer «Rehabilitation» unterzogen werden sollen. Das bezieht sich vor allem auf Trotzki. Er war ja der theoretische Hauptvertreter der These, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande unmöglich sei. Die Geschichte hat seine Konzeption längst widerlegt. Wenn wir uns jedoch in die Zeit unmittelbar nach Lenins Tod zurückversetzen, ergibt dieser Standpunkt notwendig die Alternative: entweder durch «revolutionäre Kriege» die Basis

des Sozialismus zu verbreitern oder auf den sozialen Zustand vor dem 7. November zurückzugehen; also das Dilemma von Abenteuerertum oder Kapitulation. Hier gestattet die Geschichte keine Rehabilitation Trotzki; Stalin hatte gegen ihn in den damals entscheidenden strategischen Fragen vollständig recht behalten.

Ebenso abwegig scheint mir die im Westen weitverbreitete Legende, Trotzki hätte, wenn er zur Macht gelangt wäre, eine demokratischere Entwicklung eingeleitet als Stalin. Man muß bloß an die Gewerkschaftsdebatte von 1921 denken, um diese Legende als Legende zu durchschauen: Trotzki vertrat damals gegenüber Lenin den Standpunkt, die Gewerkschaften müßten verstaatlicht werden, um die Produktion wirksamer zu fördern, was objektiv so viel bedeutet, daß sie dem Wesen nach aufhören müßten, Massenorganisationen mit Eigenleben zu sein. Lenin, der von der konkreten Lage, von der Stellung der Gewerkschaften zwischen Partei und Staatsmacht im Sinne der proletarischen Demokratie ausging, weist ihnen sogar die Aufgabe zu, die materiellen und geistigen Interessen der Arbeiter (wenn nötig: sogar gegen einen bürokratisierten Staat) zu verteidigen. Ich will und kann hier nicht auf diese Frage detailliert eingehen. *Es ist aber sicher, daß Stalin in späteren Jahren de facto (nicht in der Argumentation) die Linie Trotzki und nicht Lenins weitergeführt hat.* Wenn also Trotzki später Stalin vorwarf, dieser hätte sich sein Programm angeeignet, so hatte er darin vielfach recht. Für meine Beurteilung der beiden Persönlichkeiten folgt daraus: Was wir heute als despotisch, als antidemokratisch an der Stalinschen Ära beurteilen, hat sehr nahe strategische Berührungen mit Trotzki's Grundauffassungen. Eine von Trotzki geführte sozialistische Gesellschaft wäre zumindest ebenso undemokratisch gewesen wie die Stalinsche – nur wäre sie strategisch auf das Dilemma von Katastrophenpolitik oder Kapitulation angelegt gewesen statt auf die im Wesen richtige Linie Stalins, auf die Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande. (Meine persönlichen Eindrücke von den Begegnungen mit Trotzki 1921 haben in mir die Überzeugung erweckt, daß er individuell noch stärker auf «Personenkult» angelegt war als Stalin.) Über Bucharin ausführlich zu schreiben, halte ich für überflüssig. In der Mitte der zwanziger Jahre, als seine Stellung eine völlig unangefochtene war, habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, wie problematisch sein Marxismus gerade in bezug auf seine theoretischen Fundamente war.²

Nun zurück zum Hauptthema. Die verdienten Siege in den Diskussionen der zwanziger Jahre haben die Schwierigkeiten von Stalins Position nicht aufgehoben. Die objektiv zentrale Frage, die des vehement gesteigerten Tempos der Industrialisierung, ließ sich nach aller Wahr-

scheinlichkeit im Rahmen der normalen proletarischen Demokratie schwerlich lösen. Es wäre müßig, heute darüber zu grübeln, ob und wie weit Lenin hier einen Ausweg gefunden hätte. Rückblickend sehen wir einerseits die Schwierigkeiten der objektiven Lage, andererseits, *daß Stalin in immer exzessiverer Weise über das unbedingt Notwendige in ihrer Überwindung hinausging.* (Die richtige Proportion aufzudecken wäre die Aufgabe eben jener Forschung, die Togliatti von der sowjetischen Wissenschaft erwartet hat.) Im engsten Zusammenhang damit steht – ohne freilich damit identisch zu sein – Stalins Position in der Partei. Sicher hat er während und nach der Periode der Diskussionen allmählich jene Pyramide aufgebaut, von welcher ich eingangs sprach. Ein solcher Apparat muß aber nicht nur aufgebaut, sondern ständig in Gang gehalten werden; er muß immer wunschgemäß und verlässlich auf Tagesfragen aller Art reagieren. Es mußte also jenes Prinzip allmählich ausgearbeitet werden, das man heute als das des «Personenkults» zu bezeichnen pflegt. Auch hier müßte die Geschichte von kompetenten sowjetischen Kennern des ganzen Materials (inklusive des bis jetzt *unveröffentlichten*) aufgearbeitet werden. Was auch Außenstehende wahrnehmen konnten, war erstens der systematische Abbau der Parteidiskussionen, zweitens die Zunahme von organisatorischen Maßnahmen gegen die Widerstrebenden, drittens das Hinüberwachsen solcher Maßnahmen in gerichtliche und staatlich-administrative. Die letzte Steigerung wurde natürlich mit stumpfem Schrecken aufgenommen. Bei der zweiten arbeitete noch die Witzfolklore der russischen Intelligenz. «Was ist der Unterschied zwischen Hegel und Stalin», lautete die Frage. Und die Antwort: «Bei Hegel gibt es Thesis, Antithesis und Synthesis, bei Stalin Referat, Coreferat und organisatorische Maßnahmen.» Zur historischen Beurteilung dieser Evolution gab Chruschtschew schon auf dem XX. Kongreß einen nützlichen Wink, indem er die großen Prozesse der dreißiger Jahre als politisch überflüssig charakterisierte, da die Macht jeder Opposition damals bereits völlig gebrochen war.

Ich halte mich keineswegs für kompetent, diese Entwicklung und ihre treibenden Kräfte darzustellen. Auch theoretisch müßte gezeigt werden, wie Stalin, der in den zwanziger Jahren noch klug und geschickt das Leninsche Erbe verteidigte, immer stärker in allen wichtigen Fragen im Gegensatz zu ihm geriet, woran das verbale Festhalten an dem Zusammenhang mit Lenins Lehren nichts ändert. Im Gegenteil. Da Stalin immer energischer durchzusetzen vermochte, daß er als der legitime Erbe Lenins, als sein allein authentischer Ausleger betrachtet, daß er als der vierte Klassiker des Marxismus anerkannt werden sollte, hat sich *das*

verhängnisvolle Vorurteil von der Identität der Stalinschen Theorien mit den Grundprinzipien des Marxismus immer stärker verfestigt.

Ich wiederhole. Ich kann es nicht als meine Aufgabe ansehen, diese Lage und ihre Entstehung wissenschaftlich darzulegen. Ich nehme sie, wie sie in der Wirklichkeit ist, als Tatsache an und versuche im folgenden, ihre theoretischen und kulturellen Folgen sowie die in ihr immanent wirksame Methode an einigen wichtigen, knotenpunktartigen Tatbeständen ins Licht zu rücken. (Dabei will ich im voraus bemerken, daß ich mich wenig darum kümmere, ob und wie weit einzelne Theorien nachweisbar auf Stalin selbst zurückzuführen sind. Bei der von ihm geschaffenen geistigen Zentralisation war es sowieso unmöglich, daß Anschauungen zu dauernd herrschenden wurden, ohne von ihm zumindest zugelassen zu sein; seine Verantwortung für sie ist darum auf alle Fälle evident.)

Ich beginne mit einer scheinbar äußerst abstrakten Methodenfrage: Die Stalinsche Tendenz ist, überall möglichst sämtliche Vermittlungen auszuschalten und die krudesten Faktizitäten mit den allgemeinsten theoretischen Positionen in einen unmittelbaren Zusammenhang zu bringen. Gerade hier wird der Gegensatz zwischen Lenin und Stalin deutlich sichtbar. Lenin hat sehr genau zwischen Theorie, Strategie und Taktik unterschieden und stets alle Vermittlungen, die sie miteinander – oft äußerst widerspruchsvoll – verbinden, sorgfältig studiert und berücksichtigt. Natürlich ist es mir in einem Brief – mag er während des Schreibens noch so sehr anschwellen – unmöglich, diese theoretische Praxis Lenins auch nur anzudeuten. Ich greife aus diesem großen Komplex als Beispiel nur den für Lenin sehr wichtigen Begriff des taktischen Rückzugs heraus. Es ist methodologisch ohne weiteres klar, daß die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines Rückzugs nur aus den jeweiligen konkreten Kräfteverhältnissen und nicht aus den allgemeinsten Prinzipien heraus begriffen werden kann; diese bestimmen – mehr oder weniger vermittelt – die Zielsetzung etc. der jeweiligen Aktion und haben insofern eine große Bedeutung auch für den Rückzug selbst, als sie seine Art, seine Maße etc. so mitbestimmen, daß er nicht zum Hindernis eines neuen Vorstoßes werde. Daß dabei ein weitverzweigtes und kompliziertes System der Vermittlung erkannt werden muß, um den Rückzug elastisch durchzuführen, bedarf keiner weiteren Erklärung. Stalin, der nicht über die durch große Taten und wichtige theoretische Errungenschaften entstandene, bereits «naturhaft» wirkende Autorität Lenins verfügte, suchte den Ausweg in der Richtung, je eine sofort einleuchtende Rechtfertigung *aller* seiner Maßnahmen so zu bewerkstelligen, daß diese als unmittelbar notwendige Folgen der marxistisch-lenin-

nistischen Lehren hingestellt wurden. Dazu mußten alle Vermittlungen ausgeschaltet, Theorie und Praxis in einen unmittelbaren Zusammenhang miteinander gebracht werden. Deshalb verschwinden aus seinem Weltbild so viele Kategorien Lenins; auch der Rückzug erscheint bei ihm als Vormarsch.

Stalins Skrupellosigkeit ging dabei so weit, wenn nötig auch die Theorie solchen Autoritätsforderungen gemäß umzumodeln. Dies zeigte sich am grotesksten in der *chinesischen Frage*, wobei das Groteske daraus erwächst, daß Stalin diesmal im taktischen Sinne völlig recht hatte. (Man soll bei der allerschärfsten Kritik nie vergessen, daß Stalin eine bedeutende politische Figur war.) Trotzki und seine Anhänger vertraten den Standpunkt, daß, da in China die von Marx theoretisch behandelten asiatischen Produktionsverhältnisse vorherrschend waren, eine bürgerlich-demokratische Revolution – in Europa der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus – überflüssig wäre und der unmittelbare Ausbruch einer proletarischen Revolution bevorstehe. Stalin durchschaute richtig die politische Falschheit und Gefährlichkeit dieser Position. Statt sie jedoch durch eine konkrete Analyse der gegenwärtigen Lage Chinas und der daraus folgenden taktischen Aufgaben zu widerlegen, strich er die asiatischen Produktionsverhältnisse einfach aus der Wissenschaft aus, statuierte einen chinesischen (einen allgemein asiatischen) Feudalismus. Die ganze Orientalistik in der Sowjetunion wurde dadurch gezwungen, eine nicht existierende Formation zur «Grundlage» aller Forschungen zu machen.

Dieselbe Methodologie zeigt ein anderer, viel berühmterer Fall. Ich meine *Stalins Pakt mit Hitler* im Jahre 1939. Wieder handelt es sich darum, daß Stalin eine meiner Meinung nach *taktisch* im wesentlichen richtige Entscheidung traf, die jedoch verhängnisvolle Folgen hatte, weil er auch hier, statt den von den konkreten Umständen aufgezwungenen taktischen Rückzug als solchen zu behandeln, aus seinen von der Not diktierten Maßnahmen ohne jede theoretische Vermittlung *prinzipielle* Bewertungen der internationalen Strategie des Proletariats gemacht hat. Ich will hier auf den schwierigen Problemkomplex, welche Vorteile und Nachteile, politischer wie moralischer Art, der Pakt von 1939 gebracht hat, nicht eingehen. Sein unmittelbarer Sinn war, einen eminent drohenden Angriff Hitlers zu vertagen, und zwar einen solchen, den wahrscheinlich Chamberlain und Daladier offen oder versteckt unterstützt hätten. Die weitere taktische Perspektive war die folgende: Wenn Hitler – wie es tatsächlich geschah – den Pakt mit der Sowjetunion als günstige Gelegenheit für eine Offensive nach dem Westen benützte, würde später, in dem Fall eines Krieges zwischen der Sowjetunion und Deutschland,

für die Sowjetunion das schon zur Münchener Zeit angestrebte Bündnis mit den westlichen Demokratien zur höchsten Wahrscheinlichkeit werden; auch hier haben die Ereignisse die taktische Voraussicht Stalins bestätigt.

Verhängnisvoll für die ganze revolutionäre Arbeiterbewegung wurden hingegen Stalins theoretisch-strategische Folgerungen.

Stalin ließ den zwischen Hitler-Deutschland und den Westmächten ausbrechenden Krieg für einen ebensolchen imperialistischen Weltkrieg erklären, wie es der Erste Weltkrieg war. Das heißt: die damals richtigen strategischen Losungen Lenins («Der Feind steht im eigenen Land», «Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg», etc.) *sollten unverändert für Länder gelten, die sich gegen den Hitlerfaschismus verteidigen sollten und wollten*. Man braucht nur den ersten Band des Romanzyklus <Die Kommunisten> von einem so parteitreuen Schriftsteller wie Aragon zu lesen, um die international verheerenden Folgen dieser Stalinschen «Verallgemeinerung» eines taktischen Schrittes zu erkennen.

Die verhängnisvollsten Konsequenzen gehen jedoch über noch so krasse Einzelfälle hinaus. Die große Autorität des Marxismus zur Zeit Lenins beruhte darauf, daß die dialektische Einheit von theoretischer Fundiertheit, Prinzipienfestigkeit und taktischer Elastizität allgemein empfunden wurde. Die neue «Methodologie» Stalins führte dazu, daß weite und keineswegs immer dem Marxismus *a limine* feindlich gesinnte Kreise in den theoretischen Verkündigungen Stalins nunmehr nichts weiter sahen als oft sophistische, in vielen Fällen pseudotheoretische «Begründungen» für rein taktische Maßnahmen von oft rasch vorübergehender Geltung. Stalin kam damit den theoretischen Wünschen vieler bürgerlicher Denker, wonach der Marxismus ebenso bloß eine politische «Ideologie» sei wie jede andere, weit entgegen. Wenn heute tiefe und richtige Parolen Chruschtschews, wie Vermeidbarkeit des imperialistischen Krieges, Koexistenz etc., vielfach ähnliche Auslegungen erfahren, so wirkt sich hier die *Stalinsche Erbschaft* aus. Eine prinzipiell-radikale Abrechnung mit ihrer Methodologie, *und nicht bloß mit den als vereinzelt aufgefaßten Fehlern*, ist also auch im dringlichsten praktischen Sinne eine Forderung des Tages.

Die hier aufgezählten Fälle sind natürlich solche extremen Charakters. Ihre Prinzipien wurden jedoch in der täglichen Praxis allgemein wirksam. Man darf dabei, neben den bis jetzt erwähnten Gründen, nicht außer acht lassen, daß ein beträchtlicher Teil der alten Partei-Intelligenz in *Opposition zu Stalin* stand (woraus natürlich nicht folgt, daß solche Oppositionen methodologisch und sachlich richtige Standpunkte verträ-

ten). Stalin brauchte die genaue Durchführung seiner Entschlüsse durch den Apparat, womöglich auch die Zustimmung der breitesten Massen; auch deshalb vereinfachte er radikal seine theoretischen Enunziationen. Die Ausschaltung der Vermittlung, die unmittelbare Verbindung der allgemeinsten Prinzipien mit den konkreten Anforderungen der Tagespraxis, erschien dazu als sehr geeignetes Mittel. Auch hier wurde nicht die Theorie in Anwendung auf die Praxis konkretisiert, sondern, umgekehrt, die Prinzipien nach den – oft bloß vermeintlichen – Bedürfnissen der Praxis bis zur Vulgarisation vereinfacht.

Auch hier greife ich aus der Fülle der Tatsachen nur ein charakteristisches Beispiel heraus. In seiner letzten ökonomischen Arbeit³ «entdeckte» Stalin, daß – was Marx, Engels und Lenin «entgangen» war – jede ökonomische Formation ein «Grundgesetz» habe, das sich in einem kurzen Satz zusammendrängen läßt. Es ist so einfach, daß es auch der bornierteste und ungebildetste Funktionär sofort versteht; ja mehr als das: Er ist mit seiner Hilfe instand gesetzt, jede wissenschaftlich-ökonomische Arbeit, von der er sachlich nichts versteht, auf ihre «rechten» oder «linken» Abweichungen hin sofort abzuurteilen.

Marx, Engels und Lenin wußten, daß die ökonomischen Formationen komplizierte bewegte Systeme bilden, deren Wesen sich nur durch ein genaues Aufdecken aller wichtigen Bestimmungen, deren Wechselbeziehungen, Proportionen etc. umschreiben läßt. Stalins «Grundgesetze» besagen Trivialitäten, erklären gar nichts, sie erfüllen aber bestimmte Kreise mit der Illusion, alles besser zu wissen. In dieselbe Richtung der Vulgarisation durch das Ausschalten der Vermittlungen gehört die Feststellung Stalins in seinem Aufsatz über Sprachwissenschaft⁴, wonach mit dem Verschwinden einer ökonomischen Formation auch ihre Ideologie verschwinden muß, etc. etc.

Die verschiedenen Momente der Stalinschen Methode bilden eine systematische Einheit und gehen innerhalb dieser ineinander über. Der Subjektivismus in der Person Stalins ist Ihnen sicher schon bisher aufgefallen. Er bildet tatsächlich ein fundamentales Moment in diesem System. Er erhält seine reine Gestalt in der Stalinschen Auffassung der *Parteilichkeit*. Auch hier handelt es sich um einen wichtigen Bestandteil der theoretischen Konzeption Lenins. Bereits in seinen Jugendwerken beschäftigt er sich mit diesem Problem und arbeitet dessen subjektive wie objektive Momente heraus. Das subjektive Moment ist klar und einfach: die entschiedene Stellungnahme im Klassenkampf. Wenn jedoch Lenin den Objektivismus der bürgerlichen Gelehrten kritisiert, so weist er auf eine gewisse Art des Determinismus hin, der sehr leicht in eine Apologetik der als notwendig aufgefaßten Tatsachen umschlagen kann.

Indem die materialistische Parteilichkeit die Ereignisse tiefer und konkreter, von ihren wirklichen bewegenden Kräften ausgehend untersucht, ist sie *konsequenter objektiv* als der «Objektivist», bringt die Objektivität tiefer und vollständiger zur Geltung. Bei Stalin fällt dieses zweite Moment ganz weg; es entsteht ein *Verwerfen in Bausch und Bogen eines jeden Dranges nach Objektivität*; dieser wird mit dem Stempel des «Objektivismus» versehen und dann verächtlich gemacht. (Da Stalin ein kluger Mensch war, erschrak er zuweilen vor den Folgen des von ihm entfesselten Subjektivismus, so z. B. in der Ökonomie. Aber dauernd konnte und wollte er ihn nicht eliminieren; dazu war diese Einstellung viel zu tief in der von ihm eingeführten Methode verankert.)

Da Stalin die zitatmäßige Kontinuität mit dem Werk Lenins um jeden Preis aufrechterhalten wollte, entstanden dabei nicht nur Vergewaltigungen der Tatsachen, sondern auch der *Leninschen Texte*. Das auffallendste Beispiel ist jener Artikel Lenins aus dem Jahre 1905, mit welchem er, unter den neuen Bedingungen der Legalität, Ordnung in der Parteipresse und im Parteiverlag schaffen wollte. Allmählich wurde aber unter Stalin dieser Artikel zur Bibel der «Parteilichkeit» auf dem ganzen Gebiete der Kultur, vor allem auf dem der *Literatur*, mit der Absicht, *den Schriftsteller in eine bloße Schraube der großen Maschinerie zu verwandeln*. Und obwohl Lenins Frau und nächste Mitarbeiterin, N. Krupskaja, brieflich darauf hingewiesen hat, daß dieser Artikel Lenins sich überhaupt nicht auf schöne Literatur bezieht, sind noch heute Tendenzen vorhanden, die Bibel Bibel bleiben zu lassen.⁵

Ähnlich erging es Hegel zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, als, aus agitatorischen Bedürfnissen des Kampfes gegen Hitler-Deutschland, er zum Ideologen des reaktionären Widerstandes gegen die Französische Revolution verfälscht wurde. Es mag – ganz abgesehen von dem Widerspruch dieser Auffassung zu den Anschauungen von Marx, Engels und Lenin – als komischer Kontrast erwähnt werden, daß zur selben Zeit, aus ähnlichen agitatorischen Bedürfnissen, aus dem zaristischen General Suworow ein Revolutionär gemacht wurde. Daß Suworow Feldzüge gegen die Französische Revolution leitete, während Hegel bis an sein Lebensende begeistert für sie eintrat, hat die Stalinsche «Parteiherrlichkeit» nicht gestört; die Anerkennung der Tatsachen wäre ja «Objektivismus» gewesen.

Den Gipfelpunkt dieser Tendenz bildet die in vielen Millionen Exemplaren verbreitete *Parteigeschichte*⁶. Hier ist einfach die «Parteilichkeit» des obersten Funktionärs jener Demiurg, der Tatsachen schafft oder verschwinden läßt, der Menschen und Taten nach Bedürfnis zum Sein und zur Geltung erhebt oder annulliert. Es ist eine Geschichte vom Kampf

der Richtungen, welche aber von keinen Menschen vertreten oder getragen sind, von anonymen Oppositionen etc., eine Geschichte, in welcher, natürlich außer Lenin, bloß Stalin Existenz besitzt. (In der ersten Ausgabe fand sich freilich eine Ausnahme; Jeshow⁷, «unser Marat», der erste Vorbereiter der großen Prozesse, kam gleichfalls vor; nach seinem Sturz wurde auch sein Name ausgelöscht.)

In alledem wird ein weiterer methodologischer Gedanke sichtbar. Für die Klassiker des Marxismus galt es als selbstverständlich, daß die Wissenschaft das Material und die Gesichtspunkte liefert, auf Grund welcher die politischen Entscheidungen gefällt werden. Propaganda und Agitation erhalten ihren Stoff aus der Wissenschaft, aus der wissenschaftlich durchgearbeiteten Praxis. Stalin kehrt dieses Verhältnis um. Für ihn ist, aus Gründen der «Parteilichkeit», die Agitation das Primäre. Ihre Bedürfnisse bestimmen, wie ich dies schon früher an einigen Beispielen zeigte, was die Wissenschaft zu sagen habe und wie sie es sagen soll. Auch hier möge ein Beispiel dies beleuchten. Stalin stellt im berühmten gewordenen IV. Kapitel der Parteigeschichte das Wesen des dialektischen und des historischen Materialismus dar. Da es sich um ein populäres Buch für Massenleser handelt, würde es Stalin niemand übelnehmen, daß er die sehr weit verzweigten und komplizierten Auseinandersetzungen der Klassiker über dieses Thema auf einige, schematisch-lehrbuchhaft nebeneinandergereihte Definitionen reduziert. Jedoch das Schicksal der philosophischen Wissenschaften nach dem Erscheinen dieses Werks zeigt, daß es sich um eine bewußte Methodologie und Kulturpolitik handelt, und zwar in dem Sinn, den ich soeben aufgezeigt habe. *Die Stalinschen agitatorischen Vereinfachungen (oft Vulgarisationen) wurden nämlich sofort zur alleinigen gebieterischen Richtschnur und zur unübersteigbaren Schranke der philosophischen Forschung.* Wer es wagte, z. B. auf Lenins philosophische Aufzeichnungen gestützt, über die Bestimmungen des IV. Kapitels hinauszugehen oder sie einfach nur zu ergänzen, verfiel der ideologischen Verdammung, konnte seine Untersuchungen nicht veröffentlichen. Nicht umsonst stellte Iljitschow auf dem XXII. Kongreß fest, daß Philosophie, Ökonomie und Historik in den letzten Jahrzehnten stagniert haben.⁸

Diese Formen der Unterordnung beschränkten sich nicht auf das IV. Kapitel und nicht nur auf die Philosophie. Die ganze Wissenschaft und die ganze Literatur sollten ausschließlich den von oben, von Stalin, formulierten Agitationsbedürfnissen dienen. Selbständiges Erfassen und Bearbeiten der Wirklichkeit durch die Literatur war zunehmend verpönt. Die «parteiliche» Literatur soll ja nicht die objektive Wirklichkeit schöpferisch widerspiegeln, sondern die Parteibeschlüsse in litera-

rischer Form illustrieren. Es gereicht der Kritikerin Jelena Ussijewitsch⁹ zu hoher Ehre, daß sie gegen diesen Zwang zur illustrierenden Literatur schon in den dreißiger Jahren auftrat. In seiner Rede auf dem XXII. Kongreß hat der Dichter Twardowski diesen auch heute notwendigen Kampf weiter fortgesetzt.¹⁰ Es handelt sich dabei um eine Lebensfrage der Literatur. *Sie kann nur dann zu einer echten Gestaltung kommen, wenn sie von wirklichen Problemen wirklicher Menschen ausgeht* und die innere Dialektik der daraus entstehenden Entwicklung walten läßt. Das Gebot zur Illustration macht eine abstrakte, eine allgemeine Wahrheit (wenn sie eine Wahrheit ist?) zur Grundlage des Werks, die Menschen und ihre Schicksale müssen um jeden Preis dieser These angepaßt werden.

All dies war natürlich kein Selbstzweck, sondern entsprang aus Stalins Position, aus seinem Bedürfnis des unbestrittenen *Führertums*. Wie früher muß ich auch jetzt sagen: Nur eingehende Untersuchungen kompetenter Kenner des Stoffes werden darüber ein Urteil fällen, welche Rolle den objektiven Schwierigkeiten und welche Rolle den inadäquaten Reaktionen Stalins auf sie zufällt. Objektiv gibt es in den dreißiger Jahren zweifellos eine Verschärfung der Lage: im Inneren infolge der forcierten Industrialisierung und infolge der Kollektivierung der Landwirtschaft, außenpolitisch infolge der Machtergreifung Hitlers und des drohenden Angriffs auf die Sowjetunion durch das faschistische Deutschland. Ob sich der Klassenkampf im Lande selbst, bei allen ökonomischen Schwierigkeiten, wirklich entscheidend verschärft hat, darüber können nur Forschungen von Kennern des Stoffes ein kompetentes Urteil fällen. Stalin hat jedenfalls rasch die Parole der agitatorisch-vereinfachten Verallgemeinerung gefunden: die unablässige Verschärfung des Klassenkampfes sei in der Diktatur des Proletariats notwendig – fast hätte ich gesagt, ist ihr «Grundgesetz».

Diese These, die bereits der XX. Kongreß als falsch entlarvt hat, bringt die verhängnisvollsten Folgen der Methode Stalins ans Tageslicht. Sie will *eine Atmosphäre des immerwährenden gegenseitigen Mißtrauens*, einer gegen alle gerichteten Wachsamkeit hervorufen, die Stimmung eines Belagerungszustandes in Permanenz. Ich kann hier die nebensächlichen Konsequenzen nur kurz und fragmentarisch berühren, z. B. eine ins Maßlose gesteigerte Frucht vor Feinden, vor Spionen und Diversanten, woraus ein überspanntes System des Geheimhaltens von allem entstand, was mit staatlichen Angelegenheiten irgend etwas zu tun hatte. So wurde z. B. aus der Statistik eine «streng geheime» Wissenschaft, deren Ergebnisse nur den völlig Zuverlässigen zugänglich gemacht werden durften; die wissenschaftlich arbeitenden Ökonomen gehörten nur aus-

nahmsweise – und nie aus wissenschaftlichen Gesichtspunkten – zu diesem engen Kreis der Auserwählten.

Damit tritt ein neuer, ergänzender Zug dem Bilde der Stalinschen Methode hinzu: Alles, was in einer akut revolutionären Situation, in der es tatsächlich um Sein oder Nichtsein einer Gesellschaft geht, objektiv unvermeidlich ist, wurde von Stalin willkürlich zum Fundament des sowjetischen Alltags gemacht. Ich will hier nicht über die großen Prozesse sprechen. Dieses Thema wurde bisher am eingehendsten behandelt, und in seiner Rede auf dem XXII. Kongreß hat Scheljepin sehr richtig die Konsequenzen für das sowjetische Rechtswesen und für die sozialistische Rechtswissenschaft analysiert.¹¹ Ich möchte nur kurz auf bestimmte kulturelle Folgen dieser Lage aufmerksam machen. Schon das Eliminieren der Vermittlungen enthält in sich die Tendenz, alle Phänomene des Lebens als völlig monolithische zu behandeln. Durch die Permanenz des akut Revolutionären erhält sie eine weitere Steigerung. *Jeder Mensch wird in der Totalität seiner Existenz, in allen Bestimmungen seiner Persönlichkeit und seines Lebenswerks jener Rolle restlos subsumiert, die er – wirklich oder angeblich – in einem so aufgefaßten Leben momentan spielt.*

Um aus der «Logik» der Prozesse ein Beispiel zu nehmen: Weil Bucharin 1928 gegen den Stalinschen Plan der Kollektivierung auftrat, darum ist es sicher, daß er 1918 sich an einer Verschwörung gegen Lenins Leben beteiligte. Das ist die Methode Wyschinskis in den großen Prozessen. Diese Methode entwickelt sich jedoch auch zu der der Beurteilung von Geschichte, von Wissenschaft und Kunst. Auch hier ist es lehrreich, die Methode Lenins der Methode Stalins gegenüberzustellen. Lenin hat z. B. die Politik Plechanows 1905 und 1917 hart und scharf kritisiert. Zugleich aber – und dieses Zugleich bedeutet für Lenin keinen Widerspruch – besteht er darauf, daß das theoretische Lebenswerk Plechanows für die Ausbreitung und Vertiefung der marxistischen Kultur im Sozialismus ständig benützt werde, obwohl er auch auf rein theoretischem Gebiet manchen gewichtigen Einwand gegen Plechanow erhebt.

Ich habe den Stoff keineswegs erschöpft. Aber bereits diese flüchtigen und fragmentarischen Bemerkungen können Ihnen zeigen, daß es sich bei Stalin *keineswegs* – wie manche lange Zeit glauben machen wollten – *um einzelne, gelegentliche Fehler handelt*, sondern um ein sich allmählich ausbildendes *falsches System* von Anschauungen, um ein System, unter dessen schädlichen Wirkungen man desto empfindlicher leidet, je weniger das gegenwärtige gesellschaftliche Sein jenem gleichzusetzen ist, als dessen verzerrende und verzernte Spiegelung das Stalinsche System erscheint. Auch hier sind die entscheidenden Tatsachen all-

gemein bekannt. Ich zähle sie also nur ganz kurz auf: Den Sozialismus in einem Lande haben die Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg in eine historische Reminiszenz verwandelt, ebenso wie die ökonomische und kulturelle Zurückgebliebenheit der Sowjetunion; auch die Möglichkeit ihrer Einkreisung durch den Kapitalismus gehört der Vergangenheit an. Zu diesen Tatsachen tritt die erfolgreiche Befreiung der Kolonialvölker, die Umwälzung der Kriegführung durch Raketen, nukleare Bomben. Aus all diesen Gründen hat die Unvermeidlichkeit der imperialistischen Kriege ebenfalls aufgehört, eine Notwendigkeit zu sein. Es ist das große Verdienst des XX. und XXII. Kongresses, diese neue Lage erkannt und aus ihr die wichtigsten theoretischen und praktischen Folgerungen gezogen zu haben. Natürlich scheiden sich die Geister vor allem nach ihrer Stellungnahme zu Krieg oder Frieden. Um diese Frage spitzen sich auch die ideologischen Fragen am schärfsten zu. Ohne hier das politisch Wesentliche auch nur streifen zu können, muß ich hervorheben, daß auf kulturellem Gebiet die Betonung der Kriegsgefahr, das Unterschätzen des Gewichts jener Kräfte, die für die friedliche Koexistenz tätig sind, Folgen hat, *die in den meisten Fällen mehr nach innen als nach außen gerichtet sind; das heißt, sie bezwecken weit unmittelbarer die Remanenz oder die Entstehung einer Kriegs Atmosphäre als die wirkliche Vorbereitung oder Entfaltung eines wirklichen Krieges.* Hier ist das Weiterleben Stalinscher Tendenzen in den Kreisen des offenen oder maskierten Sektierertums deutlich sichtbar. Wenige werden heute die allgemeine These Stalins von der zwangsläufigen Verschärfung der Klassenkämpfe mit denselben Worten aufrechterhalten. Es genügt ja zur Konservierung des Stalinschen *status quo* im Inneren, für den jeweils gegenwärtigen Augenblick eine solche Verschärfung festzustellen, um damit in der akuten Spannung die zentralistische Kontrolle aller kulturellen Äußerungen ebenfalls zu konservieren; der «Augenblick» kann natürlich nach Belieben prolongiert werden.

Hier ist die Grundlage für das *de facto* bestehende Bündnis der extremen Richtungen in Kapitalismus und Sozialismus. Beide erstreben, letzten Endes, die unveränderte Aufbewahrung der Stalinschen Methoden: die bürgerlichen Ideologen, weil ein auf Stalin reduzierter Marxismus viel weniger Anziehungskraft besitzt als der echte; die angeblich sozialistischen Ideologen, weil das Regieren mit Stalinschen Methoden weitaus bequemer ist als mit denen von Marx und Lenin. Darum gehören heute – unmittelbar betrachtet und paradoxerweise – Enver Hodsha¹² und Salvador de Madariaga¹³ zusammen. Beide sind im Grunde genommen Kämpfer für die Integrität des Stalinschen Systems.

Auf der anderen Seite bedeutet die Koexistenz notwendig eine Stei-

gerung auch der *kulturellen Wechselbeziehungen* zwischen Kapitalismus und Sozialismus, somit die Forderung an die sozialistische Kultur, aus der lebendigen Konkurrenz mit der kapitalistischen siegreich hervorzugehen. Das Sektierertum tut alles, nicht nur um die Bedingungen eines erfolgreichen Wettbewerbs zu schwächen, sondern auch, um die wahre Lage zu verschleiern. Diese ist nämlich weitaus ungünstiger als in den zwanziger Jahren, als die Stalinschen Methoden noch nicht ausgebildet und systematisch auf alle kulturellen Erzeugnisse angewendet waren. Der westdeutsche Kritiker Walter Jens schildert die deutsche Literatur dieser Zeit so: «Am Ende wird niemand zweifeln, daß nicht zuletzt der Blick auf die Sowjetunion die Kunst der zwanziger Jahre geprägt hat.» Und über die Wirkung der siegreichen Stalinschen Methode spricht er sich so aus: «Die Intelligenz wurde nun für immer heimatlos.»¹⁴

Es ist die große Aufgabe der sozialistischen Kultur, der Intelligenz und über sie hinaus den Massen eine geistige Heimat zu zeigen. In der politisch wie wirtschaftlich so schweren Zeit der zwanziger Jahre ist das weitgehend gelungen. Daß diese Tendenzen später auf dem internationalen Kraftfeld der Kultur sehr abgeschwächt wurden, ist eine Folge der Stalinschen Periode. Aber diese Kräfte können wieder erwachen, wenn die ungünstigen Bedingungen und ihre Entfaltung abgebaut werden. Ein Film wie Tschuchrajs <Ballade vom Soldaten> zeigt deutlich, daß das Stalinsche Regime die produktiven Energien nur unterdrücken, nicht aber ersticken konnte.

Freilich will ich mit dieser Feststellung die Schwierigkeiten der Übergangszeit nicht unterschätzen. *Da die Kulturapparate der sozialistischen Länder heute noch weitgehend von den dogmatischen Anhängern Stalins, die sich bestenfalls äußerlich dem Neuen anpassen, besetzt sind; da bedeutende Teile des Kadernachwuchses im Stalinschen Geist erzogen und geformt wurden; da dieses System ein Paradies für Unbegabte und sich mühelos Anpassende ist; da viele, sogar unter den Begabten, dem langen Druck nicht standhalten konnten, ohne Schäden an Fähigkeit und Charakter zu erleiden, etc.:* deshalb wird der Übergang zu einem Wissenschaft und Kunst wirklich fördernden Kulturzustand voraussichtlich widerspruchsvoll, schwer, an Rückfällen reich sein.

Der XXII. Kongreß hat unter anderem wichtige Bestandsaufnahmen über den gegenwärtigen Zustand gebracht. Ich habe einige solcher Stimmen bereits angeführt. Das aktuell Bedeutsamste ist jedoch nicht, was unmittelbar auf kulturellem Gebiet geschieht, sondern jene ökonomischen und politischen Maßnahmen, die eine *allgemeine Demokratisierung kommunistischen Sinnes* ins gesellschaftliche Sein einführen. Hier herrscht eine weitaus unmittelbar drängendere *Norwendigkeit der Refor-*

men vor als auf dem Feld der Kultur. Bei allen ihren Fehlern war die Stalinsche Industrialisierung imstande, die technischen Möglichkeiten für den erfolgreichen Krieg gegen Hitler-Deutschland herbeizuschaffen. Die neue Weltlage stellt jedoch die Sowjetunion auf ökonomischem Gebiete vor ganz neue Aufgaben: Sie muß eine Wirtschaft schaffen, die auf der ganzen Oberfläche des Lebens den entwickeltesten Kapitalismus, den der Vereinigten Staaten, übertrifft, die das Lebensniveau der sowjetischen Bevölkerung auf ein höheres als das dort erreichte erhebt, zugleich aber imstande ist, sowohl den anderen sozialistischen Staaten wie den sich befreienden, ökonomisch zurückgebliebenen Völkern eine allseitige, systematische und permanente wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Dazu sind neue, weniger bürokratisch zentralisierte, *demokratischere Methoden* notwendig als die, die sich bis jetzt ausbilden konnten. Der XXII. Kongreß hat hier ein großzügiges und vielseitiges Reformwerk eingeleitet. Ich verweise nur auf seinen höchst interessanten und wichtigen Beschluß, daß bei den Wahlen der Parteiinstanzen 25 Prozent der alten Führung nicht wiedergewählt werden dürfen. Nur die *systematische demokratische Erneuerung des ganzen Lebens* kann die gesunde Grundlage für die kulturelle Renaissance im Sozialismus abgeben.

Der Widerstand gegen eine prinzipiell-radikale Kritik der Stalinschen Periode ist auch heute noch sehr stark. In ihm vereinigen sich die mannigfaltigsten Motive. Gutgläubige und Wohlwollende befürchten zum Beispiel einen Prestigeverlust des Kommunismus bei schonunglosem Aufdecken der Fehlerhaftigkeit des Stalinschen Systems. Sie übersehen, daß gerade darin die unwiderstehliche Macht des Kommunismus zur Geltung kommt: Welthistorisch fällige Bewegungen können durch noch so ungünstige Maßnahmen nicht dauernd aufgehalten werden. Ihre Entfaltung, ihr Wirkungsradius können eingengt werden, nicht aber ihre Entwicklung und Festigung zu guter Letzt. Dazu ist noch zu bemerken: Kein unbefangenes Denken wird das Positive an der Wirksamkeit Stalins übersehen; ich selbst habe hier auf seinen verdienten Sieg in den Diskussionen der zwanziger Jahre hingewiesen, und man könnte sicher noch manches andere erwähnen. Aber die «Forderung des Tages» ist die Befreiung des Sozialismus von den Fesseln der Stalinschen Methoden. Ist Stalin einmal zur Geschichte, zur Vergangenheit geworden, ist er nicht mehr das aktuelle Haupthemmnis einer Zukunftsentwicklung, so wird man ihn ohne große Schwierigkeiten historisch richtig einschätzen können. Ich selbst habe verschiedentlich eine geschichtlich gerechte Beurteilung angeregt; diese darf aber die heute so wichtige Reformarbeit nicht bremsen.

Es handelt sich um die Entfesselung jener Kräfte, die in der richtigen

Methode von Marx, Engels und Lenin enthalten sind. Chruschtschew hat in seiner Bukarester Rede den Gegensatz von echt Leninscher Methode und dogmatisch-anlaßgebundenen Aussagen im Geiste Stalin mit dem treffenden Bild deutlich gemacht, daß Lenin heute jene Leute bei den Ohren nehmen würde, die mit Zitaten aus seinen Schriften und Reden die gegenwärtige Unvermeidlichkeit der Kriege verkünden würden. Aber das Zurückgreifen auf die unverfälschte Methode der Klassiker des Marxismus ist vor allem ein Griff in die Gegenwart, in die Zukunft. Die letzte originelle marxistische ökonomische Untersuchung, Lenins <Imperialismus>, ist 1916 erschienen; die letzte originelle marxistische Untersuchung auf philosophischem Gebiet, Lenins Hegel-Analyse, ist in den Jahren 1914/15 entstanden und wurde in den dreißiger Jahren veröffentlicht. *Aber die Welt ist nicht stehengeblieben, weil unsere Theorie erstarrt ist.* Der Rückgriff auf die Methode der Klassiker des Marxismus ist eben dazu da, die Gegenwart, so wie sie wirklich ist, marxistisch zu erfassen, um aus der richtig erkannten Wirklichkeit und nicht aus einer schematischen Zitatologie die Richtschnur für Verhalten und Handeln, für Schaffen und Forschen zu gewinnen.

Natürlich ist dieser Prozeß – auch abgesehen von den Hemmungen durch die Instanzen – kein einfacher. Es gehört zum Wesen der wissenschaftlichen Forschung (und der künstlerischen Gestaltung), daß sie in den meisten Fällen erst durch vielfache Irrungen sich zur maximalen Annäherung an die Wirklichkeit heranarbeiten kann. Da in der Stalinischen Periode die Zentralinstanz unfehlbar sein mußte, mußten die von den kleinen Stalins bewerkstelligten Anwendungen ebenfalls «vollkommen» sein. Daß diese «Vollkommenheit» und «Endgültigkeit» eine äußerst ephemere war, daß sie nicht selten nach kurzer Zeit als Abweichung verworfen wurde, ist ebenfalls eine Signatur dieser Zeit. Auch hier gibt es über die Stimmung der russischen Intelligenz am Anfang der dreißiger Jahre ein Dokument der Witzfolklore. Damals erschien jedes Jahr ein Band der Literatur-Enzyklopädie, natürlich stets streng im Sinne der «Vollkommenheit» redigiert. Jedoch bis die Drucklegung vollendet war, wurden aus den dogmatisch fixierten Wahrheiten fast ausschließlich ebenso dogmatisch festgestellte Fehler. Der Volksmund nannte deshalb dieses Werk nur «Enzyklopädie der Abweichungen». Ein Verzicht auf die bürokratisch dekretierte «Endgültigkeit», ein öffentliches Austragen der realen Differenzen in Wissenschaft und Kunst würde innerlich einen ungeahnten Aufschwung für den Marxismus bedeuten und nach außen – sehr gegen die Auffassung der Stalinischen Kulturbürokratie – die Autorität der wirklich fähigen marxistischen Gelehrten und Künstler nur heben.

Im Jahre 1798, bei einer Diskussion über Verfassungsänderungen in Württemberg, schrieb der junge Hegel¹⁵: «Wenn eine Veränderung geschehen soll, so muß etwas verändert werden.» Das trifft auf die gegenwärtige Situation genau zu; so kann man die wirklichen Lager voneinander unterscheiden. Denn seit dem XXII. Kongreß ist es bereits unmöglich geworden, der Kritik der Stalinschen Zeit ganz aus dem Wege zu gehen. Sie ist allgemein geworden. Aber die einen sagen: Das und das ist unrichtig gewesen, Wissenschaft und Kunst befinden sich aber bereits in neuem Aufschwung. Die anderen sagen: Wir haben mit der Kritik der Vergangenheit begonnen, jetzt gilt es, auf Grund dieser fortlaufenden Kritik die ideellen und organisatorischen Grundlagen für einen künftigen Aufschwung erst zu schaffen. Es ist klar: Die einen wollen so verändern, daß alles beim Alten bleibe, bloß soll das Alte eine neue Aufschrift erhalten. Natürlich ist im zweiten Fall nicht gemeint, daß ein Reformwerk vollendet werden müsse, dessen Resultate erst *nachher*, nach seiner Vollendung, sichtbar werden können. Nein. Eine ehrliche Reformbewegung kann schon inmitten des Kampfes um die Grundlagen neue Ergebnisse in Wissenschaft und Kunst zeitigen. Es handelt sich aber um einen langwierigen, widerspruchsvollen Prozeß.

Lieber Herr Carocci, ich fühle, mein Brief ist unerträglich lang geworden, obwohl ich nur einen kleinen Teil von dem aussprach, was Ihre Fragen in mir angeregt haben. Entschuldigen Sie also sowohl die Länge wie das Fragmentarische.

Mit herzlichen Grüßen

Georg Lukács

1 Henrik Ibsen, Gespenster. In: Ders., Sämtliche Werke. Volksausgabe in fünf Bänden, hrsg. von J. Elias und P. Schlenther, Bd. IV, Berlin 1907, S. 139.

2 Vgl. Lukács' Rezension von Bucharins 'Theorie des historischen Materialismus', in Georg Lukács, Werke Bd. 2, Neuwied/Berlin 1968, S. 598 ff = Werkauswahl Bd. 2, S. 188 ff.

3 J. Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Dt. (Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus), 1. Aufl., Berlin 1952.

4 J. Stalin, Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft. In: Ders., Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft. Dt. (Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus), 1. Aufl., Berlin 1951. Stalins Aufsatz war im Jahre 1950 erstmals in der 'Prawda' erschienen.

5 Siehe W. I. Lenin, Parteiorganisation und Parteiliteratur. In: Lenin-Werke, Bd. X, S. 29 ff. Über Krupskajas Stellungnahme vgl. neuerdings Ernst Fischer,

Kunst und Koexistenz. Beitrag zu einer modernen marxistischen Ästhetik. (Rowohlt Paperback, 53) Hamburg 1966, S. 193 f.

6 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, 1938, dt. Berlin 1946.

7 N. J. Jeshow, Stellvertretender Volkskommissar für Landwirtschaft in der Zeit der forcierten Kollektivierung in der UdSSR (1929–1930), seit dem XVI. Parteitag der KPdSU Leiter der Verteilungs- und Organisationsabteilung des Zentralkomitees, im Jahre 1937 Generalkommissar für Staatssicherheit, dann zusätzlich Volkskommissar für Inneres und Volkskommissar für Binnenschifffahrt, wurde im Dezember 1938 als Volkskommissar für Inneres und Generalkommissar für Staatssicherheit sowie kurze Zeit darauf als Volkskommissar für Binnenschifffahrt abgesetzt. Er ist verantwortlich für die Säuberungen in den Jahren 1930 bis 1934 und 1936/37.

8 Vgl. «Prawda» vom 26. Oktober 1961.

9 Jelena Ussijewitsch spielte als Mitherausgeber der Zeitschrift «Literaturny Kritik» eine bedeutende Rolle im Rahmen der literaturwissenschaftlichen Auseinandersetzungen der dreißiger Jahre in der Sowjetunion.

10 Vgl. «Prawda» vom 26. Oktober 1961.

11 Vgl. «Prawda» vom 27. Oktober 1961.

12 Enver Hodhja ist der 1. Sekretär der KP Albanien.

13 Salvador de Madariaga, geboren 1886, spanischer Schriftsteller und Diplomat, Gegner Francos, ist an einflussreicher Stelle in der europäischen Bewegung tätig.

14 Vgl. etwa Walter Jens, Literatur und Politik. (opuscula, 8) Pfullingen 1963, S. 14 f.

15 G. W. F. Hegel, Über die neuesten inneren Verhältnisse Württembergs, besonders über die Magistratsverfassung. In: Ders., Schriften zur Politik und Rechtsphilosophie, hrsg. von G. Lasson (Philosophische Bibliothek, 144), 2., durchgesehene Aufl., Leipzig 1923, S. 152.

Werner Hofmann

WAS IST STALINISMUS?

Mit der Auffassung vom »Stalinismus« verhält es sich heute wie mit der von vielen anderen gesellschaftlichen Erscheinungen unserer Epoche: Während die Vokabel in aller Munde ist und sich – in unserem Falle – mit vagen Vorstellungen von Willkür, Gewalt, »Dogmatismus«, Reglementierung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens und anderen Unerfreulichkeiten in der Ordnung kommunistisch geregelter Länder verbindet, ist eine *wissenschaftliche* Erforschung des gemeinten Sachverhaltes über dürftige Ansätze nicht hinausgelangt. So bleiben die Vorstellungen vom »Stalinismus« rein assoziativ, Sache des Gemüts, der Emotion oder – mit *Hegel* zu sprechen – ein »gestaltloses Sausen des Glockengeläutes oder eine warme Nebelerfüllung, ein musikalisches Denken, das nicht zum Begriff, der die einzige immanente gegenständliche Weise wäre, kommt.«¹ – Die Gründe für den immer noch vorwissenschaftlichen Stand der Stalinismus-Konzeption sind vor allem zwei: Die kommunistisch regierten Länder selbst sind daran, sich *praktisch* vom Stalinismus zu lösen, ohne daß hierbei doch die umfassende Natur, der allgemeine Charakter jener gesellschaftlichen Machtbeziehungen einbekannt würde, die vom »Stalinismus« als einer besonderen *Gesellschaftsverfassung* innerhalb der allgemeinen *sozialistischen Grundordnung* zu sprechen erlaubt. Innerhalb der Hemisphäre aber, die sich nicht nur durch eine »stalinistische« Form, sondern vielmehr durch den Grundcharakter der Gesellschaft dieser Länder selbst herausgefordert sieht, sind die Hüter unserer eigenen geistigen Unschuld so unbefleckt von näherer Kenntnis jenes theoretischen klassischen Marxismus des 19. und 20. Jahrhunderts, von dessen Vorstellungen über den Gang der Gesellschaft, von dessen sozialer Programmatik und gesellschaftlichen Wertbegriffen natürlich auszugehen wäre, daß ihnen »Stalinismus« für »Sozialismus« überhaupt einsteht.

Der fortschreitende *praktische* Bruch mit dem Stalinismus in den (meisten) Ländern des sowjetischen Typs eröffnet jedoch der Gesellschaftswissenschaft in *aller* Welt heute das tiefere Verständnis einer Epoche, die sichtbar an ihren Abschluß gelangt ist, und der Prozesse, die jene Epoche eingeleitet und schließlich zu einem Ende gebracht

haben. Die umfassende Natur dieser Vorgänge übersteigt freilich die Kapazität eines Einzeldenkers; sie erfordert die ernsthafte und kritische Kooperation der Geister. Auch der hier vorgelegte Versuch einer (vielfach nur in thesenhafter Zuspitzung vorgetragenen) Grundlegung bedarf sehr der Ergänzung, Fortführung, Verfeinerung, vielleicht der Berichtigung.

A. DER ALLGEMEINE CHARAKTER DES STALINISMUS

Unter Stalinismus soll zunächst verstanden werden eine *exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus*.

Diese allgemeine Kennzeichnung bedarf in mehrfacher Hinsicht einer näheren Bestimmung:

1. Der hier grundlegende Begriff der *Macht* ist, wie schon Max Weber zum Ausdruck gebracht hat, »amorph«. Er umfaßt alle Arten der Ausübung *gesellschaftlicher Überlegenheit*, von der Hoheitsmacht des Staates, dem Machtverhältnis im Wirtschafts- und Arbeitsleben bis zur »Macht« etwa des Vaters in der Familie, des Redners über sein Publikum. Der Inhalt von Machtbeziehungen wird erst bestimmbar, wenn diese a) in ihren spezifischen Formen betrachtet und b) auf ihr Verhältnis zur gesellschaftlichen *Herrschaft* untersucht werden. Herrschaft soll uns bedeuten *nutznießende Verfügung über gesellschaftliche Zwangsmittel* durch sozial Überlegene. Solche Zwangsmittel sind vor allem ökonomischer Art (Beispiel: Kapital, Boden oder andere Wirtschaftsmittel). Hinzu tritt die »politische« Verfügung über öffentliche Organe der Zwangsanwendung. Gesellschaftlicher Herrschaft ist dabei *wesentlich*, daß der Gebrauch solcher Zwangsmittel der *Nutznießung* einzelner oder sozialer Gruppen dient. (Bei den Mitteln ökonomischen Zwangs ist dies ohne weiteres einleuchtend, bei den politischen Mitteln lehrt es Erfahrung und Analyse.)

Macht kann gesellschaftliche Herrschaft zur Grundlage haben, von ihr abgeleitet sein, oder auch ohne solche bestehen. (Die »Macht« und vollends die Autorität des Vaters in der Familie beruht nicht auf Herrschaft, sie dient nicht gesellschaftlicher Nutznießung.) Herrschaft bezeichnet ein soziales *Grundverhältnis*, Macht dagegen spielt sich im Bereich der gesellschaftlichen *Beziehungen* ab; sie gehört zum Phänotypus der Gesellschaft. Herrschaft ist der *Gesellschaftsordnung* eigen, Macht der *Gesellschaftsverfassung*, dem bewußt gestalteten Teil der Sozialordnung. Auf Macht respondiert Gehorsam aus *Anerkennung*, auf

(unmittelbare) Herrschaftsausübung respondiert Gehorsam aus *Interesse* (etwa an Vermeidung von *Rache* – nicht von Strafe – des Herrschenden am Ungehorsamen).

Es ist nun von großer Bedeutung: Die gesellschaftliche Ordnung der (noch näher zu bestimmenden) »Diktatur des Proletariats« ist ihrem Wesen nach nicht *Herrschaftsordnung*, sondern *Machtordnung*. Macht ausübung auf der Grundlage von Herrschaftsverhältnissen dient persönlicher Nutznießung der Mächtigen; und die Formen der Machtausübung gehen allemal über das Bedürfnis nach Sicherung eines Sachvollzugs hinaus, sie werden von den gesellschaftlichen Herrschaftszwecken bestimmt.² Kennzeichen gesellschaftlicher Herrschaft ist dabei stets, daß die Verfügung über die Mittel ihrer Ausübung innerhalb der gleichen sozialen Schicht (oft innerhalb der gleichen Familien) weitergegeben wird.³ Ein *Funktionärstaat* schließt solche Kontinuität sozialer Machttradierung radikal aus. Auch der Einzelne verfügt über kein Unterpfand, das ihm seine Machtbefugnisse auf unbegrenzte Zeit verbürgte; der Funktionär ist auswechselbar. Er bezieht im übrigen Sold; mit seiner Gewalt verbindet sich keine persönliche Nutznießung (es sei denn wider die Gesetze erschlichene). Auch die sowjetische Führungsschicht hat niemals »Klassen«-Charakter gehabt.⁴

Eine gesellschaftliche *Machtordnung* unterscheidet sich von einer *Herrschaftsordnung* also ihrem *Inhalt* nach wesentlich, jedoch nicht notwendigerweise nach ihren *Formen*. Und es wäre naiv, zu meinen, nicht herrschaftsbegründete Machtausübung müsse *milder* sein als Machtbetätigung mit Herrschaftstendenz. Überhaupt aber kann nicht der größere oder geringere Grad von *Annehmlichkeit*, den eine Gesellschaft bietet, Gegenstand des wissenschaftlichen Urteils über sie sein, sondern vielmehr ihr *Inhalt*, der ihre Lebensäußerungen letztlich bestimmt.

Ein Staat, verwaltet »im Auftrage« des arbeitenden Volkes⁵ durch jederzeit (sei es von »oben«, sei es von »unten«) abberufbare Funktionäre, ist also seinem Wesen nach *Machtstaat*, nicht *Herrschaftsstaat*. Daraus aber folgt: Keine Soziologie des »Stalinismus«, die sich den Sinn für geschichtlichen Unterschied bewahrt hat, kann den Stalinismus einer allgemeinen Lehre vom »*Totalitarismus*« einordnen, unter die zugleich eine *Herrschaftsordnung* etwa von der Art der nationalsozialistischen fiele. Die heute vielfach anzutreffende stille Neigung, die obwaltende Antipathie gegenüber faschistischen Herrschaftsgebilden der jüngsten Vergangenheit über das Mühlrad der »*Totalitarismus*«-Kritik auf eine inhaltlich grundverschiedene andere Ordnung umzuleiten, hat mit wissenschaftlicher Sichtweise nichts gemein. Der Stalinismus ist Gegen-

stand nicht einer Soziologie des »Totalitarismus«, sondern einer Soziologie der »Diktatur des Proletariats«.

2. Der Stalinismus kann daher auch nicht vermittelt einer formalen Morphologie der Macht, ihrer Wirkungsweise, ihrer Mechanismen, ihrer »anthropologischen« Voraussetzungen begriffen werden, sondern einzig als konkretes *geschichtliches Phänomen*, als Ausgeburt einer bestimmten Gesellschaft in einem bestimmten Stadium ihrer Entwicklung, gekennzeichnet durch bestimmte historische Bedingungen.

3. Als *ein* spezifischer Phänotypus der Gesellschaft des Übergangs hat der Stalinismus auch keine eigentliche *Theorie* entwickelt. Er ist eine gesellschaftliche *Praxis*, die sich auf die Theorie des klassischen »Marxismus-Leninismus« berufen hat – selbst da, wo sie deren *Geist* widerspricht.

Hieraus folgt: a) Die *wissenschaftliche* Kritik des Stalinismus kann nur »immanent« erfolgen. Sie wird von der marxistischen Theorie der »proletarischen Diktatur« und damit von den Absichten, Zielen, Erwartungen derer auszugehen haben, die mit dem Anspruch aufgetreten sind, die Gesellschaft vollbewußt zu gestalten.⁶ *Kriterium* für die *Wertung* des Erreichten kann freilich das Konzept der Diktatur des Proletariats nur soweit sein, als es mit jenem Begriff der nach den geschichtlichen Umständen *möglich* gewordenen gesellschaftlichen Sittlichkeit übereinstimmt, welcher der letzte Maßstab unserer sozialen Wertungen ist. Wenn die Wirklichkeit der Sowjetgesellschaft von den Erwartungen der marxistischen Klassiker offenbar erheblich abgewichen ist, so mag dies nicht nur an dieser Wirklichkeit, sondern auch an jenen Erwartungen liegen. (Vergleiche unten.)

b) Die Inanspruchnahme des »Marxismus-Leninismus« für das Handeln der Machthaber, der zwar *praktische*, nicht aber theoretische Widerspruch der Praxis gegenüber dem großen Zukunftskonzept hat es einerseits den Widersachern des Sozialismus erleichtert, Stalinismus mit Sozialismus gleichzusetzen; er hat andererseits die Parteigänger des Sozialismus in ihrer Kritik gelähmt. Sie hemmte die Sorge, es möchte die *prinzipielle* Kritik der *Praxis* zur Kritik der *Prinzipien* selbst führen. Diese Sorge konnte der Stalinismus sich zunutze machen.

4. Eine letzte allgemeine Kennzeichnung des Stalinismus ist zu treffen: So wenig der Stalinismus eine Grundlage in gesellschaftlichen *Herrschaftsverhältnissen* und so wenig er eine eigene Theorie gehabt hat, so sehr hat doch die *Machtordnung* des sozialen Lebens *alle* Bereiche der Gesellschaft (wenn auch in unterschiedlichen Graden) durchwaltet. Dies eben läßt von »Stalinismus« als einem *System* der hypertrophierten Machtanwendung sprechen.

Die Kritik des Stalinismus kann sich daher nicht – wie dies in den beteiligten Ländern allenthalben geschieht – schamhaft auf den »Personenkult« beschränken. Sie wird nach den gesellschaftlichen *Umständen* zu fragen haben, die diesen »Personenkult« selbst haben aufkommen, gedeihen, schließlich offenbar sich überleben lassen. Sie wird auch zu fragen haben, welche *weiteren* Erscheinungen etwa mit dem »Personenkult« – den es ja keineswegs nur an der *Spitze* von Regierung und Staatspartei gegeben hat – im Zusammenhang gestanden haben. Eine beim »Personenkult« ängstlich stehenbleibende Kritik wäre ihrem eigenen erklärten marxistischen Prinzip der dialektischen, allseitigen Sicht gesellschaftlicher Phänomene untreu und würde in jenen *subjektivistischen Voluntarismus* zurückfallen, der auf *eine* Person – die hier im negativen Sinne »Geschichte macht« – die Übel einer ganzen Epoche wälzt.⁷

Dem Stalinismus als geschichtlicher Erscheinung liegt ein fundamentales *Spannungsverhältnis zwischen der marxistischen Lehre von der Zukunftsgesellschaft und den Bedingungen ihrer Verwirklichung* zugrunde. Ein Widerstreit nicht zwischen Phantasie und Realität, wobei die Phantasie natürlich den kürzeren ziehen muß, sondern zwischen dem vorausgesagten *prinzipiellen* Inhalt einer Gesellschaft von Arbeitenden und den historischen Möglichkeiten, zunächst der frühen *Sowjetgesellschaft*, diesen Inhalt in den Formen des sozialen Lebens zu bewähren. Von der Theorie des klassischen Marxismus ist daher auszugehen.

B. DIE LEHRE DES KLASSISCHEN MARXISMUS VON DER »DIKTATUR DES PROLETARIATS«

Die Theorie der proletarischen Diktatur, wie sie *Marx und Engels* nach dem Scheitern der europäischen Revolution von 1848/49 entwickelt und am Beispiel der Pariser Kommune von 1871 präzisiert haben, enthält teils *prinzipielle* Aussagen über den allgemeinen *Inhalt* der Übergangsgesellschaft, teils bestimmte geschichtliche *Erwartungen* hinsichtlich der *Bedingungen* des gesellschaftlichen Umbruchs.

I. Als *wesentliche Züge* der Theorie der proletarischen Diktatur dürfen die folgenden angesehen werden:

1. *Voraussetzung* des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft ist, daß die arbeitenden Klasse sich in den Besitz der gesamten *Staatsgewalt* und daraufhin der hauptsächlichlichen *Produktionsmittel* setzt und diese ihre neue Stellung gegen die auf Restauration des Alten gerichteten Kräfte verteidigt.⁸

2. Ihrem *Inhalt* nach soll die – den marxistischen Klassikern zufolge – durch die Umstände zunächst erfordernte Diktatur nicht einfach, wie jede andere, ein System der Zwangsanwendung sein. Vielmehr wird sie a) zum ersten Male in der Geschichte »Herrschaft« der Volksmehrheit über die Minderheit, und b) zum ersten Male Herrschaft der arbeitenden Klasse über die bisher aneignende und nutznießende sein. Sie dient also, nach dieser Auffassung, im Unterschiede zu aller bisherigen Gewaltherrschaft nicht mehr der politischen Sicherung wirtschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse. Die proletarische Diktatur ist daher kein Selbstzweck; sie wird entfallen, wenn ihre Aufgaben erfüllt sind.⁹

3. Als *Funktionen* des proletarischen Übergangstaates sind anzusehen: a) Repression der bisher herrschenden und nun entmachteten Klasse, Schutz der neuen Ordnung gegen Wiederherstellung des alten Zustandes; b) Sicherung des neuen Gemeinwesens nach außen; c) Selbsterziehung des Proletariats für seine großen Aufgaben; Entfaltung einer »proletarischen Demokratie«, die schließlich die ganze Gesellschaft umfassen soll.¹⁰

4. Über die *Wirkungsweise* der neuen Machtordnung und damit den Charakter des erklärtermaßen proletarischen Staates lassen die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus so viel erkennen:

a) Die *Teilung der Staatsgewalt*, die der Zeit des Kampfes zwischen Bürgertum und Monarchie entstammt, wird *aufgehoben*. »Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.«¹¹ Sie schafft sich vielmehr ihre eigenen Organe in Gestalt der Räte. So sollte auch die Pariser Kommune »nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit«.¹²

b) Die proletarische Diktatur schreitet fort zur allgemeinen *Selbstverwaltung* der Gesellschaft.¹³

c) Die Verwandlung des Staates aus einer »besonderen Gewalt« zur »allgemeinen Gewalt« des Volkes (*Marx*) eröffnet auch den freien Zugang zu den *öffentlichen Ämtern*, das allgemeine System von Wahl und Abberufung der Funktionäre, deren ständige Kontrolle durch das Volk.¹⁴ –In diesem Sinne hat auch *Lenin*, noch vor der Oktoberrevolution und vollends danach, die sofortige Einführung der »Rechnungslegung und Kontrolle« als einer »wirklich universellen, allgemeinen, durch das gesamte Volk ausgeübten Kontrolle«¹⁵ und schließlich den »Übergang von der ›Arbeiterkontrolle‹ zur ›Arbeiterverwaltung«« betrieben.¹⁶

II. Von diesem festen *Grundbestand* der Lehre von der »Diktatur des Proletariats« sollte man jene spezifischen *Erwartungen* trennen, welche die marxistischen Klassiker mit dem Übergang zur »klassenlosen« Gesellschaft verbunden haben.

1. Diese Erwartungen beziehen sich zum ersten auf die geschichtlichen *Bedingungen* des Übergangs:

a) Die bisher unterdrückte Klasse ergreift die Staatsmacht auf dem Wege des *gewaltsamen Umsturzes*.¹⁷

b) Eine solche Revolution vollzieht sich in den wirtschaftlich *entwickeltesten* Ländern, wo einerseits die Ballung des Kapitals in wenigen Händen, andererseits die Proletarisierung der übrigen Gesellschaft und die Pauperisierung des Proletariats am weitesten fortgeschritten sind.¹⁸

c) Die Revolution geschieht in den fortgeschrittensten Ländern etwa *zu gleicher Zeit* (ähnlich wie die bürgerlichen Gärungen von 1830 und 1848/49 sich von Land zu Land ausgebreitet haben). Die wachsende Internationalisierung der industriellen Krisen in der immer enger sich verflechtenden Weltwirtschaft wird auch für den Gleichschritt des Proletariats sorgen. »Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.«¹⁹ »Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, das heißt wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein. ... Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.«²⁰

2. Diesen Erwartungen entsprach auch die Einschätzung der drei *Funktionen* einer Arbeiterdiktatur durch *Marx* und *Engels*:

a) In einem kapitalistisch fortgeschrittenen Lande werden auch die gesellschaftlichen Zwischenschichten weithin proletarisiert sein und wird die Konzentration und Zentralisation des Kapitals die eigentlichen Nutznießer der alten Ordnung zu einer hoffnungslosen Minderheit gemacht haben, so daß der Unterdrückungsfunktion der proletarischen Diktatur nur geringe Bedeutung zukommen wird.

b) Da die Staatsgewalt in den wichtigsten Industrieländern etwa gleichzeitig an die Arbeiter übergehen, die Umwälzung ein Land nach dem anderen ergreifen wird, so darf auch die zweite präventive Funktion der neuen Staatsmacht, der Schutz nach außen, gering veranschlagt werden.

c) So liegt von Anfang an das Hauptgewicht bei der *positiven* Aufgabe: dem ständigen Ausbau der proletarischen Demokratie: »Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt, – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen

der Gesellschaft – ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat [d. h. als Herrschaftsapparat; W. H.].²¹

Es ist nun augenfällig, daß jene Elemente der klassischen Lehre von der Diktatur des Proletariats, die geschichtlichen *Erwartungscharakter* tragen, sich nicht bewahrt haben. Die Erfahrung unseres Jahrhunderts weist nicht nur *einen besonderen* Typus von proletarischer Diktatur auf, den stalinistischen, sondern darüber hinaus überhaupt neue Formen einer Gesellschaft des sozialistischen Übergangs mit mehr oder minder diktatorischem Charakter (China, Jugoslawien, Kuba). Zur *Theorie* muß heute die *Soziologie* der Übergangsgesellschaft treten.

C. DIE HISTORISCHEN AUSGANGSBEDINGUNGEN DER SOWJETMACHT

Die Geschichte der russischen Revolution hat gezeigt, daß den *politischen* Bedingungen einer von Marxisten geleiteten Umwälzung nicht die *ökonomische* Voraussetzung eines überfälligen kapitalistischen Systems entsprechen muß. Die russische Revolution widersprach den Erwartungen der Stifter des »wissenschaftlichen Sozialismus« erstens darin, daß sie nicht in einem ökonomisch reifen, sondern in einem wirtschaftlich *rückständigen* Lande geschah, daß – wie *Lenin* es ausgedrückt hat – das kapitalistische Weltssystem gerade an einem seiner »schwächsten Kettenglieder« zerriß; und zweitens darin, daß die russische Revolution *allein* blieb. Man weiß, wie dringend *Lenin* nach der Oktoberrevolution – wie übrigens schon im Sturmjahr 1905²² – hoffte, es würden andere Länder (vor allem Deutschland) dem russischen Beispiel folgen.²³ Daher auch die eilige Gründung der dritten, der kommunistischen Internationale im Jahre 1919. – *Trotzkis* späteres Beharren auf der »permanenten Revolution« unter den Bedingungen einer gewandelten Weltlage zeigt die orthodoxe Verhärtung eines Gedankens an, dessen Zeit vorbei war. *Stalins* – von *Lenin* überkommene – Losung vom »Aufbau des Sozialismus in *einem* Land« war hingegen die notwendige Konsequenz der vorangegangenen *Revolution* in einem Land.²⁴

Es zeigte sich also, nachdem der Pulverdampf des Krieges, der Revolution, des Bürgerkrieges in Europa verhaucht war, daß die Sowjetmacht sich unter Bedingungen konsolidieren mußte, die von den Erwartungen des klassischen Marxismus weit entfernt waren. Angesichts der weltpolitischen Isolierung, der sich die Sowjetmacht seit den ersten Tagen ihres Bestehens, seit der Intervention auswärtiger Mächte in den russischen Bürgerkrieg, gegenüberfand, sahen sich ihre Führer vor jenes unerbitt-

liche historische »Wer – wen« gestellt, das *Lenin* frühzeitig so bezeichnet hat: »Entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder *auch ökonomisch* einholen und überholen! ... Untergehen oder mit aller Macht vorwärtsschreiten. So wird die Frage von der Geschichte gestellt.«²⁵ Zutreffend hat daher *H. Marcuse* geäußert: »Die Entwicklung vom Leninismus zum Stalinismus und darüber hinaus« sollte »in ihren Hauptetappen und Zügen« betrachtet werden »als das Resultat der ›anormalen‹ Konstellation, in der eine sozialistische Gesellschaft erbaut werden sollte, mit der kapitalistischen Gesellschaft eher koexistierend als auf sie folgend, eher als ihr Konkurrent denn als ihr Erbe.«²⁶ – Hinzu trat die Heraufkunft aggressiver Regimes in der Umwelt, des *fascismo* in Italien (1922), des Nationalsozialismus in Deutschland (1933), der Einfall Japans in der Mandschurei (1931) und später in China (1937).²⁷

Ohne Berücksichtigung dieses *Umweltverhältnisses* des Sowjetstaates ist die Entfaltung des Stalinismus nicht voll zu erfassen. Die Folge der weltpolitischen Isolierung der Sowjetunion war eine *tiefgreifende Verschiebung der Gewichte* zwischen jenen *drei Hauptaufgaben*, die *Marx und Engels* der »proletarischen Diktatur« zugewiesen hatten: Die *präventive* Funktion der neuen Staatsmacht nach außen wuchs ins Riesenhafte. Und dies schlug nicht nur auf die *repressive* Funktion nach innen – man vergleiche die lange Zeit grassierende, vielleicht sogar kultivierte Diversanten-Psychose – sondern auch auf die erklärte *positive* Hauptaufgabe, die »Selbsterziehung« der Produzenten für ihre großen neuen Aufgaben, zurück. Die alles beherrschende Sorge vor einem Überfall (die sich nur zu bald bewahrheiten sollte), das Gebot der Selbsterhaltung, unter das fortan alle großen Entscheidungen traten, verlangte, den bestehenden wirtschaftlichen Rückstand so schnell wie möglich zu überwinden – mit allem, was dies für die Innenbeziehungen der neuen Gesellschaft bedeutete.

Das Hineinwirken der auswärtigen Verhältnisse in die innenpolitischen Entscheidungen der Sowjetführer zeigt schon der Übergang zur Planära: Ende Mai 1927 – im Jahre des entscheidenden Ringens um die »Minimal«- oder »Maximal«-Variante des ersten Fünfjahresplans – brach Großbritannien die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab. Am 7. Juni wurde der Sowjetbotschafter in Polen ermordet (nachdem im Jahre 1926 der Staatsstreich *Pilsudskis* vorausgegangen war). Am 8. September stellten die englischen Gewerkschaften ihre Verbindungen mit den Sowjetgewerkschaften ein. Im Herbst 1927 mehrten sich auch in Frankreich die Stimmen, die auf Abbruch der Beziehungen zur UdSSR drangen. Am härtesten aber traf die bolschewistische Führung das Ende der engen Beziehungen zwischen dem

Sowjetstaat und der chinesischen *Kuo Min Tang* infolge des Staatsstreichs *Chiang Kai Sheks* und des Massakers von Shanghai im Mai 1927.²⁸ Unmittelbar auf alle diese Ereignisse folgte auf dem XV. Parteitag der KPdSU (Dezember 1927) der Ausschluß der trotzkistischen Opposition aus der Kommunistischen Partei und der Beschluß, zur beschleunigten Industrialisierung und Kollektivierung des Landes überzugehen. – Ebenso fiel später »der Höhepunkt des stalinistischen Terrors mit der Konsolidierung des Hitler-Regimes« zusammen (H. Marcuse).²⁹

Mit dem Entschluß zu einer aufs äußerste beschleunigten Entwicklung der Industrie aber stellten sich alle Aufgaben einer werdenden Industriegesellschaft zugleich. Alle Entscheidungen standen unter Zeitnot. Der Zwang, die *Landwirtschaft* in den Dienst einer größtmöglichen Primärakkumulation von Industrialisierungsmitteln zu stellen, welche die schwache Industrie selbst noch nicht in genügendem Umfang erbrachte, führte zur gewaltsamen Kollektivierung der Bauernwirtschaften und zu einem mit drakonischen Mitteln gesicherten System von Tributen der Landwirtschaft gegenüber dem Staat, das sich im wesentlichen bis zu *Stalins* Tod erhalten hat. Hinzu traten die ungeheuren Aufgaben einer industriellen Adaptation (und das heißt zugleich *Qualifizierung* und *Disziplinierung*) von Dutzenden von Millionen Arbeitenden, die bisher auf halbbarbarischer Stufe, vielfach des Analphabetentums, gestanden hatten.³⁰ Das fundamentale Mißverhältnis zwischen den ökonomisch-sozialen Ausgangsbedingungen und den Anforderungen an einen Staat, dem es historisch zugefallen war, die soziale Massenbasis der erklärten Produzentenmacht selbst erst herzustellen, vergrößerte mit der Opferlast der Bewältigung *vorsozialistischer* Aufgaben, die auf die Arbeitenden fiel, die Notwendigkeit des *Zwanges* und damit die Befugnisse einer militärähnlich aufgebauten betrieblichen und überbetrieblichen *Weisungsgewalt*. In dem sozialen Hohlraum eines Landes, das wirtschaftlich noch »nichts« war, aber »etwas« werden wollte, gedieh ein verwaltendes Funktionärstum: in sich abgestuft, mit weiten Vollmachten nach »unten«, aber von »oben« streng überwacht, in seiner Zusammensetzung instabil und immer wieder durchsäubert, mit materiellem Vorzug als Ausgleich der mit der *Auftragsgewalt* verbundenen persönlichen Unsicherheit ausgestattet; eine in sich keineswegs geschlossene soziale *Dienstelite*, deren historische Bedeutung in der Ausübung einer *Erziehungsdiktatur* über eine Produzentenschaft gelegen hat, welche die Sowjetmacht selbst erst im großen heranbilden mußte.

Mit alledem ist freilich keine fatale Unausweichlichkeit der sowjetischen Entwicklung in der frühen Planepoche bezeichnet. Doch wies die Größe der Aufgaben, die, unter den Bedingungen der »belagerten

Festung« (*Trotzkij*), im gerafften Zeitschritt bewältigt werden sollten, in die *Richtung* sozialer Gewaltsamkeit. Sie steigerte die Abnormitäten einer ungefestigten, tastenden Übergangsgesellschaft ohne geschichtliches Vorbild ins Übermaß; sie zerstörte das kunstvolle Gleichgewicht von Gehorsam und Einsicht, von Disziplin und Initiative, von Befehl und Kontrolle, um das es *Lenin* im Verhältnis zwischen Führern und Geführten stets gegangen war.³¹ Sie begünstigte eine relative Verselbständigung nicht nur der Staatsspitze, sondern auch der vermittelnden Glieder der öffentlichen Gewalt gegenüber der gesellschaftlichen Basis; eine Tendenz, die im übrigen schon in der Periode der zaristischen Herrschaft, des Kampfes der Arbeiterbewegung in der Illegalität, der Herausbildung fester Kader von »Berufsrevolutionären« sich vorbereitet hatte³² und die *Lenin* in seinen letzten Lebensjahren mit wachsender Sorge betrachtete.³³

Es ist wichtig: *Jede* Diktatur, auch eine erklärtermaßen »proletarische«, beruht auf Macht und übt Zwangsgewalt aus. Der *Umfang* solcher Zwangsausübung bestimmt sich nicht nur durch den Umfang der präventiven Funktion der Diktatur nach innen und außen, sondern auch durch die positiven Aufgaben, die ihr gegenüber den Produzenten selbst zufallen, durch das objektive Erfordernis einer »Erziehungsdiktatur«. ³⁴ Als eigentlich »stalinistisch« soll nur jenes *überschießende* Maß an Machtbetätigung betrachtet werden, das *nicht* in den objektiven Aufgaben der neuen Staatsmacht selbst begründet lag; wemgleich sich die stalinistische Praxis selbst auf solche sachlichen Erfordernisse stets berufen hat und diese objektiven Bedürfnisse die allgemeine *Grundlage* des Stalinismus gewesen sind.

D. ZUR PHÄNOMENOLOGIE DES SOWJETISCHEN STALINISMUS

Die Epoche der fast unumschränkten Geltung des Stalinismus umfaßt in der Sowjetunion das Vierteljahrhundert vom Ende der Neuen Ökonomischen Politik, dem Übergang zur Planära und der Zwangskollektivierung (gegen Ende der zwanziger Jahre) bis zu Stalins Tod (1953). Die stalinistische Praxis hat in dieser Epoche *allen* Innen- und Außenbeziehungen der Sowjetordnung, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, den Stempel aufgeprägt. Nur einige besonders wichtige Seiten stalinistischer Ordnung des gesellschaftlichen Lebens können hier – skizzenhaft – umrissen werden.

I. Der Stalinismus als *System relativer Verselbständigung der Macht-*

träger von der übrigen Gesellschaft zeigt sich natürlich am vollständigsten in der Praxis der Machtausübung selbst: 1. in den Beziehungen zwischen Führern und Geführten innerhalb der sogenannten gesellschaftlichen »Avantgarde«, der unmittelbaren Produzentenschaft in Stadt und Land; 2. in den Beziehungen der »Avantgarde« und ihrer Exponenten zu den nichtproletarischen Schichten der Gesellschaft; 3. in den Beziehungen der sowjetischen Führungsmacht zu anderen von marxistischen Parteien geleiteten Nationen (nach dem zweiten Weltkrieg). – II. Dieser Machtpraxis ist eine entsprechende *Machtkonzeption* zur Seite getreten, die alle *geistig-kulturellen* Lebensäußerungen der Gesellschaft durchzogen hat.

I. Die Praxis der Macht

1. Die Beziehungen zwischen Führern und Geführten

Was nach der Konsolidierung der Sowjetmacht in der weitläufigen Ordnung der Machtbeziehungen innerhalb des erklärtermaßen »herrschenden« Teils der Gesellschaft einer Klärung bedurfte, waren vor allem die folgenden Fragen: a) Der Inhalt des sogenannten »*demokratischen Zentralismus*« als des Prinzips der Machtverteilung im Staate wie innerhalb der ihn tragenden Partei und schließlich innerhalb der übrigen »Massenorganisationen«, insbesondere der Gewerkschaften; b) das Verhältnis zwischen Staatspartei und Regierung; c) das Verhältnis zwischen Staatspartei und Gewerkschaften.

a) Der »*demokratische Zentralismus*« und die Frage der Führer-Kontrolle. Jede Diktatur *zentralisiert* in gewissem Umfang Entscheidungsbegebnisse innerhalb einer nationalen Gesellschaft; vollends, wenn sie diese bewußt umbilden will. Die *Leninsche* Formel des »demokratischen Zentralismus« läßt nun freilich offen, wie sich die Gewichte zwischen »Demokratie« (im Sinne einer Gestaltung des öffentlichen Lebens von »unten«) und »Zentralismus« (im Sinne der Gestaltung von »oben«) tatsächlich verteilen. Die Sammlung aller Entscheidungsgewalt im Staate wie in der Partei und in den »Massenorganisationen« (vor allem in den Gewerkschaften) nicht nur weit »oben«, sondern obendrein ihre Konzentration auf einen sehr engen Kreis wirklicher Führer – und schließlich auf einen einzigen in der Periode der Alleinregierung –, die Entwertung nicht nur der lokalen, regionalen und schließlich der Organe der Sowjetrepubliken, sondern auch einer Spitzeninstanz wie des Obersten Sowjet der Union, aber auch der Parteikonferenzen³⁵, die Selbstergänzung der Führer durch Kooptation ist in der Sowjetunion, wie bekannt, eine sehr weitgehende gewesen und kann nicht nur auf sachliche Notwendigkeiten, auf den Mangel an »Kadern« etc., zurückgeführt

werden. Denn gleichzeitig wurden die noch aus den Zeiten *Lenins* stammenden Einrichtungen einer *Volkskontrolle* über die Funktionäre³⁶ *abgebaut*. 1934 wurde die »Arbeiter- und Bauerninspektion« reorganisiert und hierbei (wie die *Pravda* vom 4. 7. 1934 schrieb) zum »Bestandteil der Verwaltung« gemacht. Etwa gleichzeitig wurden die Gewerkschaften durch Übertragung der Geschäfte des bisherigen Volkskommissariats für Arbeit (Verordnung vom 23. 6. 1933) unmittelbar mit Hoheitsaufgaben betraut. In ihrer Tätigkeit trat, bis in die Betriebe hinein, die Fürsorge- und Schutzfunktion, die ihnen *Lenin* auch unter den Bedingungen einer erklärtermaßen proletarischen Staatsmacht zuerkannt hatte³⁷, hinter ihrer Rolle als »Transmissionsriemen«³⁸ des öffentlichen Leistungsgeheißes völlig zurück. Während die Ansätze einer Volkskontrolle schwanden, entfaltete sich ein bis zum Exzeß der Massenzwangarbeit reichendes drakonisches Arbeitsdisziplinarrecht (dem übrigens weithin auch die Träger von Weisungsfunktionen unterworfen waren)³⁹. Daß diese Entwicklung zwar in der historischen Größe vor allem der ökonomischen Aufgaben des Landes angelegt, in ihrem Extrem aber nicht einfach »notwendig« war, zeigt das Gegenbeispiel der Gesellschafts- und Arbeitsverfassung *Jugoslawiens* seit Beginn der fünfziger Jahre.

Das Gleichgewicht von Weisung und Überzeugung, von Gehorsam und Kontrolle, wie es *Lenin* für eine Gesellschaft vorgeschwebt hatte, die sich fortschreitend der Anteilnahme *aller* an den öffentlichen Belangen nähern sollte, war also zutiefst zerstört. Wie *G. Lukács* es zutreffend bezeichnet hat, wurde »mit Stalin das *Sektierertum* zur herrschenden Richtung einer großen Partei, eines mächtigen Landes«.⁴⁰ – Das Fehlen eines unabhängigen institutionellen Korrektivs von »unten« veränderte auch den Typus der leitenden Funktionäre. Das *Leninsche* Ideal des »*Volkstribunen*«⁴¹ verblaßte hinter dem Realtypus eines nach »unten« oft selbstherrlich auftretenden, mit den Organen der Kontrolle von »oben« sich nach Möglichkeit arrangierenden *Unterführertums* von *quasi-militärischem* Charakter.

Nur eine untergeordnete Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die vielerörterte Frage der sowjetischen »*Bürokratie*« – Unter bürokratischer Machtausübung soll, im Anschluß an *Max Weber*, verstanden werden die geregelte, überprüfbare und nach Kompetenzen aufgeteilte Durchführung von *Verwaltungstätigkeit* durch ein öffentlich besoldetes, ausgewähltes, in sich hierarchisch abgestuftes Spezialistentum.⁴² – In keiner Gesellschaft nun kann die »*Bürokratie*« wirklich »herrschen«: erstens *allgemein* nicht, weil nicht in ihren Händen die entscheidenden *ökonomischen* Herrschaftsmittel liegen⁴³ und zweitens in einer ihrem

Wesen nach auf Selbstveränderung gerichteten »dynamischen« Gesellschaft – und das ist sowohl die akkumulierende Erwerbswirtschaft als auch die Gesellschaft des sozialistischen Typs – nicht, weil die Bürokratie stets das *administrierende* und als solches *beharrende*, nicht das eigentlich schöpferische, vorwärtstreibende Element innerhalb der Machtträgerschaft selbst ist. »Herrschaft« der »Bürokraten« würde (ebenso wie »Herrschaft« der »Technokraten«) Versteinerung der ganzen Gesellschaft bedeuten. – Auch die sowjetische »Bürokratie« hat stets nur einen *Teil* der öffentlichen Macht dargestellt, und zwar den willens*vermittelnden*, nicht den *initiativen* Teil der Funktionärschaft. Seit ihren Anfängen durchzieht die Epoche der Sowjetmacht der Gegensatz von weiterblickenden, auf das Ganze gerichteten Führern, bei denen alle wichtigen Entscheidungen liegen, und den fachlich spezialisierten Trägern von *Auftragungsgewalt*, denen die *Durchführung* der gewiesenen Aufgaben zufällt. Für sie ist – wie für jede »Bürokratie« – die gegebene Ordnung diejenige, in der es sich einzurichten gilt. Die sowjetische Bürokratie ist eine *Dienstelite*, deren Agehörige – wie überall – zu Karrierismus und Opportunismus neigen und daher, vor allem in ihren unteren Chargen, von einer über die Gesellschaftsordnungen hinweg von Land zu Land oft erstaunlichen Einheitlichkeit in ihrem Weltbild und ihrer im Grunde *kleinbürgerlichen* Mentalität sind.⁴⁴ Der Konflikt zwischen der ihrem Wesen nach auf Beharrung gerichteten »Bürokratie« und dem eigentlich *initiativen* Teil der Funktionärhierarchie hat sich in einer ausgebauten *Kontrolle* der Funktionäre durch übergeordnete Instanzen, in einer strengen Selektion der Unterführer nach dem Prinzip der Leistung, in wiederholter Massensäuberung der »Kader« und vielem anderen geäußert. – Um die Überwindung des »bürokratischen Technizismus« (L. Kofler), um die Entwicklung eines »operativen«, mit der Produktion eng verbundenen, den Vorschlägen der Beschäftigten offenen und gleichzeitig von kleinlicher Gängelung durch die übergeordneten Organe befreiten Funktionärturns geht es in der Sowjetunion seit Stalins Tod.⁴⁵

b) *Die Beziehung von Staatspartei und Regierung.* Es ist ein grobes Mißverständnis der stalinistischen Epoche gewesen, daß in der erklärten »Diktatur des Proletariats« mit der alten Gewaltenteilung *jegliche* Scheidung der gesellschaftlichen Willensträger entfalle. Die Selbstverständlichkeit, mit der die bolschewistische Staatspartei zu Stalins Zeiten als – obendrein unkontrolliertes – Organ faktischer Regierung *neben* der Staatsgewalt – und *über* dieser – sich einrichtete, wird nur erklärlich aus den Besonderheiten der russischen Geschichte: Es fehlt in Rußland – auch nach dem Übergang zum »Scheinkonstitutionalismus« (M. Weber)

von 1905 – eine parlamentarische Tradition, ebenso wie eine ganze Epoche der geistigen und praktischen Emanzipation des westeuropäischen Bürgertums von der Feudalgewalt überhaupt; es fehlt jene dialektische Scheidung von Staat und Gesellschaft, wie sie in der Lehre vom »Gesellschaftsvertrag«, von den drei Gewalten, in der Theorie der Volkssouveränität, im System der subjektiven öffentlichen Rechte ihren Niederschlag gefunden hat. So wird begreiflich, daß in der stalinistischen Epoche die Staatspartei ihren gesellschaftlichen *Führungsanspruch* in der ziemlich unbekümmerten Ausübung eines *Weisungsrechtes* gegenüber der Regierung oder ihren Funktionären geltend machen konnte, ohne ernstlichem Widerspruch zu begegnen; daß der Ausschluß eines Funktionärs aus der Partei regelmäßig von seiner bürgerlichen Degradierung gefolgt war; daß – übrigens bis auf den heutigen Tag – Verordnungen der Regierung in aller Regel gemeinsam mit der Spitze der kommunistischen Partei erlassen worden sind, und daß Parteitagebeschlüsse auch die Regierung binden. Der Widerspruch wurde besonders merkwürdig nach Verkündung der – noch gültigen – »Stalinschen« Verfassung der Sowjetunion (5. Dezember 1936). Die hier niedergelegten Rechte und Pflichten der Staatsbürger ähneln denen der parlamentarischen Staaten. Aber die Rechte gelten gegenüber dem *Staat*, nicht gegenüber der *Staatspartei*, die tatsächlich gleichfalls »Hoheits«-Funktionen wahrnimmt. Das Verhältnis der Staatspartei zur Regierung, und damit auch des *Staatsbürgers* zur *Staatspartei*, scheint auch in der gegenwärtigen marxistischen Staatstheorie noch weithin offengeblieben zu sein. Es mußte vollends problematisch werden, als nach dem zweiten Weltkrieg der Stalinismus auf andere Länder (vor allem Osteuropas), unter den Bedingungen einer *Mehrpartei*erregierung, ausgriff, darunter auch auf solche mit einer gewissen parlamentarischen Vergangenheit.

c) *Die Beziehung von Staatspartei und Gewerkschaften.* Die Gewerkschaftstheorie des Bolschewismus ist einerseits bestimmt gewesen durch die Lehre *Lenins* vom unvermeidlich »*trade-unionistischen*«, auf reine Sozialpolitik gerichteten Zug einer sich selbst überlassenen Gewerkschaft⁴⁶, und andererseits durch die Geschichte der russischen Arbeiterbewegung.

Anders als in den westeuropäischen Ländern sind die russischen Gewerkschaften erst nach der Sozialdemokratischen Partei ins Leben getreten.⁴⁷ Ihre widerwillige Anerkennung durch das zaristische Regime, den Zustand halblegaler Duldung⁴⁸ dankten sie der Revolution von 1905, dem politischen, nicht dem wirtschaftlichen Kampf der russischen Arbeiter. Und es war nur natürlich, daß die Gewerkschaften von Anfang an im Schlepptau der politischen »*Avantgarde*« blieben. »Die objektive

Unmöglichkeit dauerhafter Arbeitsmarkterfolge, die Diskontinuität der gewerkschaftlichen Entwicklung, das Nichtvorhandensein einer in sich fest gefügten Gewerkschaftsorganisation und dementsprechend einer Verbandsbürokratie mit eigener Tradition und mit besonderen Schicht-Interessen schlossen die Entstehung des Bewußtseins der von politischen Kampfaufgaben unterscheidbaren *Eigenberechtigung* der Gewerkschaftsbewegung aus und bedingten den ideellen und organisatorischen Primat der revolutionären Sozialdemokratie im zaristischen Rußland.«⁴⁹

Die große Debatte um die Stellung der Gewerkschaften im neuen Staat füllte die Zeit vom I. Gewerkschaftskongreß (Januar 1918) bis zum X. Parteitag (März 1921). Gegenüber dem syndikalistischen Anspruch auf Leitung der Industrie durch die Gewerkschaften auf der einen Seite und dem von *Trozkij* und Genossen verfochtenen Gedanken der *Partei-gewerkschaft* auf der anderen Seite vertrat *Lenin* die (von der Parteispitze 1922 zum Beschluß erhobene) Konzeption: 1. Keine Eingriffe der Gewerkschaften in die Leitung der Industrie: »Jede unmittelbare Einmischung der Gewerkschaften in die Verwaltung der Betriebe muß ... als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden.«⁵⁰ 2. Aktive Anteilnahme der Gewerkschaften an der großen Aufgabe, »aus der Masse der Arbeiter und der Werk-tätigen überhaupt Administratoren heranzuziehen und auszubilden.«⁵¹ 3. Schutz der Arbeitenden gegenüber den Fabrikleitungen.⁵²

Die Gewerkschaften sollen dabei unmittelbar in der Arbeiterschaft verwurzelt sein: »Die Verbindung mit den Massen ... ist die wichtigste, grundlegende Bedingung für den Erfolg jeder Tätigkeit der Gewerkschaften. Von unten bis zur höchsten Spitze der Gewerkschaftsorganisationen und ihres Apparates muß ein ganzes System verantwortlicher Genossen, und zwar unbedingt nicht nur aus den Reihen der Kommunisten, geschaffen und praktisch auf Grund der Erfahrung vieler Jahre erprobt werden, die tief im Arbeiterleben verwurzelt bleiben, das Leben der Arbeiter in- und auswendig kennen müssen, die verstehen müssen, in jeder Frage, in jedem Moment die Stimmung der Massen, ihre wirklichen Bestrebungen, Bedürfnisse, Gedanken unfehlbar zu erfassen ... die verstehen müssen, das grenzenlose Vertrauen der Masse zu gewinnen, das kameradschaftliche Verhalten zu ihr, durch sorgsame Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Eine der größten und bedrohlichsten Gefahren für die zahlenmäßig bescheidene Partei, die als Vorhut der Arbeiterklasse ein riesiges Land leitet, ... ist die Gefahr der Loslösung von den Massen ...«⁵³

Man ermißt, daß die von *Stalin* betriebene Verwandlung der Gewerkschaften in einseitige »Transmissionsriemen« des Willens der

Staatspartei sich *praktisch* ebenso vom Konzept *Lenins* entfernt wie gleichzeitig demjenigen *Trotzkis* angenähert hat.⁵⁴

Erst in neuerer Zeit ist den Gewerkschaften eine gewisse Schutzfunktion gegenüber den Beschäftigten wieder zugebilligt worden. 1958 sind die betrieblichen »Produktionsberatungen« – seit 1962: »Produktionskomitees« –, die es in anderer Form schon in den zwanziger Jahren gegeben hat, als zugleich initiative und kontrollierende Organe der Beschäftigten in den Betrieben und Abteilungen zu neuem Leben erweckt worden.⁵⁵ Auch der auf *Lenin* zurückgehende Gedanke einer Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze, ausgeübt durch das werktätige Volk selbst vermittels der »Arbeiter- und Bauerninspektionen«, hat vor kurzem seine Wiederbelebung erfahren.

2. Die Beziehung zwischen proletarischer »Avantgarde« und gesellschaftlichen »Verbündeten«

Die »Bündnis«-Theorie der marxistischen Parteien resümiert sich bereits im »Manifest der Kommunistischen Partei« von 1848 so: »Die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage ... als die Grundfrage der Bewegung hervor.«⁵⁶

Also: einerseits Unterstützung auch der vorproletarischen (bürgerlichen, bäuerlichen) Bewegung; andererseits Wahrung der geistigen und strategischen Selbständigkeit der eigenen Partei für die weiterführenden, eigentlich sozialistischen Aufgaben, die sich dann stellen, wenn die anderen gesellschaftlichen Gruppen bereits ans Ziel ihrer Wünsche gelangt sind. Das ist das Grundkonzept, wie es schon die Stifter des »wissenschaftlichen Sozialismus« entwickelt haben – entsprechend ihrer Auffassung, daß überall zunächst die bürgerliche Revolution gesiegt haben müsse, bevor die proletarische folgen könne.⁵⁷ *Lenin* hat dieses Konzept für Rußland näher bestimmt.⁵⁸ Später gab der Kampf gegen den Faschismus einen neuen Anstoß: Der Gedanke der »Volksfront«⁵⁹ ist in Spanien und Frankreich zeitweilig in die Tat umgesetzt worden. Von großer Bedeutung ist die »Bündnis«-Theorie schließlich nach dem Kriege für die Strategie der marxistischen Parteien einerseits in den »Volksrepubliken«, andererseits in den Ländern des kolonialen und Entwicklungsraumes der Welt, überhaupt in Ländern mit überwiegend *bäuerlicher* Bevölkerung geworden.

Diesem Bündnis-Konzept nun hat die stalinistische Praxis erheblich widersprochen:

1. Innerhalb des *Sowjetstaates* hat sich ungemein folgenscher die

Gewaltsamkeit der Kollektivierung der Landwirtschaft beim Übergang zur Planära ausgewirkt, im Verein mit einem den Kolchosen in der Folgezeit auferlegten einseitigen *Tributsystem*. Damit war nicht nur jene »Smycka«, das ökonomische Bündnis zwischen »Stadt« und »Land«, um das es in der Zeit der *Neuen Ökonomischen Politik* (seit 1921) gegangen war, zerstört und an die Stelle der von *Lenin* immer wieder geforderten Überzeugungsarbeit im Dorfe⁶⁰ der nackte Zwang getreten, sondern auch jener Zustand des *organisierten Bürgerkrieges* eingeleitet worden, der sich alsbald über die Gesellschaft als ganze ausdehnen sollte und in der Massenzwangsarbeit sowie den Terrorprozessen der dreißiger Jahre gipfelte. Diesen Verhältnissen entsprach die These *Stalins*, wonach sich innerhalb der »Diktatur des Proletariats« der Klassenkampf mit Notwendigkeit verschärfen müsse. Es geschah damit eine »abstrakt-dogmatische Verherrlichung des Bürgerkriegszustandes als alleiniger Alternative zu Opportunismus und Kapitulation.« (G. Lukács⁶¹)

2. Innerhalb der Sozialbewegung *anderer* Länder war es das Bestreben kommunistischer Parteien, die *Führung* des Kampfes unmittelbar an sich zu reißen. Dabei setzte die Parteispitze – oft in fataler Abhängigkeit von den Wendungen der Richtungskämpfe in der KPdSU und von den Weisungen der Moskauer Zentrale der Kommunistischen Internationale – ihren Streit wider die Führer der Sozialdemokratie, die Trotzlisten etc. selbst dann noch fort, als ihnen allen zusammen schon die faschistische Diktatur im Nacken saß. (Man vergleiche etwa die Vorgänge im republikanischen Lager während des spanischen Bürgerkriegs.) – Gegenüber dieser stalinistischen (in der Sprache der Marxisten: »sektierischen«) Politik bedeutet es eine Neubesinnung, wenn die Moskauer »Deklaration der kommunistischen und Arbeiterparteien« von 1960 wieder zum Ausdruck gebracht hat, daß bei einer Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen die Führung der Bewegung nicht bei den Vertretern des streitbaren Sozialismus liegen müsse.

3. In den »Volksrepubliken« Osteuropas und Asiens, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg konstituiert wurden, sahen sich die regierenden marxistischen Parteien vor der Aufgabe, den Typus der reinen »Diktatur des (städtischen und ländlichen) Proletariats« in den einer »Diktatur der Volksdemokratie« (*Mao Tse Tung*), also einer Diktatur des Proletariats und der mit ihm (zum Teil aus dem nationalen Abwehrkampf des zweiten Weltkrieges) »verbündeten« Gesellschaftsschichten abzuwandeln. Das bedeutete *politisch* die Notwendigkeit aufrichtiger Zusammenarbeit innerhalb eines *Mehr-Parteien-Systems*, *wirtschaftlich* die Notwendigkeit einer Schonung, ja einer ehrlichen Förderung jedenfalls des kleinen und mittleren Eigentums, einer allgemeinen Streckung des so-

zialistischen Zeitplans, eines Rückgriffs auf die Mittel der Überzeugung bei der Durchführung für notwendig gehaltener Strukturmaßnahmen. *Neue Aufgaben* standen damit vor den marxistischen Parteien, für deren Lösung das sowjetische Beispiel ganz gewiß nicht taugen konnte. Damit aber entstand ein in sich widersprüchliches Verhältnis. Einerseits wachte die sowjetische Führungsmacht in der Ära *Stalins* – jedenfalls in den *osteuropäischen* Volksrepubliken – eifersüchtig darüber, daß die neue Situation nicht in der Lehre von einem besonderen »nationalen« Weg zum Sozialismus sich niederschlug; wohl in der Sorge, es möchte der »besondere Weg« auch zu einem »besonderen Ziele« führen. So sollte bis ins einzelne hinein, wo immer möglich, das Beispiel der Sowjetunion maßgebend bleiben; und der »eigene Weg«, den *Tito* in Jugoslawien einschlug, wurde zu *Stalins* Lebzeiten wütend befehdet. Andererseits aber geboten die besonderen Umstände einer »Volksdemokratie« den Führenden doch wieder, sich auf – von der Schutzmacht argwöhnisch überwachten – neuen Pfaden dem gemeinsamen Ziele zu nähern.

a) Im *Verfassungsleben* fehlt zunächst das Rätssystem und die Vereinigung der Gewalten. Erst von 1949/50 an vollzieht sich in den osteuropäischen Volksrepubliken von der *lokalen* Verwaltung her der Aufbau von Volksräten. (Etwa gleichzeitig sind in der DDR die Ausschüsse der »Nationalen Front« gebildet worden.) Die Verfassungen der europäischen Volksrepubliken wollen – nach den zumeist totalitären Regimes, die zuvor in Osteuropa geherrscht haben – zunächst erklärtermaßen die Möglichkeiten der »bürgerlichen Demokratie« vollenden. Die führende sozialistische Partei sucht mit anderen Parteien (nach Ausschaltung antisozialistischer Kräfte, vornehmlich in den Jahren 1947/48) innerhalb einer »nationalen« (Tschechoslowakei), »national-demokratischen« (Rumänien), »vaterländischen« (Bulgarien) oder »patriotischen Volksfront« (Ungarn) etc. zusammenzuwirken. Damit entsteht für sie das prinzipielle Problem, wie weit nicht-proletarische Kräfte für *sozialistische* Ziele zu gewinnen sind.

b) Ebenso unterliegt auch die *Wirtschaftsordnung* einem nur schrittweisen Wandel: Unmittelbar nach dem Kriege werden die Großindustrie und der agrarische Großgrundbesitz, ferner das Eigentum von Kollaborateuren etc. enteignet und damit die Grundlagen für eine *Wirtschaftsplanung* gelegt, die erst allmählich, mit Ausdehnung des öffentlichen oder genossenschaftlichen Sektors, sich zur *Planwirtschaft* weitet.

Dabei sind mehrere Etappen zu unterscheiden:

aa) Nahezu vollständige Nationalisierung der Industrie, der Banken, des Transportwesens, des Groß- und des Außenhandels (zum Teil gegen Entschädigung): 1947 bis 1950.

bb) Nationalisierung oder Kollektivierung von Einzelhandel und Handwerk.

cc) Allmähliche »sozialistische« Umwandlung der Landwirtschaft, wobei mehrere Typen unterschiedlich vollständiger Integration der Bauernwirtschaften entwickelt werden. Das Bemühen um eine Form des Übergangs zur bäuerlichen genossenschaftlichen Großproduktion, welche die Schrecken der sowjetischen Kollektivierung meidet, ist unverkennbar. (»Kampagne«-Charakter hat freilich der Zusammenschluß der Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR zwischen 1958 und 1960 gehabt.)⁶²

Die Verwirklichung der Prinzipien einer »Volksdemokratie« verharret nun während der stalinistischen Ära in einem nicht aufgelösten Spannungsverhältnis. Auf der einen Seite steht das Bedürfnis (und auch die durch die veränderte Weltlage eröffnete *Möglichkeit*) eines »organischen«, nicht mehr dem äußersten Zeitdruck folgenden Umbaus der Sozialverfassung, unter Rücksichtnahme auf die gesellschaftlichen »Bündnis«-Partner. Auf der anderen Seite steht der schablonisierende, am Beispiel und oft genug an den Weisungen der sowjetischen Staatspartei ausgerichtete Eifer vieler Funktionäre. Der Konflikt ist zu *Stalins* Zeiten im letzten unaustragbar geblieben. Immerhin hat der in seinem Ausgangsland fast »monolithische« Stalinismus in seinem europäischen Verbreitungsgebiet eine unvermeidliche Relativierung erfahren.

Am wenigsten hat die erklärte »Bündnis«-Politik, allem Anschein nach, im deutschen Nachbarland Früchte getragen. Weder hat die führende sozialistische Staatspartei (»die Partei«, wie sie im öffentlichen Leben schlechthin heißt) den anderen politischen Gruppen bedeutende Eigenaufgaben gelassen, noch haben diese selbst – nach Ausschaltung oppositioneller Führer – innerhalb der neuen Verhältnisse von sich aus viel Eigeninitiative an den Tag gelegt. – Was aber das stalinistische Regime im deutschen Nachbarstaat – und die Anerkennung der *Staatlichkeit* des neuen Gemeinwesens ist gänzlich unabhängig von der Beurteilung der Qualität seiner derzeitigen *Führer* – auf lange Zeit belastet hat, ist die schwerste Verfehlung, die eine erklärtermaßen dem Volke verpflichtete Regierung auf sich laden kann: *Unaufrichtigkeit* im Verhältnis zu den Befohlenen. – Nach den Schrecken der braunen Diktatur war im Osten – wie im Westen – Deutschlands allenthalben der ehrliche Wille zu einem großen Neubeginnen, zu tätiger Anteilnahme an einem reformierten Staats-, Wirtschafts- und Geistesleben rege. Das vielfach

durch die Schule des sowjetischen Stalinismus gegangene Funktionärartum freilich begegnete spontanen Impulsen, die nicht von ihm selbst kontrolliert wurden, mit Mißtrauen. Der Erneuerungswille des Volkes wurde gegängelt, kanalisiert, umgedeutet, in die fertigen Formstücke monotoner Losungen für die jeweiligen »Kampagnen« eingegossen. So wurde ein großer Fundus an Vertrauen und gutem Willen verspielt. Der Widerspruch zwischen Parole und grundsatzlosem, in der Wahl der Mittel unbedenklichen, nur am unmittelbaren Augenblickserfolg orientieren Handeln warf das Volk in jene politische Indifferenz zurück, die den Machthabern ein ständig erneuertes Bekenntnisritual im gleichen Maße unentbehrlich machte, wie es dessen Glaubwürdigkeit entwertete.

Es scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, daß gerade der dauernde, dabei formelhaft verknöcherte Appell an die politisch-gesellschaftliche Gesinnung auf beiden Seiten, bei den Angesprochenen wie bei den Vermittlern der Appelle (freilich nicht bei den eigentlich initiativen Spitzenfunktionären) ein im Grunde politisch gleichgültiges, gesinnungsloses, *entfremdetes* Verhältnis zur etablierten Macht hervorgebracht hat. Wenn der Grundzug des Stalinismus überhaupt der *Opportunismus der Macht* ist, so hat dieser im *Opportunismus der Mächtigen* selbst sich wiederholt: Die Ausschaltung institutioneller Korrektive sowie einer freimütigen Kritik, die Zerstörung eines lebendigen Zusammenhangs von Führern und Geführten, die relative Verselbständigung der Machträger verwandelte die stets notwendige Führerkontrolle in eine Kontrolle der Führer durch ihresgleichen. Und eine solche Kontrolle nahm unvermeidlich die Form des *Machtkampfes* an; eines Machtkampfes, der für Außenstehende auf seinen sachlichen Kern oft nicht mehr rückführbar war und in dem es daher für die Unterführer darauf ankam, rechtzeitig die Partei des Stärkeren zu ergreifen. In diesen Kämpfen wurden die vielfältigen Beziehungen einer in sich komplexen Übergangsgesellschaft zu einfachen »Freund-Feind«-Verhältnissen schablonisiert; und *Parteisäuberung* (für *Lenin* ein Mittel, die regierende Partei von Nutznießern frei zu halten⁶³) wurde unter *Stalin* sowohl in der Sowjetunion als auch in anderen Ländern zu einer Waffe oft des persönlichen Machtkampfes, nicht nur der Spitzenfunktionäre, sondern auch der unteren Chargen. Im Feuer dieser ständigen Auslesekämpfe wurde der *Typus des internationalen stalinistischen Funktionärs* geprägt: eingeschworen auf die jeweilige Parteilinie, in seinen Auffassungen unproblematisch und von keinen Skrupeln und Zweifeln geplagt, persönlich der »Sache« bis zur Aufopferung ergeben, eben deshalb auch zur Selbstwahrung gegenüber seinesgleichen in kritischen Zeiten entschlossen und mit einem seismographisch feinen Empfinden für sich ankün-

digende Beben in der Tektonik der Machtverhältnisse begabt; im letzten: nach ideologischer Geborgenheit verlangend, unselbständig und vielfach ohne gefestigte persönliche Gesinnung.⁶⁴

Dieser Opportunismus, die Fähigkeit zur Anpassung aber ist auch den einfachen Befohlenen nahegebracht worden: einmal durch den infantilen Stil einer Propaganda und Agitation, die mehr auf das Gewicht ständiger Wiederholung der Argumente als auf deren Beweiskraft baute, durch eine Versimpelung der Fragen, die nicht gerade von hohen Erwartungen in das Denkvermögen derer zeugte, die zu den Trägern der neuen Ordnung erklärt worden waren. Zum anderen ward überall da, wo Gesinnung sich in bestimmten *erwarteten* Handlungen bekunden soll (Übernahme gesellschaftlicher Verpflichtungen aus Anlaß eines Ereignisses, Anwesenheit bei bestimmten Veranstaltungen, gemeinsamer Marsch zum Wahllokal, Heraushängen der Fahne, Beitragszahlungen, Spenden etc.), nicht nur der Geist einer selbstgerechten politischen »Werkheiligkeit«, eines *ostentativen Aktivismus*, sondern auch – was dazu gehört – der Geist der Bergewöhnung von weniger tatenfrohen Mitbürgern verbreitet. – Beide Spielarten dieses Opportunismus nun entsprechen einem letztlich *kleinbürgerlichen* Typus von Rechtgläubigen, für welche die buchstäbliche Erfüllung dessen, was sie geheißes werden, um so wichtiger ist (und die eines solchen Geheißes um so mehr bedürfen), je gleichgültiger ihnen der Sinnzusammenhang des Ganzen ist.

Für solchen Opportunismus hat sich ein Staatswesen besonders empfänglich gezeigt, dessen geschichtliches Unglück es gewesen ist, daß seine neue Ordnung nicht aus einer eigenständigen Volksbewegung hervorgegangen, sondern auf der Spitze der Bajonette einer Siegermacht ins Land getragen worden ist.

Alles in allem scheint die *Praxis* der marxistischen »Bündnis«-Politik (die selbstverständlich nicht *allein* vom guten oder schlechten Willen der regierenden marxistischen Partei selbst abhängt) im ost- (und jedenfalls im mittel-) europäischen *Ausbreitungsraum* des sowjetischen Stalinismus nach dem Kriege geringe Früchte getragen zu haben. Daß der Bruch mit dem Stalinismus in mehreren Ländern dieses Raumes (Polen, Ungarn, DDR) zeitweilig eruptive Formen angenommen hat, während in der Sowjetunion selbst der Übergang evolutär geblieben ist, zeigt die besondere Schwierigkeit an, welcher der Stalinismus in seinem europäischen Übertragungsraum begegnet ist.

3. Das Verhältnis zur nationalen Frage

Diese Schwierigkeit ist auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen hervorgetreten. Man kann nicht sagen, daß die Außenpolitik der So-

wjetunion unter *Stalin* im ganzen »stalinistisch« gewesen sei. Die Gesetze der nationalen Selbstwahrung drängen sich der Außenpolitik jeder Regierung auf; und Außenpolitik ist unvermeidlich Machtpolitik. Prinzipienlos ist sie auch unter Stalin nicht gewesen. (Das gilt auch für den Pakt mit *Hitler*, für die Rückführung von Gebieten, die schon in der Zarenzeit zum russischen Reich gehört haben, und vollends in der Haltung gegenüber den kolonialen und abhängigen Ländern.) Der Stalinismus aber tritt in folgendem hervor:

a) Im Verhältnis zu den kommunistischen Parteien anderer Länder, deren eigene Angelegenheiten in der Zeit der III. Internationale (1919 bis 1943) und auch danach in erheblichem Maße von Moskau aus ferngesteuert wurden; dies soll hier nicht weiter ausgeführt werden.⁶⁵

b) Zum zweiten zeigte sich der Stalinismus nach dem großen Kriege im Verhältnis der Sowjetmacht zu den von marxistischen Parteien regierten Ländern. Hier wurde den nationalen Regierungen in solchem Umfang hineingeredet, daß dies im Falle Jugoslawiens zum Bruch führte. Gleichzeitig wurden die wirtschaftlichen Beziehungen recht einseitig gestaltet, so daß die gleiche Führungsmacht, die durch mancherlei Hilfsleistungen den raschen Aufbau vor allem der Industrie in ihren europäischen Satrapien förderte, doch vor allem auf dem Wege des Handels (durch Vereinseitigung der terms of trade, der Wechselkursrelationen, durch unterschiedliche Preise usw.) sich erhebliche Vorteile zu verschaffen mußte.

Die Verhältnisse – die hier nur angedeutet werden können – haben sich seit Stalins Tod gründlich geändert. So sieht auch das auf dem XXII. Parteitag der KPdSU von 1961 angenommene Programm des Übergangs der Sowjetgesellschaft zum »Vollkommunismus« vor, daß mit sowjetischer Hilfe etwa gleichzeitig auch die anderen sozialistischen Länder in das Stadium des Kommunismus eintreten.

II. Das Verhältnis zur marxistischen Theorie

Bei der unlöslichen Verbindung von Theorie und Praxis im Marxismus konnte es nicht ausbleiben, daß die *gewalttätige Praxis* des Stalinismus, die Neigung, alle Fragen übers Knie zu brechen, auch nach der Theorie griff. Zwar hat der Stalinismus keine eigene Lehre, über den »Marxismus-Leninismus« hinaus, entwickelt. Wohl aber ist er in ein verändertes *Verhältnis* zur überkommenen Theorie getreten. Dies zeigt sich vor allem im folgenden:

1. Die Lehre des »wissenschaftlichen Sozialismus« und dessen besondere *Methodik*: die »materialistische« Dialektik, haben einer unver-

kennbaren *Verknöcherung* und *Dogmatisierung* unterlegen. »Während nicht ein einziger der grundlegenden dialektischen Begriffe im Sowjetmarxismus revidiert oder abgelehnt worden ist, hat die Funktion der Dialektik selbst einen bedeutsamen Wandel durchgemacht: sie ist von einer kritischen Denkweise in eine umfassende Weltanschauung und Methode mit streng fixierten Regeln und Vorschriften umgewandelt worden, und diese Umwandlung zerstört die Dialektik gründlicher als jede Revision.« (H. Marcuse.⁶⁶) In den Händen einer neuen Intelligenz, die durchwegs selbst erst in den Schulungs-»Kampagnen« der Bildungsrevolution in der Sowjetunion und anderwärts treibhausmäßig herangezüchtet worden war, erstarrte das, was für die Stifter des »wissenschaftlichen Sozialismus« eine Methode des schöpferischen Herangehens an die wechselnden Phänomene des gesellschaftlichen Lebens gewesen war, zu einem *inhaltlich fixierten* und *verwalteten* System aufgeschätzter und formelhaft weitergegebener Lehrsätze. Die Formulierung bestimmter »Grundgesetze« der Gesellschaft bezeichnet die Neigung zum Fixieren fertiger Schulweisheiten.⁶⁷ Schaden hat dabei die *dialektische* Sichtweise genommen: Die Theorie wird zur *Rechtfertigung* der Praxis, sie wird dem Opportunismus der Macht dienstbar gemacht. Hierbei gehen gerade die wichtigen *Vermittlungen* zwischen Theorie, Strategie und Taktik des Handelns verloren, wie G. Lukács aufgewiesen hat: »Die Stalinsche Tendenz ist überall, möglichst sämtliche Vermittlungen auszuschalten und die krudesten Faktizitäten mit den allgemeinsten theoretischen Positionen in einen unmittelbaren Zusammenhang zu bringen.« Stalin suchte »eine sofort einleuchtende Rechtfertigung *aller* seiner Maßnahmen so zu bewerkstelligen, daß diese als unmittelbar notwendige Folgen der marxistisch-leninistischen Lehren hingestellt wurden.«⁶⁸ Durch die »Ausschaltung der Vermittlungen, die unmittelbare Verbindung der allgemeinsten Prinzipien mit den konkreten Anforderungen der Tagespraxis ... wurde nicht die Theorie in Anwendung auf die Praxis konkretisiert, sondern umgekehrt, die Prinzipien nach den – oft bloß vermeintlichen – Bedürfnissen der Praxis bis zur Vulgarisation vereinfacht.«⁶⁹

Indem solcherart die Dialektik, die bei den marxistischen Klassikern eine der empirischen Welt weit geöffnete *Methode* gewesen war, zu festen Lehrsätzen gerann, regredierte das Denken auf die »ganz und gar abstrakte Gegenüberstellung einer reinen *Theorie*, die die Wahrheiten entdeckt, und einer reinen *Praxis*, die diese endlich gefundenen Wahrheiten auf die Wirklichkeit anwendet« – eine Tendenz, die K. Korsch beizeiten als ein Kriterium der anhebenden »ideologischen Diktatur« im Sowjetbereich wahrgenommen hat.⁷⁰ Die Scheidung von dem,

was als gesicherte, nicht weiter zu prüfende Wahrheit gilt, und einer Empirie, die dieser Wahrheit nicht widersprechen darf – wobei das Paradoxon darin besteht, daß die Theorie selbst wieder von den wechselnden Bedürfnissen des *praktischen* Handelns und Taktierens bestimmt wird –, hat zutiefst die stalinistisch besetzte *Wissenschaft* geprägt: Indem den Forschern – jedenfalls im Umkreis der Gesellschaftswissenschaften – nur die empirische *Illustration* der schon feststehenden »Gesetze« und Schemata der Gesellschaft verblieb, entwickelte sich eine Haltung, die man als *marxistischen Positivismus* bezeichnen kann: das Ausfüllen eines vorgegebenen Rahmens mit empirischem, vorgewähltem Material, das der *Beglaubigung*, nicht einmal dem *Beweis* des Behaupteten dient; ein ideeller *Hilfsdienst*, der von vornherein keine besondere schöpferische Leistung, im Grunde auch keine tiefere Gesinnung verlangt und durch willige Spezialisten ausgeführt werden kann. Weshalb denn auch die Veröffentlichungen – keineswegs nur die sowjetischen – bis auf den heutigen Tag durchwegs naiv-problemlos geblieben sind.

Die Zerreißung von Theorie und Praxis hat also auf der einen Seite zu einer »Ritualisierung der Theorie« (H. Marcuse) geführt – mit deren Kehrseite: dem oft ebenso lebensfernen wie zitatenreichen Streit der Schriftgelehrten –, und auf der anderen Seite zur Verarmung des empirischen Forschens. Dieser Sachverhalt, der schon zu *Stalins* Zeiten – und von *Stalin* selbst – wiederholt beklagt worden ist⁷¹, war freilich nicht nur ein Ergebnis des herrschenden Geisteszwangs, sondern auch des sozialen Vorgangs einer relativen *Sonderung* der geistigen Führer gegenüber den Geführten und einer mangelnden *sachkundigen* wissenschaftlichen *Kontrolle*. Wie leicht ein solcherart in seiner dialektischen Potenz beschädigter Materialismus in eine *grob-mechanistische* Sichtweise verfallen kann, zeigt neuerdings das Kokettieren der sowjetischen Philosophie mit der primitiven »Erkenntnistheorie« der (im Westen entwickelten) *Kybernetik* – wie schon vorher mit der *Pawlowschen* Reflextheorie –, welche das menschliche Denken auf die simplen Kategorien eines Reglersystems zurückbringen will.⁷²

2. Dem herrschenden Opportunismus der Macht, der sich auch die Theorie für seine praktischen Bedürfnisse *zunutze* macht, entspricht die stalinistische Auffassung von der »*Parteilichkeit*« (*partijnost'*) der Wissenschaft. Dieses Prinzip – das auch für andere Gebiete des Soziallebens, etwa für die Rechtsprechung, von großer Bedeutung gewesen ist – hat sich, so wie es verstanden und praktiziert wurde, jedenfalls in den Disziplinen der Gesellschaftslehre verhängnisvoll ausgewirkt. Zunächst fällt das Mißverhältnis zwischen der unzureichenden *erkenntnistheoretischen Klärung* des Prinzips und seiner höchst unbekümmerten *Anwen-*

dung auf. Die Beziehung zwischen »Parteilichkeit« und *Objektivität* der Wissenschaft wird – soweit Verfasser sieht – auch heute noch kaum ernstlich erörtert. Noch in der Auffassung *Lenins* bedeutete immerhin »Parteilichkeit« der Wissenschaft eine *Vertiefung* ihrer Objektivität; gerade die allseitige, umfassende Erforschung des Sachverhaltes sollte zu wissenschaftlicher Stellungnahme führen.⁷³ Im stalinistischen Denken dagegen treten Parteilichkeit und Objektivität auseinander; vieles, was zur schlichten Redlichkeit des allseitig und gründlich Prüfenden gehört, wird nun als »*Objektivismus*« verketzert. »Für die Klassiker des Marxismus galt es als selbstverständlich, daß die Wissenschaft das Material und die Gesichtspunkte liefert, auf Grund welcher die politischen Entscheidungen gefällt werden. Propaganda und Agitation erhalten ihren Stoff aus der Wissenschaft, aus der wissenschaftlich durchgearbeiteten Praxis. Stalin kehrt dieses Verhältnis um. Für ihn ist, aus Gründen der Parteilichkeit, die Agitation das Primäre.«⁷⁴ – So ist auch der gründliche Unterschied zwischen den Typen des Urteilens, zwischen rein *feststellenden* Tatbestandsurteilen, den hierauf aufbauenden *deutenden* und schließlich den wiederum hiervon sich ableitenden *wertenden* Urteilen sowohl in der Erkenntnistheorie wie vollends in der einzelwissenschaftlichen Anwendung gänzlich vernachlässigt geblieben. Bei solcher Verwilderung der Begriffe kann es nicht wundernehmen, daß Deutung und Wertung sich ständig in die einfache Aufnahme des Tatbestandes schon eingemischt haben und die Denker nicht auf Grund umfassender Analyse der Tatbestände schließlich Partei *ergriffen* haben, sondern vielmehr als Partei schon an die Sachverhalte selbst wählend und sichtend herangegangen sind.

Ein Beispiel hierfür bietet die Darstellung der sowjetischen *Partei-geschichte* in der Ära *Stalins*. Mit den Worten von G. *Lukács*: »Hier ist einfach die Parteilichkeit des obersten Funktionärs jener Demiurg, der Tatsachen schafft oder verschwinden läßt, der Menschen und Taten nach Bedürfnis zum Sein und zur Geltung erhebt oder annulliert.«⁷⁵

So hat die stalinistisch besetzte Wissenschaft – wie es H. *Marcuse* ausgedrückt hat – eine »pragmatische, instrumentalistische« Tendenz erhalten. Sie hat dazu gedient, »bestimmte Aktionen und Einstellungen zu erläutern, zu rechtfertigen, zu befördern und zu lenken ...«⁷⁶ Sie ist damit Kennzeichen der eingetretenen »Veräußerlichung der Werte« geworden.⁷⁷

Zu der Verkennung des Inhalts *wissenschaftlicher* Parteinahme ist die Verkennung derer getreten, *für die* es eigentlich Partei zu nehmen gilt. Die Meinung, nur das, was unmittelbar einsichtig sei, was durch Selbstevidenz oder durch ständige Wiederholung sich ausgewiesen habe,

sei den »Massen« bekömmlich, nur was sich sogleich in klingende Propagandamünze ausdrücken lasse, habe Berechtigung, verwandelte die Angesprochenen in einfältige Kinder. Erst in neuester Zeit scheint sich in den betroffenen Ländern – freilich zögernd – die Einsicht auch in den Gesellschaftswissenschaften durchzusetzen, daß alle Wissenschaft in einem tiefgestaffelten System fortschreitet, und daß jene Spitze der Forschung, die in unbekanntes Gelände vordringt, weder durch die Rücksicht auf gewünschte Ergebnisse noch durch die Ungewißheit des Erfolges noch durch die Schwierigkeit unmittelbarer Umsetzung der Ergebnisse in popularwissenschaftliche Form beirrt werden darf. – Die historische Opferperiode der Arbeit ist auch eine solche des Geistes gewesen. Und das permanente *sacrificium intellectus*, im Namen einer »monolithischen Einheit« der Gesamtbewegung gebracht, hat wohl nirgends mehr als in der marxistischen *Ökonomik* zu einem Rückstand des Denkens hinter der Fortentwicklung des sozialökonomischen Systems der Umwelt geführt.⁷⁸

E. DIE ÜBERWINDUNG DES STALINISMUS

Zu den tiefsten Einsichten, die der Soziologie beschert worden sind, gehört die *Marxsche* Lehre vom *entfremdeten Menschen*. In der entfalteten kommerziellen Gesellschaft prägt das Verhältnis des »*Warenfetischismus*«, der dinghaft gewordenen zwischenmenschlichen Beziehungen nicht nur den ökonomischen Verkehr der Gesellschaftsglieder, sondern schließlich *alle* ihre Lebensäußerungen. Diese – in ihrer Tragweite von der Soziologie noch keineswegs voll ermessene – Lehre nun ist auch den Marxisten für ihre eigene Einsicht in die Natur der Übergangsgesellschaft anzuempfehlen. *Das Verhältnis der Entfremdung wirkt offenbar in der proletarischen Gesellschaft zunächst fort*. Es gehört zu den »*Muttermalen*«, welche die neue Ordnung von der alten mit der *Warenform* der Produkte, mit der *Arbeit gegen Entgelt*, mit dem »*Prinzip der materiellen Interessiertheit*« und den »*ökonomischen Hebeln*« des Selbstinteresses, mit der entsprechenden *Rechtsordnung*, mit dem Zwangsinstitut der *Staatsgewalt*, mit der »*Bürokratie*« als einer Form der entfremdeten Arbeit⁷⁹ übernimmt. Dieses entfremdete Verhältnis, das sich an die *Formen* des zwischenmenschlichen Verkehrs zunächst noch heftet, schwindet offenbar nur in dem Maße, wie diese Formen selbst zurücktreten.

Der *Stalinismus* nun stellt sich dar als eine *extreme Steigerung der Formen* dieses Entfremdungsverhältnisses: Nicht nur, weil die anhalten-

de wirtschaftliche *Not* den Instinkt der Bereicherung, ein krypto-kommerzielles Denken lange Zeit wachgehalten hat, weil der planvolle Aufbau einer neuen gesellschaftlichen *Rang-* und *Vorzugsordnung* das individuelle Streben nach »oben«, den außer-sachlichen Sinn für Karriere und für die gesellschaftlichen Bedingungen des »Vorwärtskommens« befestigte, sondern auch und vor allem, weil der *Staat* als einseitig heischende und – vielfach »unberechenbar« – strafende Gewalt alle Seiten des sozialen Lebens durchdrang. Das entfremdete Verhältnis vollendete sich im *Terror* und seinen Folgen: in Furcht und Mißtrauen auch zwischen den Befohlenen.⁸⁰ Und wenn die stalinistische Diktatur in ihren *Formen* immer wieder mit inhaltlich grundverschiedenen Diktaturen anderen Typs als vergleichbar erschienen ist, so ist das *entfremdete* Verhältnis des Staates zu den ihm Unterworfenen die Ebene, auf der sie sich mit jenen getroffen hat. Im Stalinismus haben die fortwirkenden Formen der menschlichen Entfremdung den erklärten Inhalt der neuen Gesellschaft verdunkelt.

Auch die Schrecken der stalinistischen Epoche – vor allem in der Sowjetunion selbst – aber lassen den unbefangenen Urteilenden die bleibenden historischen Leistungen jener Zeit nicht verkennen. Zu ihnen gehört: 1. die *Industrialisierung* des ganzen Landes, 2. der ihr entsprechende *Umbau der Gesellschaft*, der nicht nur Dutzende von Millionen auf halb tierischer Stufe dahinvegetierender *Mushiks* an das Niveau einer industriellen Zivilisation herangeführt, sondern vor allem auch der *Frau* eine neue Welt tätiger Entfaltung eröffnet hat; 3. die *Kulturrevolution*, die ein halb analphabetisches Volk in kürzester Zeit zum Träger einer neuen historischen Idee *werktätiger Bildung* erzogen hat. Es darf auch nicht vergessen werden, daß dieses Volk, schwer gebeugt unter den ungeheuren Lasten einer historischen Opfergeneration, seine große gesellschaftliche Hoffnung im zweiten Weltkrieg mit Zähnen und Klauen gegen die Invasionsmacht verteidigt hat. Über welche Lebenskraft verfügt offenbar eine Ordnung, die selbst in den finstersten Jahren der Gewaltsamkeit solche Kräfte freimachen konnte!

Wenn das stalinistische System die *Übersteigerung* einer Tendenz bezeichnet, die in den historischen Voraussetzungen und Aufgaben einer Ordnung *angelegt* war, welche ein ungeheueres geschichtliches Pensum vorindustrieller Aufgaben – nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern darüber hinaus in vielen anderen Lebensbereichen – unter größtem Zeitdruck nachzuholen hatte, so lag es in der Natur der Sache, daß mit der Bewältigung der Aufgaben, mit dem Schwinden der Ausgangsbedingungen auch das System einer rohen, veräußerlichten Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen ins Wanken kommen

mußte. Der industrielle, zivilisatorische und kulturelle Umbruch, der mittlerweile vollzogen worden ist, hat, zunächst im Ausgangslande des Stalinismus, mit dem *Bedürfnis* nach *Zwang* auch der *Willkür* die Grundlage entzogen, ja diese als ein objektives Hindernis der Fortentwicklung erwiesen, und einer vertieften Auffassung der Innen- und Außenbeziehungen der neuen Gesellschaft Raum verschafft. Die Periode des *Erstaufbaus der Industrie* ist sichtbar zum Abschluß gelangt; die *intensive* Phase der Industrialisierung, zu der jedes industrielle Land einmal übergeht, hat die frühe geschichtliche Etappe des *extensiven* Industriebaus abgelöst. Die heftige Erschütterung der traditionellen Bevölkerungsstruktur, von der jene Etappe begleitet war (schlagartige Verstärkung vieler Millionen Bewohner des flachen Landes, Erschließung neuer Wirtschaftsgebiete, Eingliederung der Frauen in den Arbeitsprozeß), ist seit längerem einem evolutären Prozeß gewichen. Eine neue, reife, zu eigener Initiative befähigte Produzentenschaft ist, in Stadt und Land, herangewaschen. – Zugleich ist der eiserne Ring der Isolierung für das Stammland des Stalinismus durch die Folgen des zweiten Weltkrieges gebrochen worden. In seinen Satrapien schließlich mußte der sowjetische Stalinismus die Wahrheit seiner eigenen These erfahren: das Zeitalter des Nationalstaates ist noch nicht vorbei. Und es führen mehr Wege zu einer Ordnung der Gemeinwirtschaft, als *Stalins* Schulweisheit sich träumen ließ. Die praktische und prinzipielle Neubesinnung, die in den letzten Jahren auf allen Lebensgebieten und in allen Ländern mit stalinistischer Vergangenheit eingesetzt hat, weist auf das Ende einer Epoche hin.

Daß diese Bewältigung der stalinistischen Vergangenheit gelinge, sollte auch die Umwelt, um ihrer selbst willen, wünschen. Der Geist der *Humanität* ist zwar geschichtlich gebunden, doch verwirklicht er sich zu jeder Zeit nur als ein *allgemeiner*. Und eine Gesellschaft beglaubigt ihre eigene Sittlichkeit stets an ihren Gegnern. Vollends aber kennt *Wissenschaft*, jener Humanismus der *tätigen Aufklärung*, nur *eine* Partei: die gegen das geschichtlich *vermeidbar* gewordene *Unrecht* gerichtete – wo immer solches geschieht.

1 Phänomenologie des Geistes, zitiert nach »Sämtliche Werke«, Bd. II, Leipzig 1949⁵, S. 163.

2 Vgl. W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956, S. 225 ff.

3 »Die Vererbung der politischen Macht ist stets das wirksamste Mittel gewesen, der eigenen Klasse das Dominium zu erhalten.« (R. Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, zitiert nach dem Neudruck der 2. Aufl., Stuttgart 1958, S. 14.)

4 Vgl. H. Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sozialistischen Marxismus, a. d. Am. Neuwied und Berlin 1964 S. 115 ff.; W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, S. 477 ff. – Auch für I. Deutscher resümiert sich das System Stalins in der schlichten »Technik seiner Regierung«. (Stalin. Die Geschichte des modernen Rußland, a. d. Engl. Stuttgart 1951, S. 376.)

5 Der vielgehegte Zweifel, ob diese Verwaltung nicht von einem bestimmten Zeitpunkt an ihren Auftragscharakter verloren habe, wäre nur durch eine Untersuchung der Frage zu entscheiden, wann ein Staat aufhört, sich in objektiver Übereinstimmung mit den Wohlfahrtszielen der Nation – im weitesten Sinne verstanden – zu befinden. Eine solche Frage wäre bei jeder Regierung zu stellen; die Technik der Regierungsbestellung ist für ihre Beantwortung unerheblich. Den Anspruch, »Diktatur des Proletariats« zu sein, wird man der frühen Sowjetmacht jedenfalls ebenso zugestehen dürfen, wie wir von der parlamentarischen Staatsordnung annehmen, sie sei ihrer Natur nach »demokratisch«.

6 Vg. H. Marcuse, aaO, S. 30 f. und passim.

7 Vgl. auch G. Lukács, Privatbrief über Stalinismus, abgedruckt in »Forum«, Wien 1963, S. 335.

8 Vgl. Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. IV, Berlin 1959, S. 481; F. Engels, Grundsätze des Kommunismus, 1847, Bd. IV, S. 372; K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, geschrieben 1875, Werke Bd. XIX, Berlin 1962, S. 28. – Vgl. zum folgenden auch Th. Ramm, Die künftige Gesellschaftsordnung nach der Theorie von Marx und Engels, in »Marxismus-Studien«, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 77 ff.

9 Das Proletariat hebt mit den alten Produktionsverhältnissen »die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, der Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf«. (Manifest der Kommunistischen Partei, aaO S. 482; vgl. auch K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, 1844, Werke Bd. I, Berlin 1957, S. 390 f.; K. Marx, F. Engels, Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik, 1845, Werke Bd. II, Berlin 1958, S. 38; W. I. Lenin, Staat und Revolution, 1917, zitiert nach »Ausgewählte Werke in zwei Bänden« (im weiteren: A. W.), Bd. I Moskau 1946, Bd. II Moskau 1947 (in deutscher Sprache), hier Bd. II, S. 226.

10 Vgl. K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Assoziation, 1871, Werke Bd. XVII, Berlin 1962, S. 336 ff.; F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«), in Buchform erstmals 1878, Werke Bd. XX, Berlin 1962, S. 261 f.; Brief von K. Marx an J. Weydemeyer vom 5. 3. 1852, Werke Bd. XXVIII,

Berlin 1963, S. 508; W. I. Lenin, *Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus*, 1920, A. W. Bd. II, S. 672.

11 Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich* aaO, S. 336.

12 Marx, aaO, S. 339.

13 Vgl. Manifest der Kommunistischen Partei, S. 482; F. Engels, *Antidürring*, aaO, S. 261. – »Von dem Augenblick an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit selbst gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregierung in ihre Hände genommen haben ... – von diesem Augenblick an beginnt die Nowendigkeit irgendeines Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Augenblick, in dem sie überflüssig wird.« (Lenin, *Staat und Revolution*, S. 237.)

14 Vgl. Marx über die Pariser Kommune, aaO, S. 339 und passim.

15 Vgl. etwa *Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll*, 1917, A. W., Bd. II, S. 91 und passim; *Die Aufgaben der Revolution*, 1917, A. W., Bd. II, S. 143; *Staat und Revolution*, 1917, aaO, S. 236; *Entwurf der Bestimmungen über die Arbeiterkontrolle*, 1917, aaO, S. 269 f.; *Entwurf eines Dekrets über die Sozialisierung der Volkswirtschaft*, 1917, aaO, S. 286; *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*, 1918, aaO, S. 359 und passim.

16 *Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats*, aaO, 1919, S. 617.

17 Vgl. F. Engels, *Grundsätze des Kommunismus*, aaO, S. 372 – Allerdings haben sich die Klassiker des Marxismus, im Unterschiede zu den Anarchisten, Blanquisten, revolutionären Syndikalisten etc., niemals auf das »letzte Gefecht« festgelegt. Die Mittel und Formen der gesellschaftlichen Umwandlung waren für sie nicht Frage des Prinzips. Sowohl Marx (vgl. dessen Konспект der Debatten um das Sozialistengesetz, geschrieben 1878, in: Marx und Engels, *Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere*, Moskau 1933, S. 516) als auch Engels (*Grundsätze des Kommunismus*, 1847, Werke, Bd. IV, S. 372; *Einleitung von 1895 zu K. Marx' Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, Werke, Bd. XXII, hier S. 512 ff.) haben die Möglichkeit eines »friedlichen« parlamentarischen Weges berücksichtigt. Lenin kennt die Pererastanie, das »Hinüberwachsen« einer bürgerlichen Republik in den Arbeiterstaat, und hat ein solches noch einige Zeit nach der russischen Revolution vom Februar 1917 für möglich gehalten. (Siehe dazu auch H. Marcuse, aaO, S. 43 f. – Zur Mehrdeutigkeit des Engels'schen Revolutionsbegriffes vgl. H. Bollnow, *Engels' Auffassung von Revolution und Entwicklung in seinen »Grundsätzen des Kommunismus« (1847)*, in »*Marxismus-Studien*«, Bd. I, Tübingen 1954, S. 77 ff., besonders S. 87 ff.). – Neuerdings hat die Moskauer Deklaration der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 wiederholt, daß unter den gewandelten Bedingungen unserer Zeit der Übergang zu einer Ordnung der Produzentenmacht auch auf parlamentarische Weise vor sich gehen könne.

18 Vgl. F. Engels, *Antidürring*, aaO, S. 263 f.

19 *Manifest der Kommunistischen Partei*, aaO, S. 479.

20 F. Engels, *Grundsätze des Kommunismus*, aaO, S. 374 f.

21 F. Engels, *Antidürring*, aaO, S. 262.

22 Vgl. »Sozialdemokratie und provisorische revolutionäre Regierung«, 1905, in Werke, Bd. VIII, Berlin 1958, S. 280.

23 Die russische Revolution »wird der Anfang des Durchbruchs der Front, der Front der Interessen des Kapitals im Weltmaßstab sein«. (Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, September 1917, A. W. Bd. II, S. 26.) So erwartete Lenin auch, daß nach einer proletarischen Revolution in einem oder in mehreren der fortgeschrittenen Länder Rußland im »sozialistischen« Sinne nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein »rückständiges« Land sein werde. (Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, 1920, S. aaO, 669.)

24 Die von Lenin entwickelte und heute in den festen Bestand des Lehrgutes der Kommunistischen Parteien eingegangene Theorie der »ungleichmäßigen Entwicklung« zwischen den Ländern der Weltwirtschaft ist später von großer Bedeutung für die Frage der »Gleichzeitigkeit« des Übergangs einzelner Länder zu einer neuen Gesellschaftsordnung geworden – wie übrigens auch für die Frage nach den Formen eines solchen Übergangs, der Entwicklung neuer Varianten von »sozialistischer« Gesellschaft usw. Schon 1915 hatte Lenin, die Ereignisse von 1917 vorwegnehmend, dazu geschrieben: »Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Land möglich ist.« (Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, A. W. I, S. 753.)

25 Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, September 1917, A. W. II, S. 130.

26 Marcuse, aaO, S. 29 – Vgl. auch G. Lukács, Privatbrief, aaO. S. 335.

27 Man vergleiche auch den Abschluß des Antikomintern-Paktes zwischen den Regierungen Deutschlands und Japans im Jahre 1936, dem 1937 Italien, 1939 Franco-Spanien, Ungarn und das von Japan besetzte Mandschukuo beitraten.

28 Siehe dazu auch R. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, a. d. Am. Frankfurt o. J., S. 704, 707.

29 H. Marcuse, aaO, S. 85.

30 Nach der Volkszählung von 1926 waren im Gesamtgebiet der UdSSR nicht weniger als 48,9 % der über neun Jahre alten Menschen schriftunkundig.

31 Man vergleiche etwa die folgenden Äußerungen: »Je weniger organisatorische Erfahrung das russische Volk hat, desto entschiedener muß die organisatorische Aufbauarbeit vom Volke selbst und nicht allein von den bürgerlichen Politikastern und Beamten in einträglichen Stellungen in Angriff genommen werden.« (Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, September 1917, aaO, S. 28). – Das Programm einer allgemeinen Durchorganisation der Volkswirtschaft »kann nur bei selbständigem historischen Schöpferum der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Mehrheit der Werktätigen, erfolgreich durchgeführt werden.« (Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, April 1918, S. aaO, 359) – »Was wir selbst erobert, was wir dekretiert, zum Gesetz gemacht,

beraten und festgesetzt haben, müssen wir in dauerhaften Formen der täglichen Arbeitsdisziplin verankern ... Wir müssen es lernen, den stürmischen, wie Hochwasser im Frühjahr über alle Ufer brandenden Versammlungsdemokratismus der werktätigen Massen mit der eisernen Disziplin während der Arbeit, mit der unbedingten Unterordnung unter den Willen einer Person, des sowjetischen Leiters, während der Arbeit zu vereinigen. Das haben wir noch nicht gelernt. Das werden wir lernen.« (Aao, S. 387) – Die Sowjetdemokratie soll dafür sorgen, daß »zum ersten Male damit der Anfang gemacht wird, daß tatsächlich die ganze Bevölkerung ausnahmslos verwalten lerne und zu verwalten anfang.« (Aao, S. 388.) »Je entschlossener wir jetzt für eine rücksichtslose starke Macht, für die Diktatur einzelner Personen in bestimmten Arbeitsprozessen, in bestimmten Momenten lediglich ausführender Funktionen eintreten müssen, desto mannigfaltiger müssen die Formen und Methoden der Kontrolle von unten sein, um jede Spur einer Möglichkeit der Entstellung der Sowjetmacht zu paralisieren, um das Unkraut des Bürokratismus unaufhörlich, unermüdlich auszureißen.« (Aao, S. 390) – »Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen, ist nur dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird.« (Der Staat der Arbeiter und die Woche der Partei, Oktober 1919, aaO, S. 613.).

32 Vgl. W. Hofmann, Parteigeschichtliche Grundlagen des sowjetischen Stalinismus, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 1954, S. 304 ff.

33 Vgl. insbesondere Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen (1923, aaO, S. 1000 ff.); Lieber weniger, aber besser (1923, aaO, S. 1005 ff.).

34 Von der geläufigen »Totalitarismus«-Kritik wird übersehen, daß auch eine Ordnung staatlicher Zwangsmacht – Tyrannis, Despotie oder wie immer benannt – in der Geschichte von progressiver oder regressiver Natur sein kann. So heben sich auch zwei Typen von Diktatur scharf voneinander ab: historische Erziehungsdiktatur und gesellschaftliche Beharrungsdiktatur. »Erziehungsdiktaturen leiten eine neue Epoche der sozialen Entwicklung ein, Beharrungsdiktaturen stehen häufig am Ende einer alten.« (W. Hofmann, Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Zur Deutung der Sowjetgesellschaft von heute, Berlin 1955, S. 124; vgl. auch H. Marcuse, aaO, S. 115; F. Neumann, Notes on the Theory of Dictatorship, in »The Democratic and the Authoritarian State«, Glencoe/Illinois 1957, S. 233 ff.)

35 Zwischen dem XVIII. Unionsparteitag von 1939 und dem erst nach Stalins Tod abgehaltenen XIX. Parteitag von 1956 lagen 17 Jahre. Ebenso vergingen zwischen dem (früher alljährlich einberufenen) Gewerkschaftskongreß von 1932 und dem nächsten von 1947 15 Jahre.

36 Vgl. das Dekret über die Arbeiterkontrolle vom 14. II. 1917.

37 Es »obliegt den Gewerkschaften in bezug auf die sozialisierten Betriebe unbedingt die Pflicht, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, zur Hebung ihres Lebensstandards im Rahmen des Möglichen beizutragen, indem sie ständig die Fehler und Übertreibungen der Wirtschaftsorgane korrigieren, soweit sie bürokratischen Auswüchsen des Staatsapparates entspringen.« (Über die Rolle

und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, 1922, aaO, S. 902.)

38 Vgl. I. W. Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, 1926, in »Fragen des Leninismus«, hier nach der Ausgabe Moskau 1947, S. 148.

39 Näheres bei W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, S. 237 ff.

40 G. Lukács, Zur Debatte zwischen China und der Sowjetunion. Theoretisch-philosophische Bemerkungen, »Forum« (Wien) 1963, S. 521. Hervorhebung durch mich; W. H.

41 Vgl. Was tun?, 1902, Kap. III/c. – Zu Lenins Auffassung vom Verhältnis der marxistischen Partei zu den Massen siehe auch A. C. Meyer, Leninism, Cambridge/Mass. S. 37 ff. Vgl. im übrigen Manifest der Kommunistischen Partei, S. aaO, 474.

42 M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1956⁴, S. 577 f., 845 ff.; vgl. auch M. G. Lange, Politische Soziologie, Berlin/Frankfurt 1961, S. 163 f.; R. Bendix, Herrschaft und Industriearbeit, Frankfurt 1960; U. Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963, S. 55.

43 Im gleichen Sinne H. Marcuse: »Bürokratie, ganz gleich wie riesig sie ist, bringt als solche noch keine sich von selbst perpetuierende Macht hervor, wenn sie keine eigene ökonomische Basis hat, der ihre Position sich verdankt oder wenn sie nicht mit anderen sozialen Gruppen verbündet ist, die eine solche Machtbasis besitzen.« (AaO, S. 112 f.) »Die sowjetische Bürokratie verfügt ... allem Anschein nach über keine Grundlage, um Sonderinteressen gegen die überwältigenden allgemeinen Erfordernisse des gesellschaftlichen Systems wirksam zu festigen, auf welchem allein sie selbst beruht.« (Aao, S. 116) Siche auch W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, S. 477 ff.

44 Siche dazu auch L. Kofler, Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie, Köln 1952, S. 37 f.

45 Vgl. W. Hofmann, Wohin steuert die Sowjetwirtschaft?, Berlin 1955, S. 74 ff.

46 Vgl. Was tun?, A. W. Bd. I, S. 219 ff.; ferner Der »linke Radikalismus« etc., Bd. II, S. 697.

47 Zu den Anfängen der russischen Gewerkschaften vgl. vor allem W. Grinewitsch, Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland, Bd. I: 1905–1914, a. d. Russ., Berlin 1927.

48 Vgl. die Provisorischen Bestimmungen über Berufsvereine von 1906.

49 W. Koch, Die bolschewistischen Gewerkschaften, Jena 1932, S. 124. – Vgl. auch M. Tomskij, Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Rußland, Bibl. der Komm. Internationale, Bd. 17, Berlin 1921, S. 34 f.; W. Hofmann, Parteigeschichtliche Grundlagen etc., aaO, S. 310 f.

50 Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, 1922. A. W. Bd. II, S. 905.

51 AaO, S. 906.

52 AaO, S. 902. Vgl. dazu auch die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuchs von 1922.

53 AaO, S. 907 f.

54 Daß Stalin auch in anderer Hinsicht »in späteren Jahren de facto (nicht in der Argumentation) die Linie Trotzkijs und nicht Lenins weitergeführt hat«, ist zu Recht von G. Lukács hervorgehoben worden. (»Privatbrief«, aaO, S. 336.)

55 VO des Ministerrats und des Zentralrats der Gewerkschaften vom 9. 6. 1958.

56 AaO, S. 493.

57 Siehe auch F. Engels, Grundsätze des Kommunismus, Werke Bd. IV, S. 379 f.

58 Vgl. vor allem Arbeiterpartei und Bauernschaft, 1901; Was tun?, 1902; Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, 1905. Siehe auch A. C. Meyer, aaO, S. 107 ff.

59 Man vergleiche die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der III. Internationale in Moskau 1935.

60 »Uns haben sich hier und da Streber, Abenteurer an die Rockschöße gehängt, die sich Kommunisten nennen ..., weil die Kommunisten jetzt an der Macht sind ... Diese Leute, die nur durch Kriecherei vorwärtskommen wollen, wenden auf dem Lande Zwang an und glauben, daß das gut wäre. ... Wir dürfen nicht vergessen, welch gewaltigen Schaden jede Maßlosigkeit, jedes Schnellfeuertempo und jede Überstürzung verursachen. ... Hier (im Dorfe, W. H.) mit Gewalt vorgehen, hieß die ganze Sache zugrunde richten.« (Bericht über die Arbeit im Dorf auf dem VIII. Parteitag der KPR am 23. März 1919, A. W. II, S. 536 ff.) Vgl. auch Lenins Appell an die »Macht des Beispiels«, welche die kleinen Landwirte veranlassen solle, »um des eigenen Vorteils willen zum kollektiven, mit Maschinen arbeitenden Großbetrieb in der Landwirtschaft überzugehen.« (Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage für den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 1920, A. W. II, S. 767; vgl. auch Rede an die Delegierten der Komitees der Dorfarmut des Moskauer Gebiets, 8. II. 1918, in Werke, Bd. XXVIII, Berlin 1959, S. 170 f.)

61 Zur Debatte zwischen China und der Sowjetunion, aaO, S. 585, 583.

62 Nach Angaben der Zeitschrift »Ostprobleme« vom 12. 6. 1959 (S. 387) betrug der Anteil der öffentlichen und kollektivierten Agrarfläche am gesamten agrarischen Areal im Jahre 1958 in Bulgarien 90 % (März), in der Tschechoslowakei 71 % (März), in Albanien 58 % (Januar), in Rumänien 52 % (März), in Ungarn 22 % (März), in Polen 15 % (Januar). – In der DDR stieg der Anteil der »Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften« (LPG) an der agrarischen Nutzfläche von 29,4 % gegen Ende 1958 auf 40,2 % gegen Ende 1959 und weiter auf 84,2 % gegen Ende 1960. Gleichzeitig sank der Anteil der selbständigen bäuerlichen Betriebe von 62,2 % auf 51,8 % und schließlich auf 7,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. (Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1962, S. 403. – Der Erhebungsstichtag ist nicht genau bezeichnet. Die Differenz zwischen 100 % und den addierten Anteilen der genossenschaftlichen und selbständigen Betriebe entfällt auf volkseigene Betriebe.)

63 Vgl. Lenin, Der Staat der Arbeiter und die Woche der Partei, Oktober 1919, A. W. Bd. II, S. 611 f.

64 So hat sich vor allem nach dem Kriege bei westeuropäischen Überläufern und Renegaten immer wieder eine erstaunliche Fähigkeit zum raschen Sinneswandel, zum verhältnismäßig glatten Anschluß an ganz anders geartete Meinungshaufen gezeigt.

65 Vgl. dazu etwa R. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt am Main o. J. (englische Originalausgabe, 1948).

66 AaO, S. 137.

67 Siehe dazu H. Dahm, Die Dialektik im Wandel der Sowjetphilosophie, Köln 1963, S. 21 ff.

68 Privatbrief etc., S. 387.

69 AaO, S. 407. Vgl. auch denselben, Zur Debatte zwischen China und der Sowjetunion, aaO, S. 521. – Lukács nennt als Beispiel solcher Drapierung taktischer Entscheidungen mit den Mitteln einer auf die Umstände nicht passenden »strategischen Linie« den Pakt Stalins mit Hitler im Jahre 1939, den Lukács als taktischen Schritt bejaht, den Stalin aber mit der aus dem ersten Weltkrieg entlehnten bolschewistischen Losung der »Verwandlung des imperialistischen Kriegs in einen Bürgerkrieg« deckte. »Die damals richtigen strategischen Losungen Lenins ... sollten unverändert für Länder gelten, die sich gegen den Hitlerfaschismus verteidigen sollten und wollten.« (AaO, S. 407.) Es ist bekannt, in welche Verlegenheit sich dadurch eine kommunistische Partei wie etwa die französische versetzt fand. – Andererseits aber sind Prinzipienfragen der »Strategie« oft genug unter den rein taktischen Gesichtspunkten der wechselnden Tagesbedürfnisse entschieden worden: so im Machtbereich des Stalinismus etwa Fragen, die sich auf das Verhältnis zu den gesellschaftlichen »Verbündeten« bezogen. Der Vorzug, der dem Augenblickserfolg einer Maßregel gegenüber den längerfristigen Folgen und – im Zusammenhang damit – dem praktischen Resultat gegenüber der Wirkung auf die Meinung der Beteiligten oder Betroffenen gegeben wurde, der rüde Praktizismus und die Wahllosigkeit in den Mitteln kennzeichnen den stalinistischen Opportunismus der Macht.

70 Marxismus und Philosophie, Leipzig 1923. Hier nach der 2. Aufl. von 1930, S. 37, 42.

71 So wettet Stalin in seiner Spätschrift Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft (1950; hier zitiert nach der deutschen Ausgabe, Berlin 1951) gegen »Buchstabengelehrte und Talmudisten«: »Die leiseste Kritik am Stand der Dinge in der sowjetischen Sprachwissenschaft, selbst die zaghaftesten Versuche einer Kritik ... wurden von den führenden Kreisen der Sprachwissenschaft verfolgt und unterbunden. Wegen kritischer Einstellung zum Erbe M. J. Marrs, wegen der geringsten Mißbilligung der Lehre M. J. Marrs wurden wertvolle Fachkräfte und Forscher auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft ihrer Posten enthoben oder auf niedrigere Posten versetzt ... Es ist allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann. Aber diese allgemein anerkannte Regel wurde in unverfrorener Weise ignoriert oder mit Füßen getreten. Es bildete sich eine

abgekapselte Gruppe unfehlbarer leitender Persönlichkeiten heraus, die, nachdem sie sich gegen jede Möglichkeit einer Kritik gesichert hatte, eigenmächtig zu wirtschaften und ihr Unwesen zu treiben begann. (S. 37; ähnliche Äußerungen Stalins aus vorausgegangener Zeit sind wiedergegeben bei L. Kofler, *Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie*, Köln 1952, S. 56 f.) Der es selbst am ärgsten getrieben hatte, erschrak schließlich vor der Drachensaat, die ihm aufgegangen war.

72 Siehe dazu Z. Rovenskij, A. Uemov, E. Uemova: *Mašina i mysl'*, Moskau 1960 (deutsch 1962); *Filosofskaja Enciklopedija*, Bd. II, Moskau 1962, Artikel »Kibernetika«, S. 495 ff., hier besonders S. 501; ferner H. Dahm, *Dialektik im Wandel der Sowjetphilosophie*, Köln 1963, S. 48 ff., 70 ff.

73 Vgl. Der ökonomische Inhalt der Volkstümmerrichtung und die Kritik an ihr in dem Buch des Herrn Struve, geschrieben 1894/95; hier zitiert nach Werke Bd. I, Berlin 1961, S. 414, 420 ff., 431 ff.

74 G. Lukács, Privatbrief etc., S. 408. – Vgl. auch I. M. Bochenski, *Der sowjetrussische dialektische Materialismus*, Bern und München, 3. Aufl. 1960, S. 107 ff.

75 G. Lukács, ebenda.

76 AaO, S. 32.

77 AaO, S. 198.

78 Zu den unerledigten Fragen der marxistischen Gegenwartsökonomie vgl. W. Hofmann, *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin 1962, S. 218 ff.

79 Vgl. zu letzterem G. Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923, S. 110.

80 Das Unbehagen der stalinistischen Literaturfunktionäre gegenüber F. Kafka, dem Schriftsteller jener totalen zwischenmenschlichen Entfremdung, die sich in seinem Roman *Der Prozeß* zum gespenstischen Verhör und zur schließlichen Hinrichtung eines Mannes durch namenlose Richter für eine niemals benannte, für das Ablaufen des Justizmechanismus gänzlich gleichgültige Tat steigert, das – erst kürzlich beendete – Totschweigen Kafkas ist verräterisch.

Herbert Claas

VOR ZEHN JAHREN STARB WERNER HOFMANN

Die Bundesrepublik Deutschland verbigt die Geschichte ihrer ökonomischen und politischen Entwicklung in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens für den Erfahrungshorizont derjenigen Generation, die sich mit den sozialen Protestbewegungen der späten sechziger Jahre erstmals politisch regte, hinter der Fassade der autoritär befriedigenden christlich-demokratischen Regentschaft. Erst mit der ökonomischen Krise 1966/67, mit dem steuernden Zugriff des Staates in Gestalt der Großen Koalition und der Anpassung seines Machtinstrumentariums an die gewachsenen Aufgaben durch verfassungsändernde Notstandsvollmachten und Maßnahmegesetze, traten wieder demokratische Gegenkräfte sichtbar hervor und formulierte und praktizierte insbesondere die studierenden und die Gewerkschaftsjugend radikale Gesellschaftskritik.

In diesem politischen Umkreis gewann die Arbeit des Soziologen und Nationalökonomen Werner Hofmann, der vor 10 Jahren, am 9. November 1969 im Alter von 47 Jahren starb, als Lehrer, Kritiker und Initiator ihr Gewicht. Neben Wolfgang Abendroth, dem bis dahin einzigen marxistischen Hochschullehrer an einer bundesrepublikanischen Universität, prägte er sich als außergewöhnlicher Gelehrter ein in das Bewußtsein nicht nur der Studierenden, der Kollegen und Mitarbeiter, sondern auch einer großen Öffentlichkeit. Seine Standortbestimmung der „Wissenschaft als gesellschaftliches Oppositionsprinzip“ (Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht, 1961) in der von gesellschaftlichen Widersprüchen scheinbar so gereinigten Adenauer-Ära brach mit der Tradition deutscher Universitätswissenschaftler, an sozialen Bewegungen leidend teilzunehmen und erhob angesichts des Gesellschaftszustandes zur Maxime, „daß seiner historischen Pflicht als Zeitgenosse genügt, wer seiner Zeit widerspricht“. (Die säkulare Inflation, 1962.)

Bis zu seiner Berufung nach Marburg (1966) trug er den Widerspruch mit Zurückhaltung vor, selbstverleugnend in der Benennung politischer Konsequenzen, aber unbeirrt in der Wahl und Bearbeitung seiner drei großen Gegenstände: der lehrgeschichtlichen Entwicklung der ökonomischen Theorie, der Analyse des Spätkapitalismus und der Analyse der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Zunft der

bürgerlichen Nationalökonomien dankte es ihm mit gründlicher Nichtachtung – nur allzu begreiflich, da sie sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, seit einem Jahrhundert, seit der Abkehr von der Frage der klassischen Ökonomen nach den Quellen des Volkwohlstandes, den Charakter einer gesellschaftlichen Rechtfertigungslehre angenommen zu haben. (Das Elend der Nationalökonomie, 1966.) In den drei Bänden der „Sozialökonomischen Studientexte“ zur „Wert- und Preislehre“ (1964), zur „Einkommenstheorie“ (1965) und zur „Theorie der Wirtschaftsentwicklung“ (1966) versammelte Hofmann in systematisch begründeter Auswahl Quellentexte zur Entwicklung der ökonomischen Theorie vom Merkantilismus bis zur Gegenwart und erläuterte sie in verbindenden Kommentaren aus seinem wissenschaftssoziologischen Blickwinkel: Es gelte nicht nur, „die Wirklichkeit der Wirtschaftsgesellschaft mit Hilfe der Theorie, sondern auch die Theorien mit Hilfe der begriffenen Wirklichkeit zu deuten“. (Wert- und Preislehre) Dieser sozialgeschichtliche Aspekt der Theorienselektion bestimmt auch die „Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts“ (1962, 6. Aufl. 1979), in der Hofmann dem Verfall der Nationalökonomie zur Interessenwissenschaft der Herrschenden den Bewußtwerdungsprozeß und die Denkergebnisse der sozialen Emanzipationsbewegungen entgegenhält.

So nachhaltig Hofmann die Dogmengeschichte der ökonomischen Theorie vom Standpunkt der begriffenen Wirklichkeit kritisierte, so wenig abgeschlossen hinterließ er sein Werk in seinem zweiten großen Arbeitsbereich, dem der Analyse des Spät- oder Monopolkapitalismus, der ihm am dringlichsten schien. Schon in seiner Doktorarbeit über „Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ (1954) sah er die gerade entwickelten makro-ökonomischen Lenkungs- und Regulierungsmodelle für die spätkapitalistische Wirtschaft als sachlich unstimmg und letztlich unwirksam an, da sie von falschen Voraussetzungen über die sozio-ökonomischen Gegebenheiten ausgingen. Es folgten kleinere Arbeiten über den „Europa-Markt und Wettbewerb“ (1959) und „Die säkulare Inflation“ (1962), in denen er die Internationalisierung des Kapitals, die planmäßige Aufteilung der Märkte zwischen den weltumspannenden Konzernen und die Spezialisierung der Produktion analysierte und die Tendenz der säkular ansteigenden Preise auf die oligopolistische Markt- und Machtstruktur zurückführte. Ansonsten finden sich in seinen Veröffentlichungen allgemeine Skizzen, durch die Grundlagen und Anleitungen zum Weiterstudium vermittelt werden sowie verstreute und kurze Erörterungen über Einzelphänomene wie Krisen, Konzentration, Rüstungswirtschaft und zunehmende Staatsaktivität im Wirtschaftspro-

zeß. Die geschlossene Darstellung des monopolkapitalistischen Systems blieb in den Anfängen stecken.

Der dritte Arbeitsbereich, die Erforschung der Sowjetgesellschaft von theoretischen Positionen aus und mit Methoden, die deren Struktur und Anspruch entsprechen, fand in der Habilitationsschrift „Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion“ (1956) sein herausragendes Resultat. Sie untersucht die Probleme der Ökonomie der Arbeitskräfte, ihrer Erziehung und Lenkung während der Phase forcierter Industrialisierung der Sowjetunion als gleichsam nachholender Erzeugung gesellschaftlichen Reichtums unter feindlichsten Umweltbedingungen. Pointiert auf die weltweite Auseinandersetzung der Gesellschaftssysteme bezogen sind die Aufsätze zu „Stalinismus und Antikommunismus“ (1967), in denen er die assoziativen, gestaltlosen Vorstellungen, die sich mit diesen Begriffen verbinden, auf soziologisch erfaßbare Sachverhalte zurückführte.

Seine Lebensgeschichte hat ihren Anteil am Zustandekommen des wissenschaftlichen Werkes Werner Hofmanns und an dem Drängen auf gesellschaftliche Veränderung, wengleich er selber es vermied, durch Hervorkehren der Person den Blick auf die Sache, den Inhalt der Gesellschaftslehre, zu verstellen. Am 17. Juli 1922 in Meiningen/Thüringen als Sohn eines Bankdirektors und einer Malerin geboren, verbrachte er seine Schulzeit in München. Im gleichen Jahre 1941, in dem er das humanistische Gymnasium abschloß, brachte ihn die Anwendung der faschistischen Rassengesetze in ein Zwangsarbeitslager. Bis zur Niederlage des deutschen Faschismus erlebte er, daß nächste Familienangehörige ermordet wurden. Dies trug dazu bei, daß Werner Hofmann, obzwar ihn die großbürgerliche Abkunft mit anderen kritischen Sozialwissenschaftlern verband, nicht bei deren Trauer um den Verlust der bürgerlichen Aufklärung stehenblieb, sondern die weiterreichende Frage nach der Aufhebung bürgerlicher Klassenherrschaft selber stellte. Er hatte ihre Ordnung nicht mehr als progressiv-funktionierende, sondern in der Gestalt der Dummheit und Brutalität des Faschismus erfahren. So waren ihm die gesellschaftlichen Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht Abwege, sondern Weg der kapitalverwertenden Herrschaftsordnung und der sie tragenden Klasse, des Bürgertums. Der Anstoß zur wissenschaftlich-systematischen Kritik war ihm vom illegalen kommunistischen Widerstand vermittelt worden. Nach dem Kriege studierte Werner Hofmann in München Nationalökonomie, Soziologie, sozialgeschichte und Wirtschaftsgeographie. Von 1952 bis 1955 war er Privatassistent bei Adolf Weber, bei dem er 1953 promovierte. 1955 erhielt er eine wissenschaftliche Assistentenstelle an der Hochschule für So-

zialwissenschaften in Wilhelmshaven bei Hans Raupach. Die Habilitation erfolgte 1958. Als die Hochschule 1962 in die Universität Göttingen eingegliedert wurde, lehrte Hofmann dort als Privatdozent. Seine bewundernswerte wissenschaftliche Produktivität entfaltete sich zugleich trotz und wegen des Totschweigens durch die etablierten Kollegen und der Einengung politischer Möglichkeiten im hysterisch-antikommunistischen Klima der BRD jener Jahre. Als er nach Marburg als Soziologe berufen wurde, setzte die Bewegung gegen die Notstandsgesetze ein und seine politische Isolierung ging zu Ende. Die persönliche Isolation jedoch, die ihn umgab, vermochte er nur schwer zu überwinden.

Die studentische Linke, sofern sie ihre Politik auf Ökonomie bezog, griff eifrig nach Mandel und Baran/Sweezy. Hofmanns Bücher wurden zum Geheimtip, wenn die historische Dimension der Marxschen Lehre ernst genommen wurde oder ein belehrender Überblick über die Erscheinungen des gegenwärtigen Kapitalismus gebraucht wurde, der sie zugleich mit dem Wesen des Gesamtprozesses vermittelte. Werner Hofmann konnte aus einem objektiven Grunde nicht zum Gewährsmann der Studentenbewegung werden. Seine Lebensgeschichte legte das Zusammentreffen eines konservativen Selbstverständnisses vom Beruf des Hochschullehrers nahe mit den vorausweisenden Inhalten seiner Gesellschaftslehre.

Mit seiner Hochschätzung vom Lehrstuhlinhaber als personifizierter Wissenschaft kam er zu spät, um nicht antiautoritären Protest auf sich zu ziehen. Mit seinem Verständnis von der Hilfsfunktion der Wissenschaft für die in Wirtschaft und Staat zu entscheidenden Fragen gesellschaftlichen Fortschritts kam er zu früh, um von den Studenten nicht allein gelassen zu werden bei seinen politischen Anstrengungen über den Bereich der Hochschule hinaus. Der Konflikt zwischen Studierenden und überkommener Universität war ihm zu sehr abgeleitet und auch abgelegen vom gesellschaftlichen Grundwiderspruch. Die euphorische Hoffnung der Studenten, im Handstreich gegen Ordinarien das bestehende gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis zu erschüttern, verwarf er als spätidealistisches Aufbegehren einer gesellschaftlich sinkenden Schicht, als Ausdruck eines Deklassierungsprozesses der jungen akademischen Intelligenz ohne Aussicht, den Anschluß an die Interessen der arbeitenden Massen zu gewinnen.

Mit dem Hinweis auf den französischen Mai 1968 hielt er dagegen, daß nicht einmal der Streik von 10 Millionen Menschen von sich aus den Durchbruch bringe, wenn ihm eine zielstrebige Führung und der organisierende politische Wille fehle, der „die Einzelkämpfe stets aus einer größeren gesellschaftlichen Perspektive zu begreifen und die Wahl

der angewandten Mittel immer schon vom fälligen nächsten und übernächsten Schritt her zu bestimmen“ in der Lage sei. (Abschied vom Bürgertum, 1970) Dieses langfristige Konzept von Politik in einer sich zunehmend entdemokratisierenden Gesellschaft verfolgte Hofmann als hessischer Spitzenkandidat des Wahlbündnisses „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) zur Bundestagswahl 1969 und für den engeren Bereich der Hochschule als Initiator und Vorsitzender des Bundes Demokratischer Wissenschaftler (BdWi). Nicht, weil er parlamentarischen Interessenausgleich noch für ein Instrument der Demokratie hielt, sondern weil er durch Öffentlichkeit und Kontrolle die Diskrepanz zwischen demokratischen Möglichkeiten und ihrer Verhinderung aufzuzeigen und damit den Raum gesellschaftlicher Gegenmacht zu erweitern trachtete.

So zeichnete sich Hofmanns politisches Engagement durch die gleiche Beharrlichkeit und Unerschrockenheit aus wie seine wissenschaftliche Arbeit. Beide stießen sich gleichermaßen am Unverständnis der Zeitgenossen. Heute ist das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses demokratischer Wissenschaftler so verbreitet wie die Vorstellung, die in der ADF galt, daß Selbstorganisation außerhalb etablierter Parteien und außerparlamentarische Aktionen die Teilnahme an Wahlen keineswegs ausschließen und daß sich organisierte Angehörige der Arbeiterklasse in diesem Bestreben mit anderen Unselbständigen verbünden.

Den Heutigen tritt mit Werner Hofmanns wissenschaftlichem Werk und politischer Arbeit ein Beispiel kämpferischer Aufklärung aus den Jahren der BRD vor Augen, in denen gesellschaftliche Vernunft am meisten erschwert wurde. Es steht den Heutigen wohl an, unter den gewandelten Kampfbedingungen die Wirksamkeit des Beispiels zu erneuern.

AUSGEWÄHLTE BIBLIOGRAPHIE VON WERNER HOFMANN'S WERKEN

BÜCHER

- Adolf Weber – Werner Hofmann: Kurzgefaßte Wirtschaftspolitik. 7., neu bearb. Auflage, Wilhelmshaven 1957.
- Adolf Weber – Werner Hofmann: Geld, Banken, Börsen. (Von der 6. Auflage an unter dem Titel Geld und Kredit, Banken und Börsen.) Wilhelmshaven 1959.
- Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Berlin 1954. Duncker & Humblot. (Volkswirtschaftliche Schriften 11)
- Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Zur Deutung der Sowjetgesellschaft von heute. Berlin 1955. Duncker & Humblot. (Volkswirtschaftliche Schriften 15)
- Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion. Berlin 1956. Duncker & Humblot. (Volkswirtschaftliche Schriften 22)
- Europa-Markt und Wettbewerb. Berlin 1959. Duncker & Humblot. (Volkswirtschaftliche Schriften 45)
- Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht. Die Werturteilsfrage heute. Berlin 1961. Duncker & Humblot. (Erfahrung und Denken Bd. 8)
- Ideengeschichte der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin 1962. De Gruyter Verlag. (Sammlung Göschen, Bd. 1205/1205a)
- Die säkulare Inflation. Berlin 1962. Duncker & Humblot.
- Sozialökonomische Studientexte, Bd. I–III. (Bd. I: Wert- und Preislehre. 1964. Bd. II.: Einkommenstheorie. 1965. Bd. III: Theorie der Wirtschaftsentwicklung. 1966.) Berlin. Duncker & Humblot.
- Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts. Frankfurt am Main 1967. Suhrkamp.
- Universität, Ideologie, Gesellschaft, Beitrag zur Wissenschaftssoziologie. Frankfurt am Main 1968. Suhrkamp.
- Abschied vom Bürgertum. Essays und Reden. Frankfurt am Main 1970. Suhrkamp.
- Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende. Reinbek (bei Hamburg) 1969. Rowohlt.

EINZELNE AUFSÄTZE

- Was ist Stalinismus? In: Festschrift zum 80. Geburtstag von Georg Lukács. Neuwied 1965. Luchterhand.
- Verelendung. In: Folgen einer Theorie. Essays über „Das Kapital“ von Karl Marx. Frankfurt am Main 1967. Suhrkamp.

- Das Elend der Nationalökonomie. In: Gesellschaft, Recht und Politik. Festschrift für Wolfgang Abendroth. Marburg 1968.
- Zur Soziologie der Studentenrevolte. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft Agitation und Propaganda, Westberlin. Berlin, 1969. Verlag und Druck Westberlin.

LUKÁCS ÜBER DEN STALINISMUS – AUSWAHLSBIBLIOGRAPHIE

- „Volkstribun oder Bürokrat?“ (1940), in: *Essays über den Realismus*, Neuwied: Luchterhand, 1971.
- „Rede in der philosophischen Debatte des Petöfi-Kreises am 15. Juni 1956“, in: *Schriften zur Ideologie und Politik [SchIP]*.
- „Postscriptum 1957 zu: Mein Weg zu Marx“, in: *SchIP, Marxismus und Stalinismus [MS]*.
- „Brief an Alberto Carocci“ (1962), in: *SchIP, MS*.
- „Zur Debatte zwischen China und der Sowjetunion – Theoretisch-philosophische Bemerkungen“ (1963), in: *SchIP, MS*.
- „Probleme der kulturellen Koexistenz“ (1964), in: *MS*.
- „Die kritische Aufarbeitung der Stalinschen Periode – Solschenizyn: 'Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch'“ (1964), in: *Der russische Realismus in der Weltliteratur*, Neuwied: Luchterhand, 1964.
- Schriften zur Ideologie und Politik*, hg. von P. Ludz, Neuwied: Luchterhand, 1967.
- Marxismus und Stalinismus*, Neuwied: Luchterhand, 1967.
- Demokratisierung heute und morgen* (1968), Hg. von L. Sziklai, Budapest: Akadémiai Kiadó, 1985; hg. von F. Benseler, Frankfurt am Main: Sandler, 1986.
- Gelebtes Denken*, hg. von I. Eörsi, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981.
- Curriculum vitae*, hg. von J. Ambrus, Budapest, Magvető Kiadó, 1982.
- Blick auf Lenin – Georg Lukács, die Oktoberrevolution und Perestroika*, hg. von D. Claussen, Neuwied: Luchterhand, 1990.

NAMENREGISTER

Abendroth, W. 14, 137
Adenauer, K. 137
Alexander der Große 61
Baran, P. A. 140
Bismarck, O. von 76
Bohr, N. 25
Böll, H. 41
Brecht, B. 64
Bucharin, N. I. 84
Carocci, A. 81, 98
Chruschtschow, N. S. 83, 85, 88, 97
Deutscher, I. 46
Dobb, M. 26
Engels, F. 43, 47–49, 89–90, 104, 106, 108
Fischer, E. 99
Gaulle, C. de 99
Goethe, J. W. 41, 64
Gorki, M. 40
Grass, G. 41
Hartmann, N. 25
Havemann, R. 41
Hegel, G. W. F. 25, 56, 85, 90, 100
Heisenberg, W. 25
Heller, Á. 67
Heraklit 40
Hitler, A. 34, 39, 72, 87, 88, 90, 96, 109, 122
Hodscha, E. 94
Ibsen, H. 82
Jaurès, J. 34
Jánossy, F. 58, 59, 70
Jánossy, L. 25
Jens, W. 95
Jeshow, N. J. 91
Klaus, G. 60
Koestler, A. 39
Kofler, L. 113
Korsch, K. 123
Kotzebue, A. 39
Krupskaja, N. K. 47, 90
Lafargue, P. 34
Lassalle, F. 40
Lenin, W. I. 38, 40, 46–52, 83–98, 105–128

Lukács, G. 112, 117, 123, 125
Luxemburg, R. 34
Mach, E. 25
Madariaga, S. de 94
Makarenko, A. S. 40
Mandel, E. 140
Mannheim, K. 23
Marat, J. P. 91
Marcuse, H. 53, 108–109, 123, 124–125
Marx, K. 40, 43, 47, 49, 52, 66, 89–90, 104–108
Maus, H. 22, 59–60
Mehring, F. 34
Molotow, W. M. 39
Nietzsche, F. 62
Pawlow, I. P. 124
Plechanow, G. W. 93
Raupach, H. 140
Scheler, M. 27
Scholochow, M. A. 40
Schopenhauer, A. 61
Shakespeare, W. 64
Simmel, G. 81
Spinoza, B. 40
Stalin, I. W. 34, 40–51, 81–98, 107–128
Suworow, A. W. 90
Sweezy, P. 140
Szondi, P. 48
Thomas von Aquino 25
Togliatti, P. 82, 85
Trotzki, L. D. 46, 51, 83, 84, 87, 107, 110, 115, 116
Tschuchrai, G. N. 95
Twardowski, A. T. 92
Ulbricht, W. 10
Ussijewitsch, J. 92
Vaihinger, H. 62
Weber, Ad. 6, 139
Weber, M. 23, 81, 112, 113

INHALTSVERZEICHNIS

JÓZSEF BAYER	
In entfernter Verbundenheit	5
BRIEFE	17
ANHANG	79
GEORG LUKÁCS	
Brief an Alberto Carocci	81
WERNER HOFMANN	
Was ist Stalinismus?	100
HERBERT CLAAS	
Vor zehn Jahren starb Werner Hofmann	137
Bibliographie	142
Namenregister	144

Die früheren Hefte des Georg-Lukács-Archivs

- Balázs Béla levelei Lukács Györgyhöz – Egy szövetség dokumentumai [Die Briefe von Béla Balázs an Georg Lukács – Dokumente einer Verbündung], 1982.
- Béla Zalai, Allgemeine Theorie der Systeme, 1982.
- Aus der Rezeption der Lukács-Werke in West-Europa, 1983.
- Ernst Bloch und Georg Lukács – Dokumente zum 100. Geburtstag, 1984.
- Bauer Hilda, Emlékeim. Levelek Lukácshoz [Erinnerungen, Briefe an Lukács], 1985.
- Ladislaus Radványi, Der Chiliasmus, 1985.
- Írástudó nemzedékek. A Polányi család története dokumentumokban [Generation von Intellektuellen. Eine Geschichte der Polányi-Familie in Dokumenten], 1986.
- Béla Fogarasi, Parallele und Divergenz, 1988.
- Mesterházi Miklós, A messianizmus történetfilozófusa. Lukács György munkássága a húszas években [Geschichtsphilosoph des Messianismus. Das Werk von Georg Lukács in den 20er Jahren], 1988.
- Az ifjú Lukács a kritika tükrében – Der junge Lukács im Spiegel der Kritik, 1988.
- Leo Popper, Nachgelassene Schriften (Arbeitstitel der geplanten Veröffentlichung).

„Aus dem Nachlaß von Georg Lukács“ Akadémiai Kiadó – Georg-Lukács-Archiv

- A drámaírás főbb irányai a múlt század utolsó negyedében [Die grundsätzlichen Richtungen des Dramaschreibens im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts], 1980.
- Napló – Tagebuch (1910–11) Das Gericht (1913), 1981.
- Wie ist die faschistische Philosophie in Deutschland entstanden? 1982.
- Wie ist Deutschland zum Zentrum der reaktionären Ideologie geworden? 1982.
- Dostojewski – Notizen und Entwürfe, 1985.
- Demokratisierung heute und morgen, 1985.
- Versuche zu einer Ethik (geplante Publikation).

245,-

Bedauerlich im ganzen, daß, von der Nähe besehen, die weltgeschichtliche „Spiralen“-Bewegung sich eher als eine mühevollere Serpentine zwischen falschen Gegensätzen ausnimmt.

W. Hofmann

Ich glaube, daß in kurzer Zeit wir bereits eine historische Distanz zu dieser Periode haben werden.

G. Lukács